

Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland: Integrationsreport, T. 4

Friedrich, Lena

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Friedrich, L. (2008). *Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland: Integrationsreport, T. 4*. (Working Paper / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ), 21). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67812-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland



Working Paper 21

der Forschungsgruppe
des Bundesamtes

erschienen 2008

aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 4

Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland



Zentrale Ergebnisse

1. Wohnen

Datenlage:

- Informationen zu den Wohnbedingungen von Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund mit bundesweitem Bezug gewinnt man sowohl aus der amtlichen Statistik (Mikrozensus) als auch aus sozialwissenschaftlichen Erhebungen (Sozio-Ökonomisches Panel, Repräsentativbefragung ausgewählter Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007). Insgesamt kann die Datenlage als vergleichsweise gut beurteilt werden.

Haushaltsgröße:

- Haushalte mit Migrationshintergrund sind mit durchschnittlich 2,7 Personen größer als Haushalte ohne Migrationshintergrund mit durchschnittlich 2,0 Personen. Differenziert man zwischen den einzelnen Zuwanderergruppen, so zeigt sich, dass Haushalte mit türkischem und italienischem Migrationshintergrund mit 3,5 bzw. 3,1 Personen im Durchschnitt die meisten Mitglieder umfassen.

Haushaltszusammensetzung:

- Unterschiede in der Größe spiegeln sich auch in der Zusammensetzung der Haushalte wider. Während bei der Gruppe ohne Migrationshintergrund Single-Haushalte und Paare ohne Kinder den größten Anteil haben, handelt es sich bei Haushalten mit Migrationshintergrund größtenteils um Paare mit Kindern.

Wohnungsgröße:

- Personen mit Migrationshintergrund verfügen sowohl in selbstgenutztem Wohneigentum als auch in Mietwohnungen über weniger Wohnfläche pro Person als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Betrachtet man die Wohnungsgröße pro Person differenziert nach den sieben größten Migrantengruppen in Deutschland, so zeigt sich, dass vor allem Personen mit türkischem Migrationshintergrund sowohl in selbstgenutztem Wohneigentum als auch in Mietwohnungen über eine vergleichsweise geringe Wohnfläche verfügen. Auch Personen aus Serbien und Montenegro sowie aus Bosnien und Herzegowina leben in Mietwohnungen auf einer vergleichsweise geringen Quadratmeterzahl. Personen mit polnischem, italienischem und kroatischen Migrationshintergrund wohnen hingegen auf einer vergleichsweise großen Fläche, vor allem in selbstgenutztem Wohneigentum.

Ausstattung der Wohnung:

- In Bezug auf Bad/Dusche, WC, fließend Warmwasser, Zentral- oder Etagenheizung sowie Balkon oder Terrasse lassen sich kaum noch Unterschiede zwischen Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund feststellen. Einzige Ausnah-

me stellt der Besitz eines Gartens dar, wobei sich hier sicherlich Unterschiede hinsichtlich der Wohnform niederschlagen.

Wohnform:

- Personen mit Migrationshintergrund leben häufiger in Wohnhäusern mit mindestens drei Wohnungen als Personen ohne Migrationshintergrund. Letztere bewohnen hingegen öfter Wohnhäuser mit ein bis zwei Wohnungen. Deutliche Unterschiede zeigen sich in Bezug auf das Bewohnen einer Sozialwohnung: Zwischen 1997 und 2006 sind die Anteile in beiden Gruppen zwar stark zurückgegangen, dennoch lebten 2006 9,5 % der Haushalte mit Migrationshintergrund in Sozialwohnungen. Bei Haushalten ohne Migrationshintergrund waren es nur 2,9 %.

Mietbelastung:

- Mieter mit Migrationshintergrund zahlen etwas mehr Bruttoquadratmeterkaltmiete als Mieter ohne Migrationshintergrund.

Bildung von Wohneigentum:

- Der Anteil der Wohneigentümer unter den Haushalten mit Migrationshintergrund ist seit 1997 deutlich gestiegen. Dennoch verfügen Haushalte mit Migrationshintergrund noch über weniger Wohneigentum als die nicht zugewanderte Bevölkerung. Differenziert man zwischen ausgewählten Migrantengruppen, zeigt sich, dass die Gruppen mit italienischem, kroatischem, polnischem und türkischem Migrationshintergrund vergleichsweise hohe Eigentumsquoten aufweisen. Relativ niedrig ist der Anteil hingegen bei der Gruppe aus Bosnien und Herzegowina.

Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen:

- Haushalte mit Migrationshintergrund beurteilen ihre Wohnverhältnisse häufiger als beengt und ihre Miethöhe häufiger als zu hoch als Haushalte ohne Migrationshintergrund. Insgesamt werden beide Aspekte jedoch von der Mehrheit der Befragten in beiden Gruppen als angemessen bewertet.

2. Innerstädtische ethnische Segregation

Datenlage:

- Zur innerstädtischen räumlichen Verteilung von Migranten gibt es in Deutschland keine kontinuierliche Berichterstattung mit bundesweitem Bezug. Für einzelne Städte liegen jedoch Untersuchungen vor. Daneben gibt es Datensätze, mit denen Auswertungen über Siedlungsstrukturen von Zuwanderern in einer Vielzahl deutscher Städte möglich sind. Dabei handelt es sich um den Datensatz der Innerstädtischen Raumbeobachtung (IRB), der vom Bundesamt für

Bauwesen und Raumordnung (BBR) verwaltet wird, um den Mikrozensus und um den Datensatz der Arbeitsgemeinschaft Kommunalstatistik (AG KOSTAT) im Rahmen des Kommunalen Statistischen Informationssystems (KOSIS Verbund).

Ergebnisse städteübergreifender Studien I:

- Auf Basis des IRB-Datensatzes hat die Arbeitsstelle für Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration am Wissenschaftszentrum Berlin (AKI) eine Studie für bestimmte Ausländergruppen und Doppelstaatler in 29 deutschen Städten erarbeitet. Sie zeigt, dass Türken und türkische Doppelstaatler vergleichsweise segregiert leben. An zweiter Stelle stehen Doppelstaatler aus der ehemaligen Sowjetunion. Geringer fällt die innerstädtische Siedlungskonzentration bei ehemaligen jugoslawischen Staatsbürgern und Doppelstaatlern aus dem ehemaligen Jugoslawien aus. Italiener und italienische Doppelstaatler weisen die geringste Segregation auf.

Ergebnisse städteübergreifender Studien II:

- Auf der sehr kleinräumigen Ebene von Auswahlbezirken des Mikrozensus haben Janßen und Schroedter (2007) die ethnische Segregation von Italienern, Spaniern, Griechen, Türken und ehemaligen Jugoslawen in Westdeutschland untersucht. Von 1990 bis 2004 hat die ethnische Segregation, gemessen am durchschnittlichen Ausländeranteil im Auswahlbezirk, abgenommen. Zwischen der ersten und zweiten Generation der fünf Migrantengruppen konnten jedoch kaum statistisch signifikante Unterschiede im Ausmaß ethnischer Segregation ausgemacht werden.

Ergebnisse einzelner Städtestudien:

- Für einzelne deutsche Städte, wie beispielsweise Duisburg, Frankfurt a. M., Hamburg oder Köln, wird anhand von Segregationsindizes gezeigt, dass die innerstädtische Segregation zwischen Ausländern und Deutschen zwischen 1990 und 2000 abgenommen hat. Es gibt jedoch Unterschiede zwischen einzelnen Migrantengruppen. So zeigen beispielsweise Untersuchungen für Berlin, Köln und Hamburg, dass Türken eher unter sich leben als andere Migrantengruppen.
- Die Studien zur ethnischen Segregation in deutschen Städten basieren alle auf dem Ausländerkonzept. Segregation von Deutschen mit Migrationshintergrund wird somit nicht berücksichtigt. Die ethnische Segregation wird damit wahrscheinlich unterschätzt. Im internationalen Vergleich wird die ethnische Strukturierung von Wohnvierteln in deutschen Städten jedoch als niedrig eingeschätzt. Bei Vierteln, in denen viele Migranten leben, handelt es sich hierzulande zudem vorrangig um multiethnische Viertel. Als großes Problem der Stadtentwicklung wird vor allem der Zusammenhang ethnischer und sozialer Segregationsprozesse angesehen.

Inhaltsverzeichnis

	Einleitung	13
1.	Datenlage und Forschungsüberblick	14
1.1	Datenlage	14
1.2	Forschungsüberblick	19
2.	Wohnen	22
2.1	Haushaltsgröße und Haushaltszusammensetzung	24
2.2	Wohnbedingungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Vergleich	27
2.2.1	Wohnungsgröße	28
2.2.2	Ausstattung der Wohnung und Wohnform	32
2.2.3	Mietbelastung	36
2.2.4	Bildung von Wohneigentum	38
2.2.5	Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen	41
2.3	Zusammenfassung zu den Wohnbedingungen	43
3.	Innerstädtische Segregation in Deutschland	44
3.1	Empirische Relevanz innerstädtischer Segregation in Deutschland	45
3.1.1	Städteübergreifende Studien	45
3.1.2	Städtebezogene Studien	51
3.2	Der Zusammenhang von ethnischer Segregation und Integration (Theorie)	54
3.3	Der Zusammenhang von ethnischer Segregation und Integration (Empirie)	56
3.3	Zusammenfassung zur innerstädtischen Segregation	58
4.	Schlussbetrachtung	59
5.	Literatur	61

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Verteilung auf Haushaltsgrößen nach dem Migrationshintergrund des Haupteinkommensbeziehers, Mikrozensus 2006 (in %)	24
Abbildung 2:	Anzahl der Personen im Haushalt nach Nationalität, RAM 2006/2007	26
Abbildung 3:	Wohnfläche je Person von ... bis unter ... Quadratmeter in selbstgenutztem Wohneigentum für Personen mit und ohne Migrationshintergrund, Mikrozensus 2006	29
Abbildung 4:	Wohnfläche je Person von ... bis unter ... Quadratmeter in Mietwohnungen für Personen mit und ohne Migrationshintergrund, Mikrozensus 2006	29
Abbildung 5:	Wohnform nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006	34
Abbildung 6:	Größe des Wohngebäudes für Personen mit und ohne Migrationshintergrund, Mikrozensus 2006	34
Abbildung 7:	Anteil der Haushalte in Sozialwohnungen an allen Haushalten nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 1997 und 2006 (in %)	35
Abbildung 8:	Anteil der Wohneigentümer und Mieter nach Migrationshintergrund, Mikrozensus 2006 (in %)	38
Abbildung 9:	Anteil der Wohneigentümer und Mieter nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 1997 und 2006 (in %)	39
Abbildung 10:	Eigentümerquote nach derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit, Mikrozensus 2006	39
Abbildung 11:	Beurteilung der Wohnungsgröße nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006 (in %)	41
Abbildung 12:	Beurteilung der Miethöhe nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006 (in %)	42
Abbildung 13:	Wohnen in einem Wohnviertel mit mehr als 50% Ausländeranteil nach Nationalität, RAM 2006/2007 (in %)	50
Abbildung 14:	Bevorzugung des Wohnens in einem Wohnviertel mit überwiegend Ausländern oder überwiegend Deutschen nach Nationalität, RAM 2006/2007 (in %)	51

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Verteilung auf Haushaltsgrößen nach derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit des Haupteinkommensbeziehers, Mikrozensus 2006 (in %)	25
Tabelle 2:	Durchschnittliche Zahl der Personen im Haushalt nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 1997 und 2006	26
Tabelle 3:	Haushaltszusammensetzung nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006 (in %)	27
Tabelle 4:	Durchschnittliche Wohnungsgröße in Quadratmetern von Personen mit und ohne Migrationshintergrund, Mikrozensus 2006	28
Tabelle 5:	Durchschnittliche Wohnungsgröße in Quadratmetern nach derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit, Mikrozensus 2006	30
Tabelle 6:	Durchschnittliche Wohnungsgröße pro Person in Quadratmetern nach derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit, Mikrozensus 2006	30
Tabelle 7:	Wohnfläche je Person von ... bis unter ... Quadratmeter für selbstgenutztes Wohneigentum nach derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit, Mikrozensus 2006	31
Tabelle 8:	Wohnfläche je Person von ... bis unter ... Quadratmeter für Mietwohnungen nach derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit, Mikrozensus 2006	32
Tabelle 9:	Ausstattung der Wohnung nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006 (in %)	33
Tabelle 10:	Anteil der Haushalte in Sozialwohnungen an allen Haushalten nach differenziertem Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 1997 und 2006 (in %)	36
Tabelle 11:	Mieter nach Migrationshintergrund und Bruttoquadratmeterkaltmiete, Mikrozensus 2006 (in %)	37
Tabelle 12:	Mieter nach derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit und Bruttoquadratmeterkaltmiete, Mikrozensus 2006 (in %)	37
Tabelle 13:	Wohnsituation nach Nationalität, RAM 2006/2007 (in %)	40
Tabelle 14:	Art des Eigentumserwerbs nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006 (in %)	41

Tabellenverzeichnis

Tabelle 15:	Beurteilung der Wohnungsgröße nach differenziertem Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006 (in %)	42
Tabelle 16:	Beurteilung der Miethöhe nach differenziertem Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006 (in %)	43
Tabelle 17:	Durchschnittlicher Anteil der ausländischen Bevölkerung im Auswahlbezirk nach Generationenstatus (in %)	48
Tabelle 18:	Durchschnittlicher Anteil der eigenen Nationalität im Auswahlbezirk nach Generationenstatus (in %)	49

Einleitung

In der integrationsbezogenen Diskussion gilt das Wohnviertel als ein wichtiger Ort der Eingliederung von Zuwanderinnen und Zuwanderern in die Aufnahmegesellschaft. Zum einen beeinflussen die Wohnverhältnisse und die Wohnumgebung die Lebenschancen und das Wohlbefinden der Menschen. Zum anderen wird der Zusammensetzung der Bevölkerung im Wohngebiet eine große Bedeutung beigemessen, da sich hier Gelegenheiten für soziale Kontakte zwischen Migranten und Einheimischen bieten. Wohnumfeldbezogene Maßnahmen gewinnen im Bereich der Integrationsförderung zunehmend an Relevanz. Als Begründung wird die abnehmende Bedeutung des Arbeitsmarktes für die Integration von Zuwanderern angeführt. So sind Personen mit Migrationshintergrund von der durch Deindustrialisierungsprozesse bedingten Arbeitslosigkeit in besonderem Maße betroffen. „Je mehr der Arbeitsmarkt als ‚Integrationsmaschine‘ an Gewicht verliert, desto mehr gewinnen Nachbarschaft und Wohnumfeld – der Sozialraum – an Bedeutung für die Integration von Zuwanderern“ (Münch 2007: 17).

Das vorliegende Working Paper wurde im Rahmen der Reihe „Integrationsreport“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erstellt (http://www.bamf.de/cln_101/nn_1026360/SharedDocs/Projekte/DE/Migration/Forschung/Integration/laufende/forschung-intergrationsreport.html). Sein Ziel ist es, auf der Basis empirischer Daten und Studien die Wohnbedingungen von Zuwanderern in Deutschland zu beschreiben. Die überwiegend deskriptive Darstellung konzentriert sich zum einen auf Charakteristika der Wohnsituation und zum anderen auf die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung in den Wohnvierteln deutscher Städte.

Der erste Teil des Working Papers widmet sich den Wohnbedingungen von Zuwanderern. Dabei finden Aspekte wie der verfügbare Wohnraum, die Ausstattung der Wohnungen, die Eigentumsverhältnisse sowie die Mietbelastung Berücksichtigung. Vergleicht man die aktuelle Wohnsituation der Migranten und deren Familien mit derjenigen zu Zeiten der Anwerbephase während der 1960er Jahre, so lässt eine deutliche Verbesserung feststellen. Damals lebten die „Gastarbeiter“ häufig völlig isoliert von der Aufnahmegesellschaft in Wohnheimen und Baracken. Ihr Aufenthalt war mit dem Ziel verbunden, einen möglichst großen Anteil ihres Einkommens für die Rückkehr ins Herkunftsland anzusparen. Damit verbunden waren bescheidene Ansprüche an das Wohnen in Deutschland. Heute hat sich der Aufenthalt vieler dieser ehemaligen „Gastarbeiter“ verfestigt. Sie haben ihre Familien nachgeholt und sehen ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland (Zwick 2003). Dieser Perspektivwechsel sollte sich in den empirischen Auswertungen in einer zunehmenden Angleichung der Wohnverhältnisse und der Wohnansprüche von Personen mit und ohne Migrationshintergrund widerspiegeln.

Der zweite Teil des Working Papers befasst sich mit der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung in den Wohnvierteln deutscher Städte. Häufig verteilen sich die Wohnstandorte von Zuwanderern nicht gleichmäßig über die Gesamtstadt. Vielmehr gibt es, wie in vielen anderen Zuwanderungsländern, Stadtteile, die durch einen hohen Anteil von Zuwanderern geprägt sind. In den letzten Jahren hat diese räumliche Segregation von Zuwanderern und deren Nachkommen in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft große Aufmerksamkeit erfahren. Dabei werden vor allem vermeintlich negative Folgen einer

hohen Konzentration von Migranten in einzelnen Stadtvierteln diskutiert. Befürchtet wird die Entstehung und Etablierung von der Mehrheitsgesellschaft weitgehend abgeschlossener ethnischer Gemeinschaften, die in der öffentlichen Debatte meist mit den Etiketten „Parallelgesellschaft“ oder „Ghetto“ versehen werden. Die Brisanz der Diskussion ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass das Engagement zentraler Akteure im Wohnbereich, wie den Kommunen und der Wohnungswirtschaft, bislang eher auf das Ziel einer ethnischen und sozialen Mischung der Bevölkerung ausgerichtet war. Dahinter steht die Vorstellung, dass der Integrationsprozess der Zuwanderer in die Mehrheitsgesellschaft durch die Schaffung interkultureller Wohnviertel gefördert wird. Inzwischen wird dieser Leitgedanke von einigen Seiten jedoch auch kritisiert (Kirchhoff/Münch 2007: 182f., Münch 2007), und es wird auf die integrationsfördernden Wirkungen ethnischer Selbstorganisation verwiesen, beispielsweise bei der Unterstützung von Neueinwanderern (Elwert 1982, Heckmann 1992: 96ff.).

Bevor in den folgenden Abschnitten empirische Daten und Studien zur Wohnsituation von Zuwanderern und zum Ausmaß ethnischer Segregation in deutschen Städten präsentiert werden, wird einleitend ein kurzer Überblick über die Daten- und Forschungslage zum Thema gegeben.

1. Datenlage und Forschungsüberblick

1.1 Datenlage

Informationen über innerstädtische Siedlungsstrukturen und Wohnbedingungen von Migranten mit bundesweitem Bezug finden sich mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung sowohl in der amtlichen Statistik als auch in sozialwissenschaftlichen Erhebungen. Zu den amtlichen Statistiken, die entsprechende Angaben bereitstellen, zählen der Mikrozensus sowie die Daten der Innerstädtischen Raumbefragung, die vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BRR) verwaltet werden.

Der **Mikrozensus** ist die jährliche, amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland mit einem Auswahlsatz von 1 % (aktuell ca. 830.000 Befragte in rund 390.000 Haushalten). Er wird gemeinschaftlich vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Da die gesamte Wohnbevölkerung Auswahlgrundlage des Mikrozensus ist, können auch für Ausländer bzw. seit 2005 „Personen mit Migrationshintergrund“ repräsentative Aussagen getroffen werden. Das aktuell gültige Mikrozensusgesetz bestimmt das Erhebungsprogramm für die Jahre 2005-2012. Schwerpunkt der Mikrozensus-Befragungen sind sozio-ökonomische Themen, vor allem Bildung, Arbeitsmarktbeteiligung, Einkommen und soziale Sicherung. Daneben sind detaillierte Aussagen zu Haushaltsstrukturen, Lebensformen und räumlicher Verteilung der Bevölkerung im Bundesgebiet möglich. In Zusatzerhebungen, die nicht jedes Jahr stattfinden, werden außerdem Daten zu Themen wie Gesundheit und Wohnen erhoben. Daten zu letzterem Bereich waren zuletzt 2006 Gegenstand des Mikrozensus; die nächste

Erhebung dazu wird 2010 stattfinden.¹ Die Fragen konzentrieren sich auf Aspekte wie die Art und Größe der Wohngebäude, die Baualtersgruppe, die Eigentumsverhältnisse sowie die Ausstattung der Wohnung. Darüber hinaus werden bei Miethaushalten auch die Mietkosten erhoben. Die Mikrozensusresultate werden jeweils auf die Daten der Bevölkerungsfortschreibung hochgerechnet, stehen der Wissenschaft aber auch als anonymisierte Individualdaten in sogenannten „Scientific Use Files“ zur Verfügung.

Mit dem Mikrozensus 2005 wurde in der deutschen amtlichen Statistik erstmals das Konzept der „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ eingeführt. Ermöglicht wurde dies mit einem entsprechenden Frageprogramm, bei dem nicht nur wie bisher die Staatsangehörigkeit der Befragten erhoben wurde, sondern auch Angaben zur Zuwanderung und zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung. Personen mit Migrationshintergrund sind dementsprechend definiert als „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt 2007b: 6). Das Statistische Bundesamt hat für die Erhebungen 2005 und 2006 jeweils eine umfangreiche tabellarische Auswertung für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund vorgelegt (Statistisches Bundesamt 2007 und 2008). Grundlage der hier vorgelegten Auswertungen sind die Ergebnisse des Jahres 2006 mit den Zusatzfragen zum Bereich Wohnen. Sie konzentrieren sich neben der allgemeinen Unterscheidung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund auf Personen mit türkischem, griechischem, italienischem, polnischem, kroatischem und russischem Migrationshintergrund sowie auf entsprechende Personen aus Serbien-Montenegro² und Bosnien-Herzegowina. Einbezogen sind dabei jeweils Ausländer und eingebürgerte Personen aus diesen Herkunftsländern.

Zur innerstädtischen räumlichen Verteilung von Migranten gibt es in Deutschland keine kontinuierliche Berichterstattung. Aus dem Mikrozensus lassen sich Angaben für Personen mit Migrationshintergrund in den Bundesländern und Regierungsbezirken gewinnen. 2005 wurden darüber hinaus auch Informationen für ausgewählte Städte bereitgestellt. Zudem werden in unregelmäßigen zeitlichen Abschnitten auch die Auswahlbezirke ausgewiesen. Bei Auswahlbezirken handelt es sich um nach bestimmten Kriterien, wie Region, Größenklasse der Gebäude, Anzahl der Wohnungen sowie Zahl der wohnberechtigten Personen, künstlich gebildete Flächen. Seit 1990 umfasst jeder Auswahlbezirk im Durchschnitt neun Wohnungen. Auswahlbezirke können hinsichtlich der soziodemografischen Merkmale ihrer Bewohner analysiert, jedoch aufgrund der Anonymisierung nur noch dem jeweiligen Bundesland zugeordnet werden. Anhand des durchschnittlichen Ausländeranteils bzw. des durchschnittlichen Anteils von Personen mit Migrationshintergrund ist es damit möglich, ethnische Segregation anhand des Mikrozensus zu untersuchen, und zwar auf sehr kleinräumiger Ebene (Janßen/Schroedter 2007).³

1 Bei früheren Mikrozensusserhebungen zu den Wohnverhältnissen konnte nur zwischen Deutschen und Ausländern unterschieden werden. Diese Resultate wurden u.a. in der Reihe „Strukturdaten und Integrationsindikatoren über die ausländische Bevölkerung in Deutschland“ veröffentlicht (zuletzt Statistisches Bundesamt 2005). Mit den Daten von 2006 ist erstmals die Unterscheidung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund bei den Wohnbedingungen möglich.

2 Trotz der im Jahr 2006 stattgefundenen staatlichen Teilung von Serbien und Montenegro werden diese hier noch zusammen ausgewiesen.

3 Zu den Ergebnissen der Studie siehe Kapitel 3.1.1.

Das **Ausländerzentralregister** erlaubt zwar Analysen für ausländische Staatsbürger auf Ebene der Bundesländer sowie der Bezirke der Ausländerbehörden (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2007b), nicht jedoch für einzelne Städte oder Stadtteile. Für einige Städte liegen Fallstudien vor, in denen kommunale Daten ausgewertet und für städtische Gebietseinheiten Segregationsindizes gebildet wurden (Friedrichs 2006), so beispielsweise für Köln (Friedrichs 1989), für Berlin (Ohliger/Raiser 2005, Schulz 2002, Kapphan 2000) und für Hamburg (Grabowski et al. 2002). Einige Städte stellen Analysen zum Anteil der ausländischen Einwohner bzw. der Personen mit Migrationshintergrund in den jeweiligen Stadtteilen auch in eigenen Publikationen oder in ihrem Internetauftritt zur Verfügung. Der Integrationsbericht der Stadt Essen (Stadt Essen 2007) enthält beispielsweise entsprechende Informationen auf Stadtteil- und gesamtstädtischer Ebene. Darüber hinaus haben sich etwa 100 deutsche Kommunen mit einer Einwohnerzahl ab 50.000 im Rahmen des KOSIS-Verbunds⁴ in der Arbeitsgemeinschaft Kommunalstatistik (AG KOSTAT) zusammengeschlossen. Dabei steht die Sammlung kommunalstatistischer, kleinräumig gegliederter Daten im Vordergrund. Erfasst wird u. a. die Staatsangehörigkeit der Bevölkerung, so dass Analysen über die räumliche Verteilung der Zuwanderer für die 100 teilnehmenden Städte grundsätzlich möglich sind.⁵

Über die Siedlungsstrukturen von Zuwanderern in einer Vielzahl deutscher Städte gibt auch der **Datensatz der Innerstädtischen Raubeobachtung (IRB)** Aufschluss, der vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) verwaltet wird. Er liefert für derzeit 45 deutsche Städte⁶ Angaben, die auch für relativ kleine statistische Gebietseinheiten auswertbar sind. Darunter befinden sich alle deutschen Großstädte mit über 500.000 Einwohnern. Die Teilnahme der Städte ist freiwillig. Somit handelt es sich beim IRB-Datensatz weder um eine Zufallsstichprobe, noch um eine Vollerhebung aller deutschen Städte. Im Gegensatz zu städtischen Statistiken, die teilweise unterschiedliche Merkmale enthalten, wird jedoch bei allen teilnehmenden Städten ein zuvor abgestimmter Merkmalskatalog einheitlich erhoben. Erfasst wird auch die Staatsangehörigkeit der Bewohner einer Gebietseinheit. Damit lassen sich für unterschiedliche Migrantengruppen Analysen zu innerstädtischen Segregationsprozessen durchführen. Angaben liegen vor für deutsche, türkische, italienische (inkl. San Marino und Vatikan) und griechische Staatsangehörige sowie für Personen aus dem osteuropäischen und asiatischen Teil der ehemaligen Sowjetunion (ohne die Baltischen Staaten). Andere Staatsangehörigkeiten werden zu Oberkategorien gebündelt, wie beispielsweise „EU-Beitrittsländer 2005“. Die Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (AKI) erarbeitete auf Basis dieser Daten eine Studie über Siedlungsstrukturen von Migrantengruppen in Deutschland, wobei ihr Sample auf 29 Städten basierte (Schönwälder/Söhn 2007a).⁷

4 Die Abkürzung KOSIS steht für Kommunales Statistisches Informationssystem. Der KOSIS-Verbund ist eine Selbsthilfeeinrichtung der deutschen Städte zur gemeinsamen Entwicklung und Pflege von Standards und Verfahren für kommunales statistisches Informationsmanagement. Für weitere Informationen siehe www.staetestatistik.de.

5 Für weitere Informationen siehe www.kostat.de.

6 Die teilnehmenden Städte sind derzeit Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt a. M., Stuttgart, Dortmund, Essen, Düsseldorf, Bremen, Hannover, Duisburg, Leipzig, Nürnberg, Dresden, Bochum, Wuppertal, Bielefeld, Bonn, Karlsruhe, Wiesbaden, Gelsenkirchen, Münster, Chemnitz, Halle (S.), Krefeld, Magdeburg, Oberhausen, Freiburg, Lübeck, Erfurt, Rostock, Mainz, Saarbrücken, Ludwigshafen, Potsdam, Heidelberg, Darmstadt, Regensburg, Ingolstadt, Offenbach, Koblenz, Jena, Frankfurt (O.), Weimar (www.brr.bund.de).

7 Die genannte Studie wird in Kapitel 3.1.1 zusammengefasst.

Zu den sozialwissenschaftlichen Erhebungen, die Informationen mit bundesweitem Bezug zu den Wohnbedingungen von Personen mit Migrationshintergrund bereitstellen, zählen das Sozio-Ökonomische Panel (SOEP) sowie die Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM).

Das **Sozio-Ökonomische Panel (SOEP)** ist eine seit 1984 jährlich durchgeführte, repräsentative Panelbefragung privater Haushalte in Deutschland, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin getragen wird. Die Studie umfasste im Erhebungsjahr 2006 rund 12.500 Haushalte und über 22.000 erwachsene Befragte (Wagner et al. 2007: 151f.). Themenschwerpunkte sind unter anderem Haushaltszusammensetzung, Erwerbs- und Familienbiographie, Erwerbsbeteiligung und berufliche Mobilität, Einkommensverläufe, Gesundheit und Lebenszufriedenheit. Auch zum Thema Wohnen enthält das SOEP vielfältige Informationen, so zu Größe und Ausstattung der Wohnung sowie zum Haustyp und Baualter des Wohnhauses. Darüber hinaus werden Aspekte wie die Wohndauer, die Gründe für einen Umzug und ein möglicher Sozialwohnungsstatus erfasst.

Das SOEP besteht aus inzwischen acht Teilstichproben A-H, von denen sich zwei explizit auf Zuwanderer beziehen, nämlich die Teilstichprobe B (Haushalte mit einem Haushaltsvorstand türkischer, italienischer, spanischer, griechischer oder jugoslawischer Nationalität, befragt seit 1984) und die Teilstichprobe D (Zuwanderer, die seit 1984 nach Westdeutschland kamen, befragt seit 1994/95). Jedoch lassen sich auch in den übrigen sechs Teilstichproben des SOEP Ausländer bzw. Zuwanderer identifizieren. Die hinreichenden Fallzahlen und das breite Themenspektrum der Befragung, das auch „weiche“ bzw. subjektive Indikatoren umfasst, haben das SOEP zu einer wichtigen und viel genutzten Datenquelle der Migrations- und Integrationsforschung gemacht (Frick 2004). Für die hier vorgelegten Auswertungen wurden die SOEP-Daten bis zum Jahr 2006 herangezogen, mit zehn Jahre zurückreichenden intertemporalen Vergleichen. Dabei wurden keine Längsschnitt- bzw. Panelauswertungen vorgenommen, sondern „aneinandergelegte Querschnitte“ der verschiedenen SOEP-Wellen ausgewertet.

Die Befragten wurden dabei anhand des Konzeptes „Migrationshintergrund“ in Anlehnung an den Mikrozensus kategorisiert. Zur Konstruktion des Migrationshintergrunds wurden folgende Informationen herangezogen: Staatsangehörigkeit, Geburtsland, ob die befragte Person eingebürgert wurde, ob neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit vorliegt, sowie Status bei der Einwanderung (zum Beispiel: Aussiedler). Weiterhin wurde eine Art Biografiedatensatz erstellt, anhand dessen der Migrationshintergrund einer Person von 1984 bis 2006 nachgezeichnet werden kann. Im Rahmen der Analysen auf Basis des SOEP sind Personen mit Migrationshintergrund demnach: Ausländer (in Deutschland oder im Ausland geboren), Eingebürgerte und Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit. Hinzu kommt, dass durch Vorliegen der Information zum Einreisestatus auch die Gruppe der Aussiedler bzw. Spätaussiedler (aus verschiedenen Herkunftsländern) eindeutig abgegrenzt werden kann.

Neben dem SOEP als allgemeiner Bevölkerungsumfrage beinhalten auch spezielle Surveys über Zuwanderer Informationen zur Wohnsituation, so auch die **Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM)**. Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführte Studie steht in der Tra-

dition der „Repräsentativuntersuchungen zur Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“, die 1980, 1985, 1995 und 2001 stattfanden und vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bzw. vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit beauftragt wurden. Die nunmehr in der Verantwortung des Bundesamtes liegende Studie wurde konzeptionell überarbeitet und umfasst die fünf größten ausländischen Nationalitätengruppen in Deutschland, d.h. türkische, ehemals jugoslawische (serbische, kroatische, bosnische, slowenische, mazedonische), italienische, griechische und polnische Staatsangehörige. Diese mussten sich zum Stichtag 30.06.2006 schon seit mindestens zwölf Monaten im Land aufhalten und einen gesicherten Aufenthaltstitel besitzen. Die Stichprobenziehung erfolgte mit Hilfe des Ausländerzentralregisters und lokaler Ausländerbehörden. Die Feldarbeit fand bundesweit von Dezember 2006 bis April 2007 statt.

Bei der RAM-Studie handelt es sich um eine Mehrthemenbefragung zu verschiedenen Integrationsaspekten, unter anderem zu Schulbildung, Erwerbstätigkeit, Sprachkenntnissen, Wohnsituation, sozialen Kontakten, Religion und identifikativer Bindung an Deutschland und das Herkunftsland. Die Fragen zum Thema Wohnen beziehen sich zum einen auf die Zusammensetzung der Bevölkerung im Wohnviertel. Zum anderen werden auch Angaben über die Eigentumsverhältnisse, die Ausstattung und Größe der Wohnung sowie die Wohnform erhoben. Insgesamt wurden 4.576 Personen im Alter von 15 bis 79 Jahren befragt, die sich ungewichtet wie folgt auf die einzelnen Nationalitätengruppen verteilen: 1.544 Türken, 972 (ehemalige) Jugoslawen, 746 Italiener, 677 Griechen und 637 Polen (Babka von Gostomski 2008: 12). In diesen Zahlen enthalten sind insgesamt 133 Personen (2,9% des Gesamtsamples), die – hauptsächlich durch zwischenzeitliche Einbürgerungen – zum Zeitpunkt der Befragung die deutsche Staatsangehörigkeit (ausschließlich oder zusätzlich zu ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit) besaßen. Bei allen übrigen Befragten handelt es sich um Ausländer. Im Rahmen der hier vorgelegten Auswertungen werden jeweils alle Befragten unabhängig von ihrer aktuellen Staatsangehörigkeit einer der fünf Nationalitätengruppen zugeordnet. Bei den Befragten aus dem ehemaligen Jugoslawien wird darüber hinaus keine Differenzierung nach den quantitativ bedeutsamen Gruppen mit Herkunft aus Serbien und Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Kroatien vorgenommen. Zwar zeigen andere Datenquellen wie z.B. die amtliche Bildungsstatistik, dass es relevante Integrationsunterschiede zwischen den Migranten aus diesen Staaten gibt (Siegert 2008). Jedoch bringt eine entsprechende Differenzierung anhand der RAM-Daten sowohl Fallzahlen- als auch Zuordnungsprobleme mit sich, so dass für die hier vorgelegten Analysen auf die Sammelkategorie „ehemaliges Jugoslawien“ zurückgegriffen werden musste. Diese enthält in geringem Umfang auch Befragte mit slowenischer und mazedonischer Herkunft.

Zum Thema **Wohnungslosigkeit** liegen derzeit kaum Daten mit bundesweitem Bezug vor. Hinsichtlich des Anteils wohnungsloser Migranten an allen Wohnungslosen muss daher auf Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. zurückgegriffen werden (Busch-Geertsema 2002: 34ff.). Diese sammelt die Sozialdaten, Daten zur Einkommenssituation, zum Wohnen sowie zur Betreuung allein stehender wohnungsloser Männer und Frauen, welche die sozialen Dienste der Freien Wohlfahrtspflege im Rahmen

des Hilfesystems nach §§ 67-69 SGB XII⁸ in Anspruch nehmen. Dabei wird der Migrationshintergrund und die Staatsangehörigkeit erhoben. Bei Letzterer wird zwischen den Kategorien deutsch, EU und sonstige unterschieden. In diese Erhebung gehen jedoch nur Daten von Einrichtungen ein, die mit bestimmten Softwareprogrammen arbeiten. 2006 wurden so insgesamt 18.747 wohnungslose allein stehende Personen erfasst. Die Gesamtzahl allein stehender Wohnungsloser wird bundesweit auf insgesamt 254.000 geschätzt, zuzüglich wohnungsloser Aussiedler auf 265.000 (Schröder 2008).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Datenlage im Bereich Wohnen, mit Ausnahme des Bereichs Wohnungslosigkeit, als vergleichsweise gut beurteilt werden kann. Die Wohnverhältnisse von Migranten werden schwerpunktmäßig in sozialwissenschaftlichen Erhebungen untersucht, so im Sozio-Ökonomischen Panel und in der „Repräsentativbefragung ausgewählter Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM). Aber auch der Mikrozensus beinhaltet in seinem Zusatzprogramm Fragen zu diesem Lebensbereich. Die empirischen Ergebnisse zur Wohnsituation, die in den folgenden Abschnitten dargestellt werden, basieren auf diesen drei Datenquellen. Repräsentative Daten und Analysen zur innerstädtischen Segregation von Personen mit Migrationshintergrund auf Bundesebene sind dagegen kaum zu finden. Anhaltspunkte hierfür geben die Daten der Innerstädtischen Raumbewertung (Schönwälder/Söhn 2007a), eine Untersuchung auf Basis des Mikrozensus (Janßen/Schroedter 2007) sowie Studien auf kommunaler Ebene.

1.2 Forschungsüberblick

Die Themen Wohnen und innerstädtische Segregation werden in der Sozialforschung in der Regel als zwei separate Bereiche behandelt. Dementsprechend gibt es kaum Untersuchungen, welche die beiden Themen gemeinsam aufgreifen.

Empirische Studien über die Wohnverhältnisse von Zuwanderern basieren zum Großteil auf Daten des Sozio-Ökonomischen Panels (Clark/Drever 2002, Clark/Drever 2001a und 2001b, Häußermann/Siebel 2001 und 2000, Özcan/Seifert 2006). Die Untersuchungen konzentrieren sich auf die Entwicklungstendenzen der Wohnbedingungen von Deutschen und Ausländern im Zeitverlauf, mögliche Ursachen der unterschiedlichen Wohnqualität zwischen den beiden Gruppen sowie die Wirkungen von Umzügen.

Die deskriptiven Ergebnisse der Studien belegen insgesamt eine Verbesserung der Wohnverhältnisse von Zuwanderern in den letzten zwanzig Jahren. Da dies jedoch auch für deutsche Haushalte gilt, bestehen nach wie vor Niveauunterschiede zwischen den beiden Gruppen (Gestring et al. 2006, Zwick 2003, Clark/Drever 2001b). Özcan/Seifert (2006) befassen sich in ihrem Gutachten für den 5. Altenbericht der Bundesregierung mit der Entwicklung der Wohnbedingungen von ausländischen Staatsbürgern aus den ehemaligen Anwerbeländern zwischen 1997 und 2002 in unterschiedlichen Altersklassen, wobei vor allem die Altersklasse der über 65-jährigen Beachtung findet. Die Bewertung erfolgt anhand objektiver und subjektiver Indikatoren. Insgesamt haben sich die Wohnbedingungen älterer Migranten denen der deutschen Staatsbürger angenähert. Dies spiegelt sich auch in

8 Die §§ 67 – 69 bilden das achte Kapitel des SGB XII „Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten“.

einer verbesserten subjektiven Bewertung der Wohnungsgröße sowie der eingeschätzten Renovierungsbedürftigkeit des Wohnhauses wider. Deutliche Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen zeigen sich jedoch weiterhin hinsichtlich bestimmter Merkmale der Wohnungsausstattung, beispielsweise im Hinblick auf eine Zentral- oder Etagenheizung, sowie der Wohnfläche pro Kopf (Özcan/Seifert 2006: 21ff.).

Über die deskriptiven Ergebnisse hinausgehende Analysen konzentrieren sich auf die Bestimmung möglicher Erklärungsfaktoren für die Wohnsituation von Migranten (Clark/Drever 2002: 12ff). Auch bei der Kontrolle sozioökonomischer und demographischer Faktoren⁹ bleibt hier der Einfluss des Ausländerstatus auf die Wohnqualität bestehen. Die Ungleichheit bei den Wohnverhältnissen zwischen deutschen und ausländischen Staatsbürgern lässt sich demzufolge nicht vollständig durch andere Variablen erklären. Auch Gestring et al. (2006) setzen sich in ihrer Studie mit den Ursachen der vergleichsweise schlechten Wohnsituation von vorrangig türkischen Migranten auseinander. Sie führen die Unterschiede u. a. auf rechtliche, demographische und regionale Faktoren zurück. Im Rahmen qualitativer Interviews mit „Gatekeepern“ des Wohnungsmarktes in Hannover, wie Mitarbeitern von Wohnungsgesellschaften, Wohnungsgenossenschaften oder des Amtes für Wohnungswesen, zeigen sie darüber hinaus, dass neben ökonomischen Kriterien auch die ethnische Herkunft der Bewerber bei der Vergabep Praxis zu vermietender Wohnungen eine Rolle spielt (Gestring et al. 2006: 70ff.) Clark und Drever (2002, 2001) untersuchen außerdem die Wirkungen von Umzügen. Sie führen sowohl bei Zuwanderern als auch bei Einheimischen zu einer Verbesserung der Wohnsituation. Die Gewinne in der Wohnqualität fallen jedoch bei den Migranten insgesamt etwas geringer aus.

Das Thema Wohnen schließt auch den Problembereich Wohnungslosigkeit ein. Die Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung (GISS) hat 2002 für die Europäische Beobachtungsstelle zur Wohnungslosigkeit einen Bericht zum Thema „Migration und Wohnungslosigkeit in Deutschland“ erarbeitet. Demnach war der Anteil ausländischer Staatsbürger in Wohnungsloseneinrichtungen freier Träger¹⁰ im Jahre 2001 mit 7,3 % etwas geringer als der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung mit 8,9 % (Busch-Geertsema 2002: 35f.). Die aktuellen vorliegenden Zahlen für das Jahr 2006 der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. geben den Anteil wohnungsloser ausländischer Staatsbürger mit 9,4 % an, wobei 3,5 % EU-Ausländer und 5,8 % sonstige Ausländer sind. Neben der Nationalität wird im aktuellen Statistikbericht der Migrationshintergrund ausgewiesen. 2006 hatten 10,9 % der Wohnungslosen einen Migrationshintergrund (Schröder 2008: 12).

Mit dem Fokus auf Diskriminierung befasst sich auch das RAXEN¹¹-Netzwerk mit der Wohnsituation von Migranten in Deutschland. RAXEN ist bei der Europäischen Grundrechteagentur (Fundamental Rights Agency, FRA) in Wien angesiedelt.¹² Über so genannte National Focal Points (NFPs) werden regelmäßig für bestimmte Lebensbereiche Statistiken, Neuerscheinungen und „Beispiele guter Praxis“ für das jeweilige Land gesammelt und im

9 Im Einzelnen handelt es sich um die Variablen Einkommen, Alter des Haushaltsvorstands, Miet- versus Eigentumsverhältnis, städtischer versus ländlicher Kontext und Anzahl der Haushaltsmitglieder (Clark/Drever 2002: 13).

10 Zur Datengrundlage der Studie siehe Kapitel 1.1.

11 Die Abkürzung RAXEN steht für „Racism and Xenophobia Network“.

12 Bis März 2007: European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC). Weitere Informationen zu RAXEN online unter: http://www.eumc.at/fra/index.php?fuseaction=content.dsp_cat_content&catid=4864fc41c50f2.

Rahmen eines Berichtes veröffentlicht (Siegert 2006: 106f.). Der Bericht des Jahres 2003 konzentrierte sich ganz auf das Thema Wohnen (Will 2003). Auch die neueren Berichte widmen diesem Lebensbereich jeweils ein Kapitel, so auch im aktuellsten Bericht, in dem u. a. auf die oben beschriebenen Ergebnisse der Studie von Özcan und Seifert (2006) Bezug genommen wird (Bosch/Peucker 2006: 57ff.).

Mit einer Schwerpunktsetzung im Bereich kommunaler Wohnungspolitik befasste man sich auch in der ersten Phase (2006-2007) des europäisch vergleichend ausgerichteten CLIP-Projekts (Cities for Local Integration Policies for Migrants) mit dem Thema Wohnen. In Rahmen von CLIP tauschen sich etwa 30 Städte über Erfahrungen und Strategien in bestimmten kommunalen Handlungsfeldern aus.¹³ Sie werden dabei durch ein Wissenschaftlernetzwerk unterstützt. Die behandelten Fragen konzentrierten sich sowohl auf den Bereich Wohnen als auch auf den Bereich ethnische Segregation, wobei der Schwerpunkt auf kommunalpolitischen Maßnahmen zur Förderung der Integration von Migranten lag (Bosswick et al. 2007). In diesem Kontext sind für die drei an CLIP teilnehmenden deutschen Städte Stuttgart, Arnsberg und Frankfurt a. M. Berichte über die Wohnverhältnisse von Migranten sowie die vor Ort jeweils umgesetzten Maßnahmen erarbeitet worden (Lüken-Klaßen 2007a, 2007b, 2007c). Eingegangen wird auf die Charakteristika des lokalen Wohnungsmarktes, die Wohnsituation der Einwohner mit Migrationshintergrund, deren räumliche Verteilung sowie ihren Zugang zum Wohnungsmarkt.

Die Untersuchung residentieller Segregation, also der Verteilung der Wohnstandorte unterschiedlicher Personengruppen im städtischen Raum, ist ein bedeutender Arbeitsbereich der Stadtsoziologie. Studien zur empirischen Relevanz oder zum Ausmaß ethnischer Segregation, die sich auf das gesamte Bundesgebiet beziehen, liegen jedoch kaum vor (Häußermann/Siebel 2004: 176). Ausnahmen sind die Studie der Arbeitsstelle für Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration am Wissenschaftszentrum Berlin (Schönwälder/Söhn 2007a und 2007b), sowie die Arbeit der Wissenschaftlerinnen Janßen und Schroedter (2007). Beide Untersuchungen beziehen sich auf räumliche Einheiten zahlreicher deutscher Städte. Erstere wurde auf Basis des Datensatzes der Innerstädtischen Raumbeobachtung (IRB) erstellt und betrachtet die ethnische Segregation für Gebietseinheiten aus insgesamt 29 deutschen Städten. Letztere ermittelt die empirische Relevanz ethnischer Segregation auf Grundlage der Auswahlbezirke des Mikrozensus. Diese Studie bezieht sich nur auf Westdeutschland.

Andere Untersuchungen betrachten in der Mehrzahl einzelne Städte (Ohliger/Raiser 2005, Zdrojewski/Schirner 2005, Grabowski et al. 2002, Schulz 2002, Friedrichs 1998, Swia-czny 1998) oder eine begrenzte Anzahl von Städten (Friedrichs 2006, Bürkner 1998, Heller 1992). Die Analysen zeigen insgesamt, dass die ethnische Segregation in den letzten 10 bis 15 Jahren in Deutschland eher abgenommen hat. Allerdings gibt es zwischen den einzelnen Nationalitätengruppen bzw. Migrantengruppen deutliche Unterschiede im Ausmaß der Siedlungskonzentration (vgl. Kapitel 3.1). Bis auf die Untersuchung von Schönwälder und Söhn (2007a), welche auch die Segregation von Doppelstaatlern analysiert, basieren alle

13 Für weitere Informationen zu CLIP siehe <http://www.eurofound.europa.eu/areas/populationandsociety/clip.htm>.

genannten Studien auf dem Ausländerkonzept, das heißt, es wird zwischen deutschen und ausländischen Staatsbürgern unterschieden.¹⁴ Deutsche mit Migrationshintergrund, wie beispielsweise eingebürgerte Ausländer oder Spätaussiedler, werden somit nicht identifiziert und der Gruppe der Deutschen zugerechnet. Das Ausmaß ethnischer Segregation wird damit unterschätzt. Janßen/Schroedter (2007) zeigen anhand von Mikrozensus-Daten, dass sich eingebürgerte und nicht eingebürgerte Migranten aus den ehemaligen Anwerbeländern in Bezug auf ethnisch segregiertes Wohnen voneinander unterscheiden. So leben Eingebürgerte in Auswahlbezirken, die einen signifikant niedrigeren durchschnittlichen ausländischen Bevölkerungsanteil haben, als die Auswahlbezirke der ausländischen Staatsbürger. Dennoch unterscheidet sich die eingebürgerte noch von der (nicht eingebürgerten) deutschen Bevölkerung, welche eher in Auswahlbezirken mit einem niedrigeren durchschnittlichen Ausländeranteil lebt (Janßen/Schroedter 2007: 464).

Die Bewertung ethnischer Segregation ist in den Sozialwissenschaften bis heute umstritten. Diskutiert wird vor allem darüber, ob sie den Integrationsprozess der Zuwanderer unterstützt oder verhindert. Empirische Untersuchungen über die Folgen ethnischer Siedlungskonzentrationen für den Integrationsprozess der Zuwanderer zeigen keine einheitlichen Ergebnisse (Farwick 2007, Oberwittler 2007, Schönwälder 2007, Drever 2004, Kecskes 2000).¹⁵ Negative Auswirkungen von ethnischen Siedlungskonzentrationen können damit empirisch nicht zweifelsfrei belegt werden. Ethnische Segregation ist jedoch eng mit sozialer Segregation verbunden, was eine Bewertung nochmals erschwert (Häußermann/Siebel 2001: 30). Neben Fragen zu den Konsequenzen ethnischer Segregation für die Integration setzt man sich in der Stadtsoziologie auch mit den Folgen einer demographisch bedingten Schrumpfung von Städten auseinander (Häußermann/Siebel 2004). Grabbert (2007) zeigt beispielsweise für die Städte Leipzig und Essen, dass der Rückgang der Einwohnerzahl mit einer Erhöhung der ethnischen und sozialen Segregation einherging.

2. Wohnen

Die Wohnungsversorgung in Deutschland ist marktförmig organisiert (Häußermann/Siebel 2001: 18). Demnach haben Zuwanderer prinzipiell den gleichen Zugang zum Wohnungsmarkt wie Einheimische.¹⁶ Die Wohnlage und die Wohnbedingungen werden damit primär durch das verfügbare Einkommen der Haushalte bzw. die Kaufkraft der Nachfrager bestimmt. Die finanzielle Situation ist wiederum abhängig von der Position auf dem Arbeitsmarkt und damit dem sozioökonomischen Status von Haushalten (Worbs et al. 2005: 16f., Will 2003). Da Zuwanderer im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung durchschnittlich über geringere Einkommen verfügen (Miegel et al. 2008: 30ff.), ist zu erwarten, dass sich dies auch in schlechteren Wohnverhältnissen niederschlägt. Darüber hinaus sind sie auf die Wohngegenden angewiesen, in denen die Wohnkosten gering sind.

Analytisch lassen sich drei weitere Faktoren unterscheiden, welche die Wohnbedingungen beeinflussen: Angebotsseitige Beschränkungen, nachfrageseitige Be-

14 Die Auswertungen nach Staatsangehörigkeit und nicht nach Migrationshintergrund sind auf die Datengrundlage der jeweiligen Studie zurückzuführen.

15 Siehe dazu Kapitel 3.3.

16 Ausnahmen stellen die Migrantengruppen dar, welche zu Beginn ihres Aufenthalts in Deutschland zunächst an Formen der Wohnortzuweisung oder der Sammelunterbringung gebunden sind, wie (Spät-) Aussiedler, Asylbewerber oder jüdische Zuwanderer (Haug/Sauer 2007, Worbs et al. 2005).

schränkungen sowie individuelle Einstellungen und Präferenzen. Auf der Angebotsseite des Wohnungsmarktes werden Migranten mit unterschiedlichen Regulierungen und Politiken konfrontiert, welche ihre Wohnsituation beeinflussen. So bestehen in einigen Gebieten des sozialen Wohnungsbaus Zuzugsbeschränkungen in Form so genannter „Ausländerquoten“.¹⁷ Diese Regelungen sind jedoch umstritten und rechtlich nicht eindeutig zu legitimieren. Zudem sind die öffentlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau in den letzten Jahren stark reduziert worden, so dass dieses politisch regulierte Marktsegment zunehmend an Bedeutung verlieren wird (Forschungsverbund Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen 2005: 10ff.). Den angebotsseitigen Beschränkungen werden neben den „Ausländerquoten“ auch diskriminierende Praktiken gegenüber Zuwanderern durch Makler oder Vermieter zugerechnet.¹⁸

Nachfrageseitige Beschränkungen beziehen sich auf den ungleichen Zugang zu Informationen über den Wohnungsmarkt zwischen Zuwanderern und Einheimischen. So zeigt Bremer (2000), dass Migranten eher informelle Kanäle, wie beispielsweise ihre Netzwerke, nutzen, um sich über freie Wohnungen zu informieren. Vergleichsweise gering genutzt werden hingegen Anzeigen in Zeitungen oder Makler. Dadurch bleiben Migranten bestimmte Segmente des Wohnungsmarktes jedoch verschlossen. Auf der individuellen Ebene sind es neben dem sozioökonomischen Status die subjektiven Einstellungen und Präferenzen, welche Wohnlage und Art der Unterkunft beeinflussen. In Bezug auf Migranten spielt hier die Bleibeabsicht eine Rolle. So werden Migranten, die sich nur temporär in Deutschland aufhalten, weniger Ansprüche an Unterkunft und Wohngegend stellen als Personen, die ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft nach Deutschland verlagern. Darüber hinaus besteht bei Migranten möglicherweise der Wunsch, in unmittelbarer Nachbarschaft zu den eigenen Landsleuten zu wohnen. Bei der Wohnortwahl kann auch die Nähe zu Geschäften mit Waren aus dem Herkunftsland oder religiösen Einrichtungen ausschlaggebend sein (Worbs et al. 2005: 16f.).

Nach diesem Überblick über die unterschiedlichen Determinanten der Wohnsituation von Zuwanderern stellt sich die Frage, wie sich diese nun konkret gestaltet. Um die Wohnverhältnisse, insbesondere die Wohnungsgröße, von Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund richtig interpretieren zu können, ist es wichtig, auch die Größe

17 Eine Wohnberechtigung für Sozialwohnungen haben nach dem Wohnraumförderungsgesetz (WoFG) einkommensschwächere Deutsche sowie Ausländer, die sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Ein vorübergehender Aufenthalt liegt in der Regel dann vor, wenn sich ein Ausländer von vornherein nicht länger als ein Jahr im Bundesgebiet aufhalten darf (Worbs et al. 2005: 36).

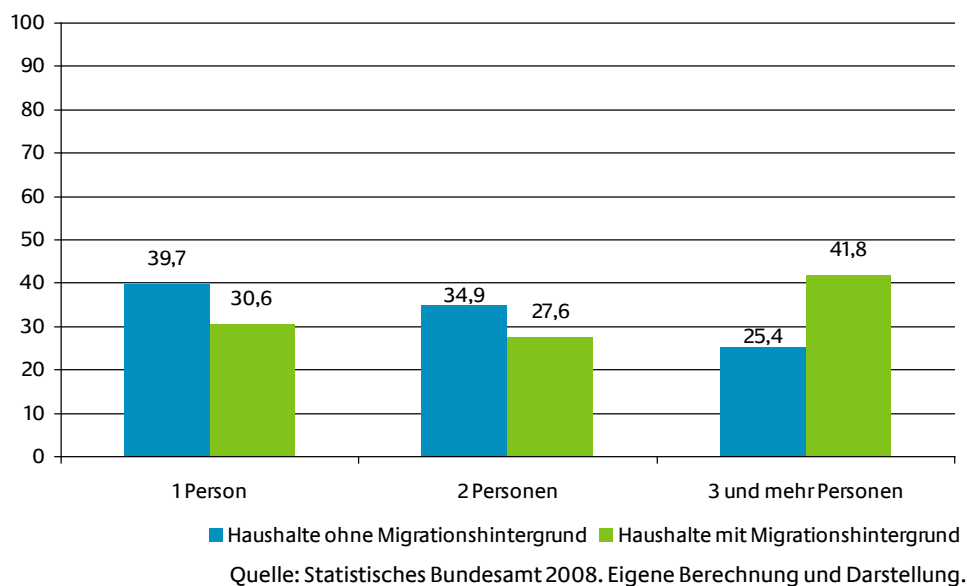
18 Seit dem Jahr 2006 ist in Deutschland das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG) in Kraft, dessen Ziel es ist, Benachteiligungen unter anderem aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft zu verhindern oder zu beseitigen. In den Anwendungsbereich dieses Gesetzes (§ 2 Abs. 1) fällt auch der Zugang zu Wohnraum. Allerdings enthält das AGG zwei weitere Bestimmungen, die das Benachteiligungsverbot in diesem Lebensbereich aufweichen: Zum einen ist (§ 19 Abs. 3) bei der Vermietung von Wohnraum „eine unterschiedliche Behandlung im Hinblick auf die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen und ausgewogener Siedlungsstrukturen sowie ausgeglichener wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Verhältnisse zulässig“. Diese Regelung ist vor allem für das „Belegungsmanagement“ von Wohnungsgesellschaften und andere Großvermieter von Relevanz; es ist allerdings umstritten, ob dies den Vorgaben der europäischen Antirassismus-Richtlinie 2000/43/EG vom 29. Juni 2000 entspricht (vgl. die Dokumente zur Sitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags am 15.10.2008, http://www.bundestag.de/ausschuesse/a06/anhoerungen/40_Chancengleichheit/index.html). Zum anderen (§ 19 Abs. 5) sind Ausnahmen vom Benachteiligungsverbot bei Mietverhältnissen mit einem „besonderen Nähe- und Vertrauensverhältnis“ erlaubt; dies ist vor allem dann der Fall, wenn sich der angebotene Wohnraum und der des Vermieters auf dem gleichen Grundstück befinden (vgl. <http://www.antidiskriminierungsstelle.de/bmfsfj/generator/ADS/Tipps-fuer-Betroffene/faqs,did=102712.html>).

der Haushalte zu berücksichtigen. Wie viele Personen wohnen durchschnittlich in Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund? Gibt es zwischen den Zuwanderergruppen Unterschiede? Im Folgenden wird zunächst ein einleitender Überblick über Größe und Zusammensetzung von Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund gegeben. Darauf aufbauend wird dann auf die Wohnverhältnisse eingegangen.

2.1 Haushaltgröße und Haushaltszusammensetzung

Haushalte mit und ohne Migrationshintergrund differieren deutlich hinsichtlich ihrer Größe und Zusammensetzung. Der Mikrozensus 2006 weist Haushalte nach dem Migrationshintergrund des Haupteinkommensbezieher hinsichtlich ihrer Größe aus. Demnach sind 39,7% der Haushalte ohne Migrationshintergrund Einpersonenhaushalte, 25,4% haben mindestens eine Größe von drei Personen. Bei Haushalten mit Migrationshintergrund zeigt sich ein anderes Bild: 30,6% sind Einpersonenhaushalte und 41,8% bestehen aus drei oder mehr Personen.

Abbildung 1: Verteilung auf Haushaltsgrößen nach dem Migrationshintergrund des Haupteinkommensbezieher, Mikrozensus 2006 (in %)



Differenziert man zwischen den einzelnen Zuwanderergruppen, stechen v. a. Haushalte mit einem Haupteinkommensbezieher türkischen Migrationshintergrunds hervor: In 61,4% der Fälle handelt es sich um Haushalte mit drei oder mehr Personen. Auch Personen aus Serbien und Montenegro wohnen in vergleichsweise großen Haushalten. Bei 48,7%, also fast der Hälfte aller Haushalte, handelt es sich um mindestens drei Personen. Eine ähnliche Verteilung weisen Migranten aus der Russischen Föderation auf: Einpersonenhaushalte haben hier einen Anteil von 24,9% und Haushalte mit drei oder mehr Personen einen Anteil von 46,4%. Menschen mit kroatischem, italienischem oder polnischem Hintergrund leben dagegen vergleichsweise häufig in Einpersonenhaushalten.

Tabelle 1: Verteilung auf Haushaltsgrößen nach derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit des Haupteinkommensbeziehers, Mikrozensus 2006 (in %)

	1 Person	2 Personen	3 und mehr Personen	Gesamt
Türkei	16,7	21,9	61,4	100,0
Russische Föderation	24,9	28,8	46,4	100,0
Serbien und Montenegro*	24,4	26,9	48,7	100,0
Kroatien	30,6	30,0	38,8	100,0
Bosnien und Herzegowina	25,8	30,0	44,2	100,0
Polen	35,9	29,4	34,7	100,0
Italien	30,5	27,7	41,8	100,0
Griechenland	27,4	29,4	43,1	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008. Eigene Berechnung und Darstellung.

*Im August 2006 kam es zur staatlichen Trennung von Serbien und Montenegro. Dies wird jedoch im Mikrozensus erst ab 2007 ausgewiesen.

Anmerkung: Aufgrund möglicher Rundungsfehler addieren sich die Zeilenprozente nicht immer genau zu 100%.

Auf Basis der Daten des Sozio-Ökonomischen Panels kann die durchschnittliche Haushaltsgröße sowie deren Entwicklung beschrieben werden. Beim Vergleich von zwei Wellen der Panelstudie ist zu berücksichtigen, dass es sich nur zum Teil um die gleichen Haushalte handelt. Durch Zusammenlegungen, Trennungen, aber auch den Einbezug zusätzlicher Stichproben kann sich die Zahl der befragten Haushalte verändern. Haushalte, deren Vorstand keinen Migrationshintergrund hat, umfassten nach den Daten des Sozio-ökonomischen Panels 2006 im Durchschnitt 2,0 Personen.¹⁹ Haushalte mit Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands bestanden hingegen aus durchschnittlich 2,7 Personen. Zehn Jahre zuvor, im Jahre 1997, umfassten erstere im Durchschnitt 2,1 Personen, letztere 2,7 Personen. Die Größe von Haushalten ohne Migrationshintergrund hat damit leicht abgenommen, diejenige von Haushalten mit Zuwanderungsgeschichte ist dagegen konstant geblieben.

Betrachtet man die durchschnittliche Haushaltsgröße differenziert für einzelne Zuwanderergruppen, zeichnen sich deutliche Unterschiede ab. 2006 lebten in Haushalten mit einem Haushaltsvorstand türkischen Hintergrunds durchschnittlich 3,5 Personen. An zweiter Stelle standen italienisch geprägte Haushalte. Sie umfassten im Mittel 3,1 Personen. Die kleinste Haushaltsgröße hatten Haushalte von Aussiedlern mit einer durchschnittlichen Größe von 2,4 Personen. Vergleicht man die durchschnittlichen Haushaltsgrößen des Jahres 2006 mit denen des Jahres 1997, zeigt sich eine uneinheitliche Entwicklung. Während die Größe bei Haushalten von Aussiedlern abgenommen hat, ist bei anderen Zuwanderergruppen eine Erhöhung der durchschnittlichen Größe festzustellen. So haben Haushalte mit türkischem, jugoslawischem und italienischem Migrationshintergrund leicht an Größe gewonnen.

19 Ein Großteil der in die Analyse eingegangenen Haushalte mit Migrationshintergrund lebt im Westen Deutschlands, während sich die Haushalte ohne Migrationshintergrund stärker auf West- und Ostdeutschland verteilen. Dieser Unterschied in der Verteilung sollte bei der Interpretation der Ergebnisse zur Wohnsituation mitbedacht werden. So können Unterschiede zwischen den Personengruppen mit und ohne Migrationshintergrund auch durch unterschiedliche Bedingungen auf den Wohnungsmärkten in Ost- und Westdeutschland mit beeinflusst werden.

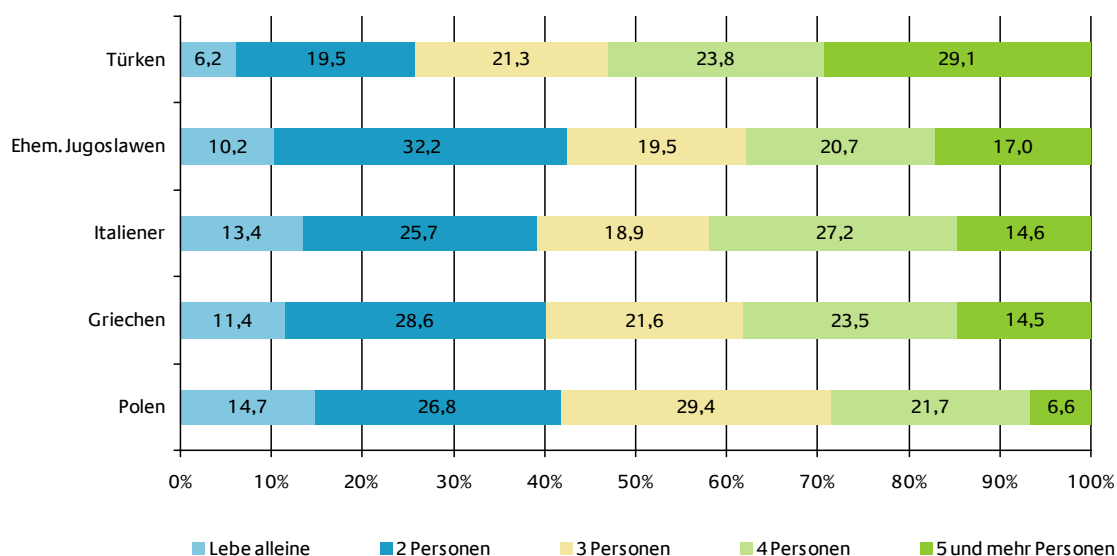
Tabelle 2: Durchschnittliche Zahl der Personen im Haushalt nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 1997 und 2006

	1997	2006
Ohne Migrationshintergrund	2,1	2,0
Mit Migrationshintergrund	2,7	2,7
Türkei	3,3	3,5
Ehemaliges Jugoslawien	2,5	2,6
Italien	3,0	3,1
Aussiedler	3,1	2,4
Sonstige	2,3	2,5

Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel. Eigene Berechnung und Darstellung, gewichtet. Ungewichtete Gesamtfallzahlen: 1997 6.719, 2006 12.395. Die Unterschiede zwischen den Fallzahlen von 1997 und 2006 können auf die Erhebung von vier Zusatz- bzw. Ergänzungsstichproben zurückgeführt werden: E (seit 1998), F (seit 2000), G (2002) und H (seit 2006).

Die Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM) weist ebenfalls Angaben zur Haushaltsgröße aus. Im Gegensatz zu den in den vorangegangenen Abschnitten verwendeten Datenquellen beziehen sich die folgenden Ergebnisse jedoch nicht auf Haushalte mit Migrationshintergrund, sondern auf Haushalte ausländischer Staatsbürger. Es zeigt sich, dass Polen mit einem Anteil von 14,7 % vergleichsweise häufig in Einpersonenhaushalten leben, während ihr Anteil bei den Haushalten mit 5 und mehr Personen bei 6,6 % liegt. Auch Griechen und ehemalige Jugoslawen haben einen vergleichsweise hohen Anteil von Einpersonenhaushalten. Unter den Haushalten aus dem ehemaligen Jugoslawien sind jedoch auch relativ viele mit mindestens fünf Personen zu finden. Türkische Staatsangehörige leben dagegen deutlich eher in großen Haushalten. So umfassen 29,1% der türkischen Haushalte mindestens fünf Personen (Babka von Gostomski 2008: 24f).

Abbildung 2: Anzahl der Personen im Haushalt nach Nationalität, RAM 2006/2007



Quelle: Babka von Gostomski (2008): 25

Anmerkung: Prozentwerte addieren sich nicht immer zu 100%, da „keine Angabe“ nicht wiedergegeben wird.

Die Unterschiede in der Größe spiegeln sich auch in der Zusammensetzung der Haushalte wider, wie auf Basis der Daten des Sozio-Ökonomischen Panels von 2006 gezeigt werden kann. So gibt es in der Bevölkerungsgruppe ohne Migrationshintergrund mehr 1-Personen-Haushalte (39 %) und Paare ohne Kinder (30,4 %) als bei den Haushalten mit Zuwanderungserfahrung, hier sind es 23 % und 25 %. Bei letzteren überwiegen Haushalte mit Kindern sowie Mehrgenerationenhaushalte.

Tabelle 3: Haushaltszusammensetzung nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006 (in %)

	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund
1-Personen-Haushalt	39,4	22,7
Paar ohne Kinder	30,4	24,9
Alleinerziehende	5,4	6,1
Paar mit Kindern	23,5	41,5
Mehr-Generationen-Haushalt	0,5	2,6
Sonstige Kombination	0,8	2,2
Gesamt	100,0	100,0

Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel. Eigene Berechnung und Darstellung, gewichtet. Ungewichtete Gesamtfallzahl: 12.395.

Es lässt sich zusammenfassend festhalten, dass Haushalte mit Migrationshintergrund im Durchschnitt mehr Personen umfassen als Haushalte ohne Migrationshintergrund. Vergleicht man die einzelnen Zuwanderergruppen, so fallen vor allem Haushalte mit türkischem Hintergrund und Haushalte polnischer Staatsangehöriger auf. Erstere haben einen höheren Anteil größerer Familien, letztere verhältnismäßig viele Einpersonenhaushalte. Eine Erklärung hierfür sind Unterschiede in der Zuwanderungsgeschichte der beiden Migrantengruppen. Während es sich bei den türkischen Haushalten vorrangig um ehemalige „Gastarbeiter“ und deren Familien handeln dürfte, stellen Polen einen großen Teil der neuen Arbeitsmigranten, die im Rahmen der Anwerbestoppausnahmereverordnung (ASAV) bzw. der Beschäftigungsverordnung (BeschV) in der Regel ohne ihre Familien temporär befristet zuwandern (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2007a: 65ff.).

Wie sich die unterschiedlichen Haushaltsgrößen auf die Wohnsituation der Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund insgesamt sowie der einzelnen Zuwanderergruppen auswirken, sollen die folgenden Abschnitte zur Wohnsituation zeigen.

2.2 Wohnbedingungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Vergleich

Die Wohnbedingungen der Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund werden in den nächsten Kapiteln anhand von Indikatoren zu den folgenden Aspekten beschrieben: Verfügbarer Wohnraum, Ausstattung der Wohnung, Mietbelastung, Bildung von Wohneigentum und Wohnform. Ein Vergleich mit Haushalten ohne Migrationshintergrund soll zeigen, inwieweit sich die Wohnsituation zwischen den beiden Gruppen unterscheidet, bzw. ob Angleichungen zu beobachten sind.

2.2.1 Wohnungsgröße

Die Wohnungsgröße von Personen mit und ohne Migrationshintergrund wird in diesem Abschnitt anhand der Indikatoren mittlere Wohnungsgröße, Wohnfläche pro Person und durchschnittliche Anzahl der Räume im Haushalt dargestellt.

Der Mikrozensus 2006 weist sowohl die mittlere Wohnungsgröße als auch die durchschnittliche Wohnfläche pro Person für die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund sowie einzelne Zuwanderergruppen aus. Personen ohne Migrationshintergrund verfügen in selbstgenutztem Wohneigentum über eine mittlere Wohnungsgröße von 127 Quadratmetern. In Mietwohnungen liegt sie bei 79,1 Quadratmetern. Personen mit Migrationshintergrund leben auf etwas weniger Wohnfläche. In selbstgenutztem Wohneigentum liegt die mittlere Wohnungsgröße bei 122 Quadratmetern, in Mietwohnungen bei 75,6 Quadratmetern.

Deutlicher werden die beengteren Wohnverhältnisse der Migranten, wenn man die Haushaltsgröße berücksichtigt. Wie im vorangegangenen Abschnitt gezeigt wurde, haben Personen mit Migrationshintergrund größere Haushalte als Einheimische. Dementsprechend wird eine kleinere durchschnittliche Wohnfläche von mehr Personen genutzt, d.h. pro Person steht weniger Wohnfläche zur Verfügung. Wie in Tabelle 4 gezeigt wird, kommen auf eine Person ohne Migrationshintergrund in selbstgenutztem Wohneigentum 50,1 Quadratmeter. In Mietwohnungen sind es 41,4 Quadratmeter. Bei der Gruppe mit Migrationshintergrund sind es dagegen im Schnitt nur 37,7 bzw. 28,7 Quadratmeter.

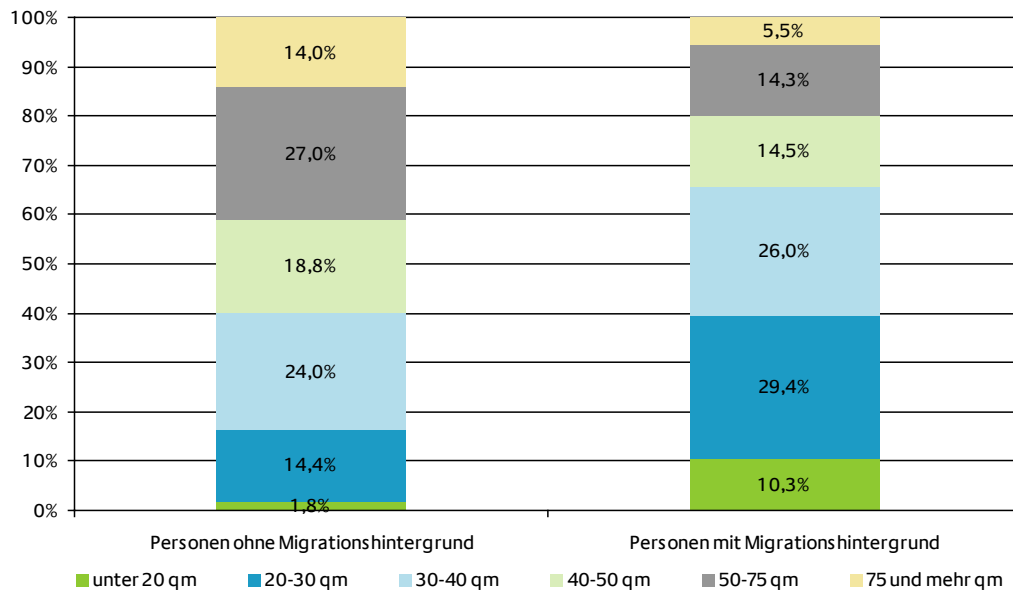
Tabelle 4: Durchschnittliche Wohnungsgröße in Quadratmetern von Personen mit und ohne Migrationshintergrund, Mikrozensus 2006

	Ohne Migrationshintergrund		Mit Migrationshintergrund	
	Selbstgenutztes Wohneigentum	Mietwohnung	Selbstgenutztes Wohneigentum	Mietwohnung
Mittlere Wohnungsgröße in qm	126,9	79,0	121,9	75,5
Mittlere Wohnungsgröße pro Person in qm	50,1	41,4	37,7	28,8

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008. Eigene Darstellung.

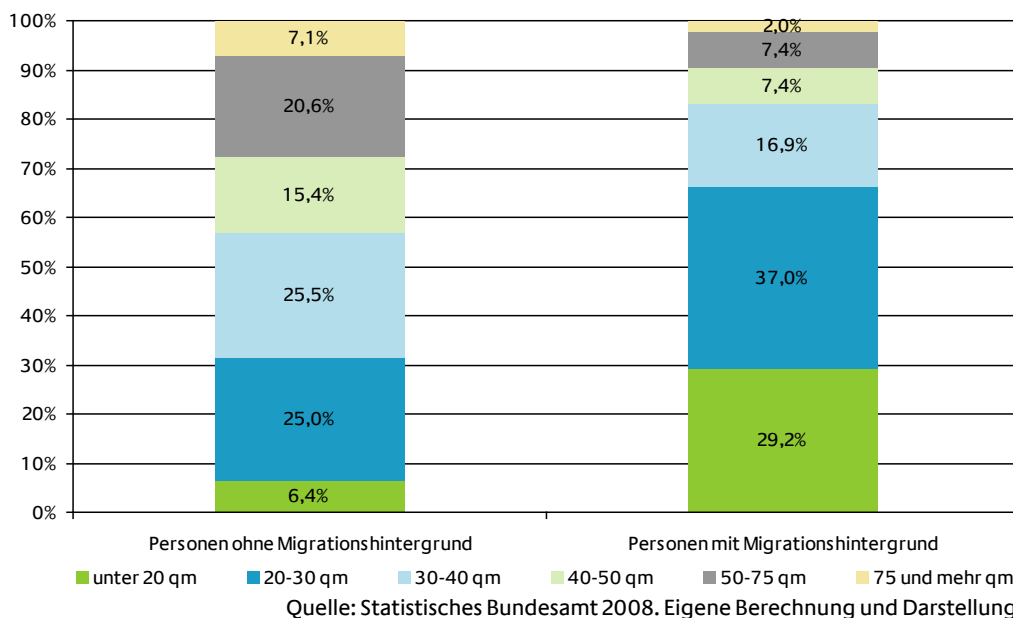
Entsprechend sieht auch die Verteilung auf die Quadratmeterkategorien (von unter 20 Quadratmetern bis über 75 Quadratmeter pro Person) aus. In selbstgenutztem Wohneigentum verfügen 10,3 % der Personen mit Migrationshintergrund über weniger als 20 Quadratmeter pro Person. Bei der Bevölkerung ohne Migrationsgeschichte sind es 1,8 %. Demgegenüber leben 27 % der Personen ohne Migrationshintergrund, aber nur 14,3 % der Personen mit Migrationshintergrund auf 50-75 Quadratmetern pro Person. Entsprechend auch die Verteilung in der Kategorie von 75 und mehr Quadratmetern pro Person: 14,0 % der Personen ohne, aber nur 5,5 % der Personen mit Migrationshintergrund leben auf dieser Wohnfläche.

Abbildung 3: Wohnfläche je Person von ... bis unter ... Quadratmeter in selbstgenutztem Wohneigentum für Personen mit und ohne Migrationshintergrund, Mikrozensus 2006



Vergleicht man die Ergebnisse für Mietwohnungen mit denen für selbstgenutztes Wohneigentum, so lässt sich allgemein festhalten, dass beide Gruppen zur Miete beengter wohnen. Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund lassen sich jedoch auch hier feststellen. So leben 6,4 % der Personen ohne Migrationshintergrund auf unter 20 Quadratmetern pro Person. In der Gruppe mit Zuwanderungsgeschichte sind es mit 29,2 % deutlich mehr. Ein großer Unterschied zwischen den Gruppen zeigt sich auch in der Kategorie 50 bis 75 Quadratmeter pro Person. Hier sind Personen ohne Migrationshintergrund mit 20,6 % vertreten, Personen mit Migrationshintergrund haben einen Anteil von 7,4 %. Entsprechend fallen die Anteile in der höchsten Kategorie (über 75 Quadratmetern) aus: Hier sind Personen ohne Migrationshintergrund mit 7,1 % und Personen mit Migrationshintergrund mit 2,0 % vertreten.

Abbildung 4: Wohnfläche je Person von ... bis unter ... Quadratmeter in Mietwohnungen für Personen mit und ohne Migrationshintergrund, Mikrozensus 2006



Betrachtet man die Indikatoren zur Wohnungsgröße im Mikrozensus 2006 differenziert für die sieben größten Migrantengruppen in Deutschland, zeigt sich das folgende Bild: In selbstgenutztem Wohneigentum verfügen Personen mit kroatischem und griechischem Migrationshintergrund über die geringste durchschnittliche Wohnungsgröße, bei den Mietwohnungen sind es die Personen mit bosnischem Migrationshintergrund sowie Personen aus der Russischen Föderation und Polen. Personen mit italienischem Migrationshintergrund haben im Durchschnitt dagegen vergleichsweise große Wohnungen, sowohl bei Mietwohnungen als auch bei Wohneigentum. Personen mit türkischem Migrationshintergrund liegen in beiden Fällen im mittleren Bereich, in Mietwohnungen im höheren mittleren Bereich.

Tabelle 5: Durchschnittliche Wohnungsgröße in Quadratmetern nach derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit, Mikrozensus 2006

	Selbstgenutztes Wohneigentum	Mietwohnung
Türkei	109,0	75,4
Russische Föderation	127,5	71,1
Serbien und Montenegro*	108,4	75,2
Kroatien	103,7	73,1
Bosnien und Herzegowina	105,4	68,9
Polen	117,9	71,6
Italien	118,7	78,2
Griechenland	106,5	73,7

Quelle:
Statistisches Bundesamt
2008. Eigene Darstellung.
*Im August 2006 kam es zur staatlichen Trennung von Serbien und Montenegro. Dies wird jedoch im Mikrozensus erst ab 2007 ausgewiesen.

Berücksichtigt man jedoch in einem zweiten Schritt die Haushaltsgröße, relativieren sich die oben festgestellten durchschnittlich großen Wohnflächen der Personen mit türkischem Migrationshintergrund. Sie weisen sowohl bei selbstgenutztem Wohneigentum als auch bei den Mietwohnungen mit 27,1 bzw. 24,1 Quadratmetern pro Person die niedrigsten Werte auf. Personen mit italienischem Migrationshintergrund verfügen dagegen auch unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße über vergleichsweise hohe Quadratmeterwerte. Es zeigt sich, dass die Personengruppe mit türkischem Migrationshintergrund aufgrund ihrer relativ großen Haushalte vergleichsweise beengt wohnt. Personen mit italienischem Migrationshintergrund haben zwar auch große Haushalte, leben jedoch nicht so beengt. Auf der höchsten durchschnittlichen Quadratmeterzahl pro Person leben jedoch die Personen mit polnischem Migrationshintergrund.

Tabelle 6: Durchschnittliche Wohnungsgröße pro Person in Quadratmetern nach derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit, Mikrozensus 2006

	Selbstgenutztes Wohneigentum	Mietwohnung
Türkei	27,1	24,1
Russische Föderation	35,2	28,1
Serbien und Montenegro*	32,7	25,0
Kroatien	34,2	30,9
Bosnien und Herzegowina	32,1	26,2
Polen	39,5	31,7
Italien	38,9	31,1
Griechenland	34,6	28,8

Quelle:
Statistisches Bundesamt
2008. Eigene Darstellung.
*Im August 2006 kam es zur staatlichen Trennung von Serbien und Montenegro. Dies wird jedoch im Mikrozensus erst ab 2007 ausgewiesen.

Betrachtet man die Verteilung auf die Quadratmeterkategorien von unter 20 Quadratmetern pro Person bis über 75 Quadratmeter pro Person für die einzelnen Migrantengruppen, werden die beengten Wohnverhältnisse der türkischstämmigen Zuwanderer nochmals deutlich. So leben 27,1% der Personen mit türkischem Migrationshintergrund im Wohneigentum auf unter 20 Quadratmetern pro Person. Auch Personen aus Serbien und Montenegro verfügen in selbstgenutztem Wohneigentum über eine geringe Wohnfläche. So lebt fast ein Viertel auf einer Fläche von unter 20 Quadratmetern. Über deutlich mehr Raum verfügen hingegen Personen aus der Russischen Föderation, Polen und Italien. Ihre Werte liegen bei unter 20 Quadratmetern pro Person bei ungefähr 6 %, bei Personen mit polnischem Hintergrund sind es sogar nur 3,3 %. In den Kategorien ab 40 bis 50 Quadratmetern pro Kopf sind sie im Vergleich zu den restlichen Gruppen anteilmäßig stärker vertreten.

Tabelle 7: Wohnfläche je Person von ... bis unter ... Quadratmeter für selbstgenutztes Wohneigentum nach derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit, Mikrozensus 2006

	unter 20	20-30	30-40	40-50	50-75	über 75	Gesamt
Türkei	27,1	41,8	18,1	6,6	5,1	1,3	100,0
Russische Föderation	6,7	35,0	30,9	12,9	11,3	3,1	100,0
Serbien und Montenegro*	23,8	29,8	17,8	13,1	12,0	/	100,0
Kroatien	15,4	34,6	22,1	12,5	12,5	/	100,0
Bosnien und Herzegowina	12,0	40,0	28,0	10,0	/	/	100,0
Polen	3,3	27,7	30,1	18,2	15,8	4,8	100,0
Italien	6,5	28,9	29,7	15,1	14,6	5,6	100,0
Griechenland	14,5	34,9	20,5	14,4	12,0	/	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008. Eigene Berechnung und Darstellung.

*Im August 2006 kam es zur staatlichen Trennung von Serbien und Montenegro. Dies wird jedoch im Mikrozensus erst ab 2007 ausgewiesen.

Anmerkungen: Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000 werden nicht ausgewiesen (/). Aufgrund möglicher Rundungsfehler addieren sich die Zeilenprozente nicht immer genau zu 100%.

Auch bei den Mietwohnungen zeigen sich die beengten Wohnverhältnisse der Personen mit türkischem und serbischem Migrationshintergrund. So leben 44,4 % der Personen mit türkischem und 42,5 % derer mit serbischem Migrationshintergrund auf unter 20 Quadratmetern pro Person. Auch hier zeigt sich, dass Personen aus der Russischen Föderation, aus Polen und aus Italien vergleichsweise große Wohnflächen zur Verfügung haben. Aber auch Personen mit kroatischem Migrationshintergrund können hier zugerechnet werden. So leben von ihnen nur 19,3 % auf unter 20 Quadratmetern pro Person, hingegen 20,5 % auf 40 Quadratmetern und mehr. Bei den Personen mit türkischem Migrationshintergrund, der Gruppe, die am beengtsten wohnt, haben hingegen nur knapp 9 % 40 Quadratmeter und mehr zur Verfügung.

Tabelle 8: Wohnfläche je Person von ... bis unter ... Quadratmeter für Mietwohnungen nach derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit, Mikrozensus 2006

	unter 20	20-30	30-40	40-50	50-75	über 75	Gesamt
Türkei	44,4	34,8	11,8	4,1	4,0	0,7	100,0
Russische Föderation	21,3	45,6	20,3	6,7	5,2	0,7	100,0
Serbien und Montenegro*	42,5	33,3	12,3	5,9	4,6	1,3	100,0
Kroatien	19,3	41,6	18,5	9,5	8,7	2,3	100,0
Bosnien und Herzegowina	30,0	43,9	14,3	6,7	5,0	/	100,0
Polen	16,6	39,6	22,7	9,3	9,3	2,2	100,0
Italien	23,6	36,1	18,7	9,0	9,9	2,7	100,0
Griechenland	30,4	35,3	16,2	8,1	7,8	1,7	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008. Eigene Berechnung und Darstellung.

*Im August 2006 kam es zur staatlichen Trennung von Serbien und Montenegro. Dies wird jedoch im Mikrozensus erst ab 2007 ausgewiesen.

Anmerkungen: Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000 werden nicht ausgewiesen (/). Aufgrund möglicher Rundungsfehler addieren sich die Zeilenprozente nicht immer genau zu 100%.

Auf Basis der Daten des Sozio-Ökonomischen Panels von 2006 ist es zudem möglich, die durchschnittliche Zahl der Räume pro Person in einem Haushalt zu errechnen. Auch hier zeigen sich Unterschiede zwischen Haushalten, deren Vorstand einen Migrationshintergrund hat und solchen, wo das nicht der Fall ist. So kommen erstgenannte auf 1,6 Räume pro Person, in Haushalten ohne Migrationshintergrund sind es im Schnitt 2,1 Räume pro Person. Clark/Drever (2001) ermittelten auf Basis der Daten des Sozio-Ökonomischen Panels für das Jahr 1998 für Haushalte mit einem deutschen Haushaltsvorstand einen Wert von 1,8 und für Haushalte mit einem ausländischen Vorstand einen Wert von 1,3 Räumen pro Person. Da sie ihre Analysen jedoch auf Grundlage der Staatsangehörigkeit und nicht des Migrationshintergrundes durchführten, können diese Werte nicht direkt mit den oben stehenden verglichen werden.

Deutlich niedrigere Werte errechneten Clark/Drever (2001) jedoch für türkische Haushalte. Hier lag der Wert mit 1,1 Räumen pro Person deutlich unter dem Wert für alle ausländischen Haushalte. Auch eine Berechnung für das Jahr 2006 auf Basis des Migrationshintergrundes bestätigt die beengteren Wohnverhältnisse der Bevölkerungsgruppe mit türkischem Migrationshintergrund. So verfügt sie im Mittel 2006 auch nur über 1,1 Räume pro Person. In Haushalten aus dem ehemaligen Jugoslawien kommen auf eine Person 1,6 Räume, ebenso bei den griechisch geprägten Haushalten. Haushalte mit italienischem Migrationshintergrund verfügen durchschnittlich über 1,4 Räume pro Person, Aussiedler über 1,5 und sonstige Migrantengruppen über durchschnittlich 1,8 Räume.

2.2.2 Ausstattung der Wohnung und Wohnform

Gute Wohnverhältnisse zeigen sich nicht nur in einer angemessenen Größe der Wohnung, sondern auch in deren Ausstattung. Auf Basis der Daten des Sozio-Ökonomischen Panels ist es möglich, auch qualitative Aspekte von Wohnungen zu untersuchen und Haushalte mit und ohne Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands hinsichtlich ihrer Ausstattung zu vergleichen. Diese wird im Sozio-Ökonomischen Panel anhand der Heizungsart, der Verfügbarkeit über Bad und Toilette innerhalb der Wohnung sowie dem Besitz eines Balkons oder Gartens beschrieben. Für das Jahr 1998 zeigten Clark/Drever (2002 und 2001b),

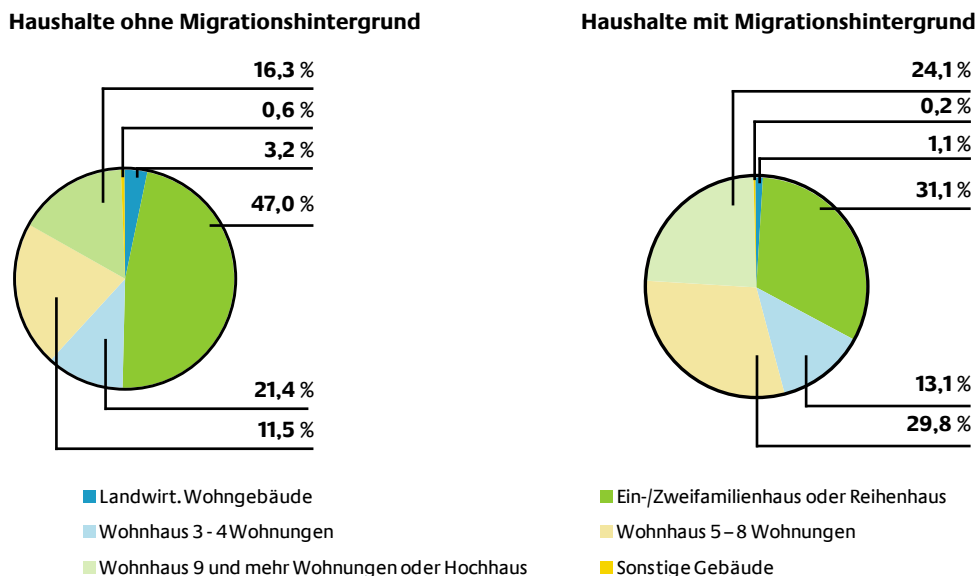
dass sich die Wohnungsausstattung zwischen deutschen und ausländischen Haushalten hinsichtlich eines Bads angeglichen hat. Nur 2 % der ausländischen und 1 % der deutschen Haushalte verfügten 1998 über kein Bad (Clark/Drever 2002: 9f). Für das Jahr 2006 zeigen sich ebenfalls keine großen Differenzen zwischen den Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund. Die beiden Gruppen haben sich neben der Verfügbarkeit über ein Bad in einer Vielzahl anderer Aspekte weitgehend angeglichen. So gut wie alle Wohnungen haben ein WC, fließend Warmwasser bzw. einen Boiler sowie eine Etagen- oder Zentralheizung. Häußermann/Siebel (2001) begründen dies mit erheblichen Sanierungs- und Modernisierungsanstrengungen für den Wohnungsbestand in der Bundesrepublik, die auch die ausländischen Haushalte erreicht haben.

Tabelle 9: Ausstattung der Wohnung nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006 (in %)

	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
Bad/Dusche in der Wohnung	99,5	98,5
WC in der Wohnung	99,4	99,5
Fl. Warmwasser, Boiler	99,5	98,5
Zentral- oder Etagenheizung	96,4	95,0
Balkon oder Terrasse	77,7	77,8
Garten	58,4	41,2

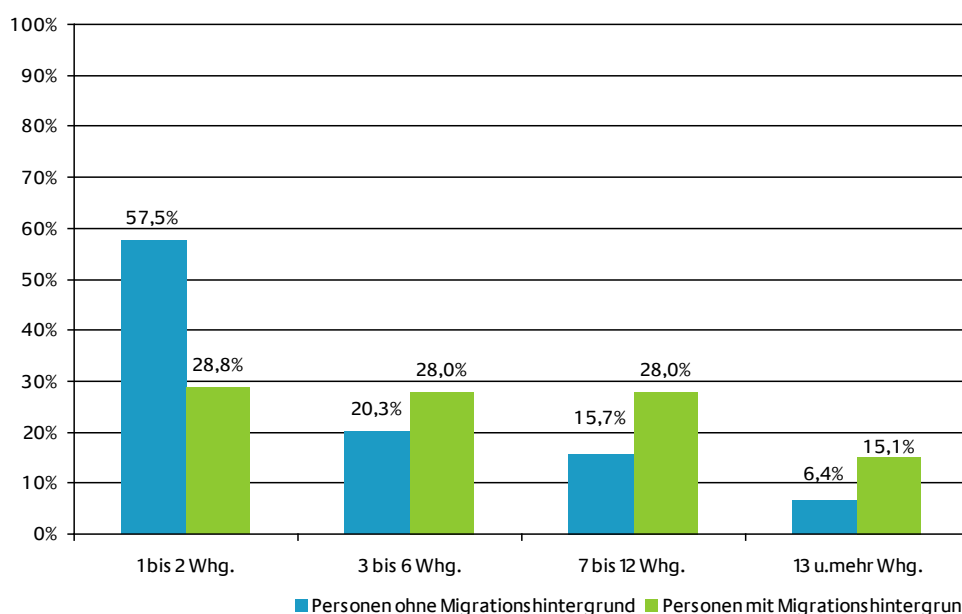
Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel. Eigene Berechnung und Darstellung, gewichtet.
Ungewichtete Gesamtfallzahl: 12.395.

Größere Differenzen lassen sich nur hinsichtlich des Besitzes eines Gartens feststellen. 58 % der Haushalte ohne und 41 % der Haushalte mit Migrationshintergrund verfügen über einen Garten. Hier dürften sich jedoch auch Unterschiede hinsichtlich der Wohnform niederschlagen. So bewohnen Haushaltsvorstände und deren Familien ohne Migrationshintergrund zu 47 % freistehende Ein- bis Zweifamilienhäuser oder Reihenhäuser. Deutlich seltener leben sie in Wohnhäusern mit neun und mehr Wohnungen oder Hochhäusern (16,3 %). Haushalte mit Migrationshintergrund finden sich dagegen zu nur zu 31,7 % in freistehenden Ein- bis Zweifamilienhäusern oder Reihenhäusern. Zu 24,1 % wohnen sie in Wohnhäusern mit neun und mehr Wohnungen sowie in Hochhäusern.

Abbildung 5: Wohnform nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006

Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel, eigene Berechnung und Darstellung, gewichtet.
Ungewichtete Gesamtfallzahl: 12.395.

Auch Daten des Mikrozensus 2006 belegen die beschriebenen Unterschiede bezüglich der Wohnform zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Demnach leben Personen ohne Migrationshintergrund eher in Ein- und Zweifamilienhäusern, Personen mit Migrationshintergrund eher in Mehrfamilienhäusern.

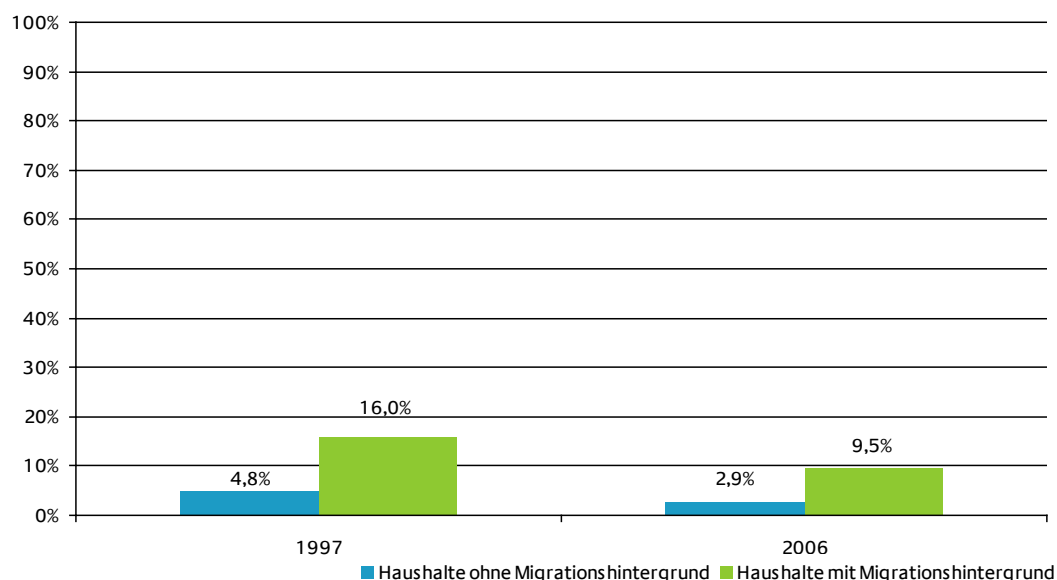
Abbildung 6: Größe des Wohngebäudes für Personen mit und ohne Migrationshintergrund, Mikrozensus 2006

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008. Eigene Berechnung und Darstellung.

Da Ein- bis Zweifamilienhäuser, meist am Stadtrand gelegen und in Wohneigentum befindlich, in der Regel eher über einen eigenen Garten verfügen als Mehrfamilienhäuser, können die beschriebenen Unterschiede hinsichtlich eines eigenen Gartens zwischen Zuwanderern und Einheimischen hierauf zurückgeführt werden.

Vergleicht man auf Basis der Daten des Sozio-Ökonomischen Panels Haushalte mit und ohne Migrationshintergrund hinsichtlich des Bewohnens einer Sozialwohnung, so lässt sich feststellen, dass 2006 unter den Zuwanderern ein höherer Anteil zu finden war. So bewohnten 9,5 % der Haushalte mit Migrationshintergrund eine Sozialwohnung mit bestehender Sozialbindung.²⁰ Unter den Haushalten ohne Migrationshintergrund lebten nur 2,9 % in einer Sozialwohnung mit bestehender Sozialbindung. Vergleicht man die Zahlen für 2006 mit denen aus dem Jahr 1997, so lässt sich jedoch insgesamt ein deutlicher Rückgang feststellen. Damals waren es 16,0 % bei den Haushalten mit und 4,8 % bei den Haushalten ohne Migrationshintergrund, die in einer Sozialwohnung lebten. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist jedoch zu berücksichtigen, dass öffentlich geförderte Wohnungen in den Kommunen zunehmend an private Anbieter verkauft werden. Der Sozialwohnungsbestand nimmt damit stetig ab und damit auch der Anteil der in Sozialwohnungen lebenden Haushalte an allen Haushalten (Häußermann/Siebel 2001).

Abbildung 7: Anteil der Haushalte in Sozialwohnungen an allen Haushalten nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 1997 und 2006 (in %)



Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel. Eigene Berechnung und Darstellung, gewichtet.
Ungewichtete Gesamtfallzahlen: 1997 6.719, 2006 12.395.

Vergleicht man die einzelnen Zuwanderergruppen, lassen sich ebenfalls große Unterschiede ausmachen. Während 2006 nur 2,4 % der Haushalte mit italienischem Hintergrund auf eine Sozialwohnung angewiesen waren, sind es bei den Haushalten mit türkischem Migrationshintergrund 14,3 % und bei den Aussiedlern sogar 16,3 %. Bürkner (1998) bringt den hohen Anteil von Aussiedlern mit deren Zugangsmöglichkeiten zu diesem Teilwohnungsmarkt in Verbindung. Durch die Kommunen wurden Aussiedler bei der Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen bei der Wohnungsvergabe mit hoher Priorität behan-

²⁰ In der hier vorgenommenen Analyse wurden die Kategorien „keine Sozialwohnung“ und „Sozialwohnung mit abgelaufener Sozialbindung“ zu „keine Sozialwohnung“ zusammengefasst.

delt, da sie, nachdem sie das Übergangswohnheim verlassen hatten, häufig als obdachlos galten (Bürkner 1998: 61). Insgesamt ist jedoch auch hier ein deutlicher Rückgang des Anteils der Haushalte, die Sozialwohnungen bewohnen, festzustellen.

Tabelle 10: Anteil der Haushalte in Sozialwohnungen an allen Haushalten nach differenziertem Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 1997 und 2006 (in %)

	Anteil der Haushalte in Sozialwohnungen (in %)	
	1997	2006
Türkei	21,5	14,3
Ex-Jugoslawien	12,6	3,2
Italien	5,7	2,4
Aussiedler	26,7	16,3
Sonstige	13,8	6,1

Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel. Eigene Berechnung und Darstellung, gewichtet. Ungewichtete Gesamtfallzahlen: 1997 6.719, 2006 12.395.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass zwischen der Bevölkerungsgruppe mit und ohne Migrationshintergrund hinsichtlich der Wohnungsausstattung kaum noch Unterschiede bestehen. Deutliche Differenzen zeigen sich jedoch bei der Wohnform. So leben Migranten eher in Mehrfamilienhäusern und Sozialwohnungen als Haushalte ohne Migrationshintergrund. Letztere bewohnen häufiger Ein- und Zweifamilienhäuser und verfügen eher über einen Garten.

2.2.3 Mietbelastung

Der Mikrozensus 2006 weist die durchschnittliche Bruttoquadratmeterkaltmiete für Personen mit und ohne Migrationshintergrund sowie für die einzelnen Migrantengruppen aus. Für die Bevölkerungsgruppe ohne Migrationshintergrund liegt sie bei durchschnittlich 5,9 Euro pro Quadratmeter, für diejenige mit Migrationshintergrund mit 6,2 Euro etwas höher. Allerdings findet hier die Wohngegend keine Berücksichtigung. Bedenkt man, dass Migranten aufgrund ihres niedrigeren durchschnittlichen Einkommens häufiger in Wohnhäusern und in einem Wohnumfeld leben, das durch einen vergleichsweise schlechten Zustand charakterisiert ist (Häußermann/Siebel 2001), so erhalten die etwas höheren durchschnittlichen Mietpreise pro Quadratmeter eine andere Bedeutung.

Betrachtet man die Verteilung auf die Mietpreiskategorien von unter fünf bis über zehn Euro pro Quadratmeter, so zeigt sich, dass Personen ohne Migrationshintergrund nur in der Kategorie unter fünf Euro mit 29,3% einen etwas höheren Anteil haben als Personen mit Migrationshintergrund mit 21,7%. In allen weiteren Mietpreiskategorien ab 5 - 6 Euro sind die Zuwanderer und ihre Familien stärker vertreten.

Tabelle 11: Mieter nach Migrationshintergrund und Bruttoquadratmeterkaltmiete, Mikrozensus 2006 (in %)

	unter 5 Euro/qm	5 - 6 Euro/qm	6-7 Euro/qm	7-8 Euro/qm	8-10 Euro/qm	über 10 Euro/qm	Gesamt
Ohne Migrationshintergrund	29,3	26,9	21,1	11,3	8,2	3,4	100,0
Mit Migrationshintergrund	21,7	27,1	24,6	13,4	9,2	3,9	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008. Eigene Berechnung und Darstellung.

Anmerkung: Aufgrund möglicher Rundungsfehler addieren sich die Zeilenprozente nicht immer genau zu 100%.

Betrachtet man die im Mikrozensus 2006 angegebene mittlere Bruttoquadratmeterkaltmiete differenziert für die sieben größten Zuwanderergruppen in Deutschland, so zeigt sich, dass Personen aus der Russischen Föderation und der Türkei mit 5,9 bzw. 6,0 Euro pro Quadratmeter die niedrigsten Werte aufweisen. Eine vergleichsweise hohe mittlere Bruttoquadratmeterkaltmiete zahlen Personen mit griechischem (6,4 Euro/qm) und kroatischem (6,4 Euro/qm) Migrationshintergrund sowie Personen aus Bosnien und Herzegowina (6,3 Euro/qm). Dieser Befund spiegelt sich auch in der Verteilung auf die Mietpreiskategorien wider. 58,4 % der Personen aus der Russischen Föderation und 51,1 % der Personen mit türkischem Migrationshintergrund zahlen höchstens sechs Euro für einen Quadratmeter. Bei den Personen aus Griechenland sind es 41,2 %. 33,3 % der Personen mit griechischem Migrationshintergrund bezahlen mindestens 7 Euro pro Quadratmeter. Bei den Personen aus Kroatien sind es 30,9 % und bei jenen aus Bosnien-Herzegowina 31,0 %. Bei der Gruppe mit türkischem Migrationshintergrund und den Personen aus der Russischen Föderation liegt der Anteil bei einem Quadratmeterpreis von mindestens 7 Euro mit 22,8 % bzw. 17,7 % hingegen deutlich niedriger.

Tabelle 12: Mieter nach derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit und Bruttoquadratmeterkaltmiete, Mikrozensus 2006 (in %)

	unter 5 Euro/qm	5 - 6 Euro/qm	6-7 Euro/qm	7-8 Euro/qm	8-10 Euro/qm	über 10 Euro/qm	Gesamt
Türkei	23,5	27,6	26,0	13,8	7,6	1,4	100,0
Russische Föderation	25,0	33,4	23,9	10,3	5,6	1,8	100,0
Serbien und Montenegro*	20,9	25,4	24,5	13,8	11,7	3,9	100,0
Kroatien	23,4	24,3	21,7	14,6	9,7	6,6	100,0
Bosnien und Herzegowina	24,6	25,1	19,2	12,3	13,3	5,4	100,0
Polen	17,8	30,4	25,4	13,3	9,4	3,5	100,0
Italien	21,7	26,0	23,9	12,8	11,3	4,2	100,0
Griechenland	21,0	20,2	28,3	12,3	13,1	4,9	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008. Eigene Berechnung und Darstellung.

*Im August 2006 kam es zur staatlichen Trennung von Serbien und Montenegro. Dies wird jedoch im Mikrozensus erst ab 2007 ausgewiesen.

Anmerkung: Aufgrund möglicher Rundungsfehler addieren sich die Zeilenprozente nicht immer genau zu 100%.

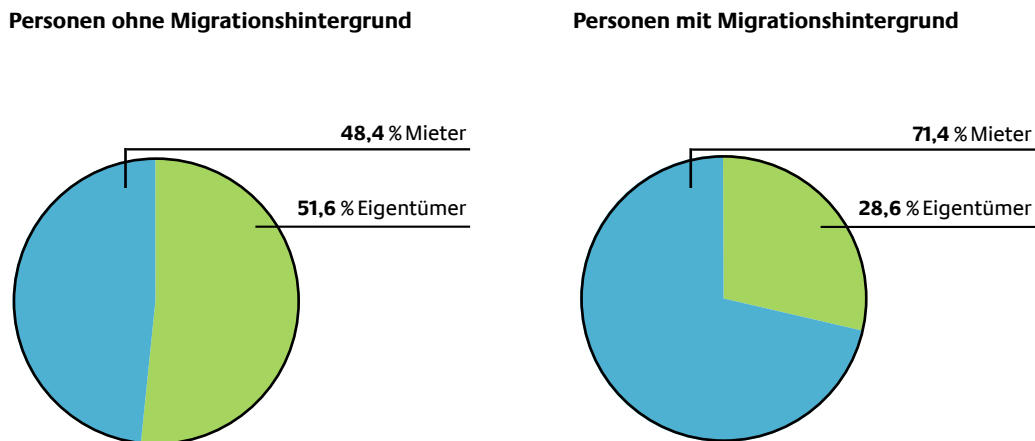
Die Mietbelastung von Haushalten wird neben den Mietkosten auch durch die Höhe des Haushaltseinkommens bestimmt. Da Familien mit Migrationshintergrund im Durchschnitt ein geringeres Haushaltseinkommen haben als Familien ohne Migrationshintergrund (Miegel et al. 2008: 30ff.), ist davon auszugehen, dass sie einen höheren Teil ihres Ein-

kommens für Mietzahlungen aufwenden. Andererseits ist aber auch denkbar, dass Migranten aufgrund bescheidener Wohnansprüche einen geringeren Anteil ihres Einkommens für Mietzahlungen aufwenden, da sie sich beispielsweise bei der Wohnfläche beschränken oder Stadtviertel mit geringerem Preisniveau bewohnen. Auf der Basis der Daten des Sozio-Ökonomischen Panels zeigen Drever/Clark (2001), dass Haushalte mit einem ausländischem Haushaltsvorstand einen geringeren Anteil des Haushaltsnettoeinkommens für die Miete aufbringen als Haushalte mit deutschem Haushaltsvorstand. Berechnet man anhand des SOEP die Mietbelastungsquote für Haushalte mit und ohne Migrationshintergrund in Prozent des Haushaltsnettoeinkommens für das Jahr 2006, zeigt sich, dass Haushalte, deren Vorstand einen Migrationshintergrund hat, durchschnittlich 25,6 % ihres monatlichen Haushaltsnettoeinkommens für die Bruttokaltmiete aufbringen. Bei Haushalten ohne Zuwanderungsgeschichte liegt der Anteil bei durchschnittlich 26 %. Der Unterschied ist damit nur marginal.

2.2.4 Bildung von Wohneigentum

Mit dem Kauf einer Immobilie wird das Erreichen eines gewissen materiellen Wohlstands gezeigt. Darüber hinaus ist die Wohneigentumsbildung zur eigenen Nutzung ein Indikator für Wohnsicherheit und eine dauerhafte Aufenthaltsorientierung bei Migranten (Sachverständigenrat 2004: 306). Daten des Mikrozensus für das Jahr 2006 zeigen, dass Personen mit Migrationshintergrund mit einer Eigentümerquote von 28,7 % durchschnittlich über weniger Wohneigentum verfügen als die Gruppe ohne Migrationshintergrund mit einer Quote von 51,6 %.

Abbildung 8: Anteil der Wohneigentümer und Mieter nach Migrationshintergrund, Mikrozensus 2006 (in %)

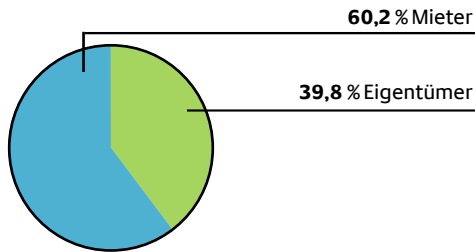


Quelle: Statistisches Bundesamt 2008. Eigene Berechnung und Darstellung.

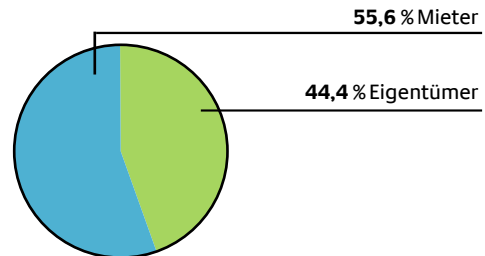
Auf der Basis des Sozio-Ökonomischen Panels ist es zudem möglich, die Daten für das Jahr 2006 mit denen vor zehn Jahren zu vergleichen. Es zeigt sich, dass die Eigentümerquote in beiden Gruppen zugenommen hat. Der Zuwachs fällt jedoch bei den Haushalten mit Migrationshintergrund größer aus. Der Eigentümeranteil stieg bei ihnen von 1997 bis 2006 um 10,1 Prozentpunkte, bei den einheimischen Haushalten dagegen nur um 4,6 Prozentpunkte.

Abbildung 9: Anteil der Wohneigentümer und Mieter nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 1997 und 2006 (in %)

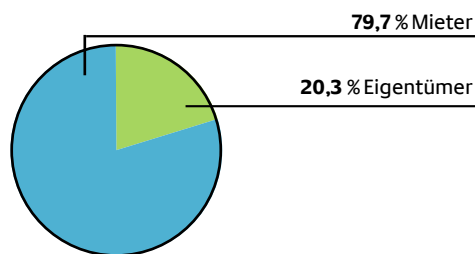
Haushalte ohne Migrationshintergrund 1997



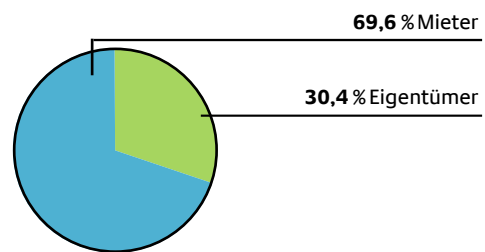
Haushalte ohne Migrationshintergrund 2006



Haushalte mit Migrationshintergrund 1997



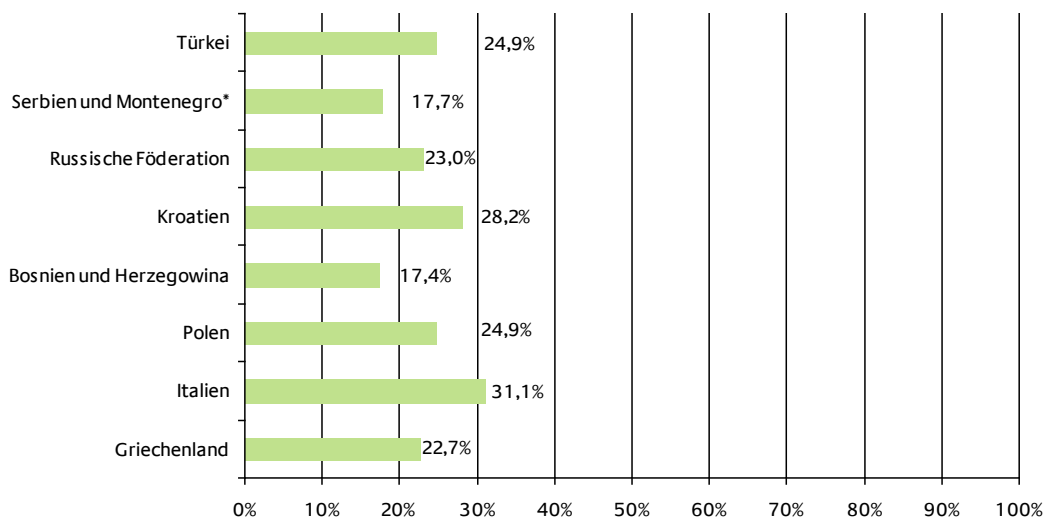
Haushalte mit Migrationshintergrund 2006



Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel. Eigene Berechnung und Darstellung, gewichtet.
Ungewichtete Gesamtfallzahlen: 1997 6.719, 2006 12.395.

Differenziert man bei der Bildung von Wohneigentum hinsichtlich ausgewählter Gruppen, so zeigt sich, dass Personen mit italienischem Migrationshintergrund vergleichsweise hohe Eigentümerquoten aufweisen. Aber auch die Gruppen mit kroatischem, polnischem und türkischem Hintergrund haben einen relativ hohen Anteil. Personen aus Bosnien und Herzegowina sowie Serbien und Montenegro weisen dagegen eine relativ niedrige Eigentümerquote auf.

Abbildung 10: Eigentümerquote nach derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit, Mikrozensus 2006



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008. Eigene Berechnung und Darstellung.

*Im August 2006 kam es zur staatlichen Trennung von Serbien und Montenegro. Dies wird jedoch im Mikrozensus erst ab 2007 ausgewiesen.

Die Daten des SOEP 2006 bestätigen diese Ergebnisse im Großen und Ganzen. Es zeigt sich auch hier, dass Haushalte mit einem italienisch geprägten Migrationshintergrund und Aussiedler eine vergleichsweise hohe Eigentümerquote aufweisen. Sie liegt bei der erstgenannten Gruppe bei 38,0 %, bei der zweitgenannten bei 28,3 %. Haushalte, deren Vorstand einen türkischen Migrationshintergrund hat, weisen im Jahre 2006 eine Eigentumsquote von 24,6 % auf. Bei ex-jugoslawischen Haushalten sind es 21,6 %, bei griechischen 19,3 % und bei sonstigen Haushalten mit Migrationshintergrund 36,5 %.

Auch Berechnungen mit den Daten der Repräsentativuntersuchung 2006/2007 belegen die relativ hohe Eigentumsbildung von italienischen Staatsbürgern. So verfügen 32,7 % der Italiener über Wohneigentum, wobei 21,2 % ein eigenes Haus besitzen. Die geringsten Eigentumsquoten weisen mit knapp bzw. unter 20 % Türken und Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (hier als Sammelkategorie) auf. Bei den polnischen Staatsbürgern fällt der relativ hohe Anteil auf, der zur Untermiete sowie in Gemeinschaftsunterkünften oder im Wohnheim lebt. Hier dürfte es sich vorrangig um männliche polnische Arbeitsmigranten handeln.

Tabelle 13: Wohnsituation nach Nationalität, RAM 2006/2007 (in %)

	Türken	Ehemalige Jugoslawen	Italiener	Griechen	Polen
Im eigenen Haus	13,0	9,1	21,2	12,0	13,2
In Eigentumswohnung	7,7	9,1	11,5	10,5	2,6
In Mietwohnung	76,1	79,0	62,5	73,4	71,3
In gemietetem Haus	1,7	1,9	2,5	2,8	3,5
Zur Untermiete	0,9	0,2	0,9	0,7	2,5
In Gemeinschaftsunterkunft/Wohnheim	0,5	0,4	0,5	0,3	5,8
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: RAM 2006/2007. Eigene Berechnung und Darstellung, gewichtet. Ungewichtete Gesamtfallzahl: 4.576
Anmerkung: Prozentwerte addieren sich nicht immer zu 100%, da „keine Angabe“ nicht wiedergegeben wird.

In einem weiteren Schritt wurde auf Basis der SOEP-Daten die Art des Eigentumserwerbs untersucht. Erwartungsgemäß finden sich unter den Haushalten mit Migrationsgeschichte im Jahre 2006 deutlich weniger Fälle, die ihr Eigentum über eine Erbschaft oder Schenkung erlangt haben. Sind es bei den Haushalten ohne Migrationshintergrund ein knappes Viertel, die ihre Wohnstätte vererbt bekommen haben, so sind es bei den Haushalten mit Migrationshintergrund nur knapp 6 %. Dies dürfte zugleich auch eine mögliche Erklärung für die geringere Eigentümerquote von Migranten sein. Es ist jedoch zu erwarten, dass sich der zunehmende Eigentumserwerb bei Migranten sowie die zunehmende Aufenthaltsdauer zukünftig auch in einer Erhöhung des Erbschaftsanteils niederschlagen werden. Im Gegensatz zur Gruppe ohne Migrationshintergrund kaufen Migranten deutlich öfter bestehendes Eigentum. 64,6 % der Haushalte mit, aber nur 36,0 % der Haushalte ohne Migrationshintergrund haben ihr Wohneigentum vom Vorbesitzer gekauft.

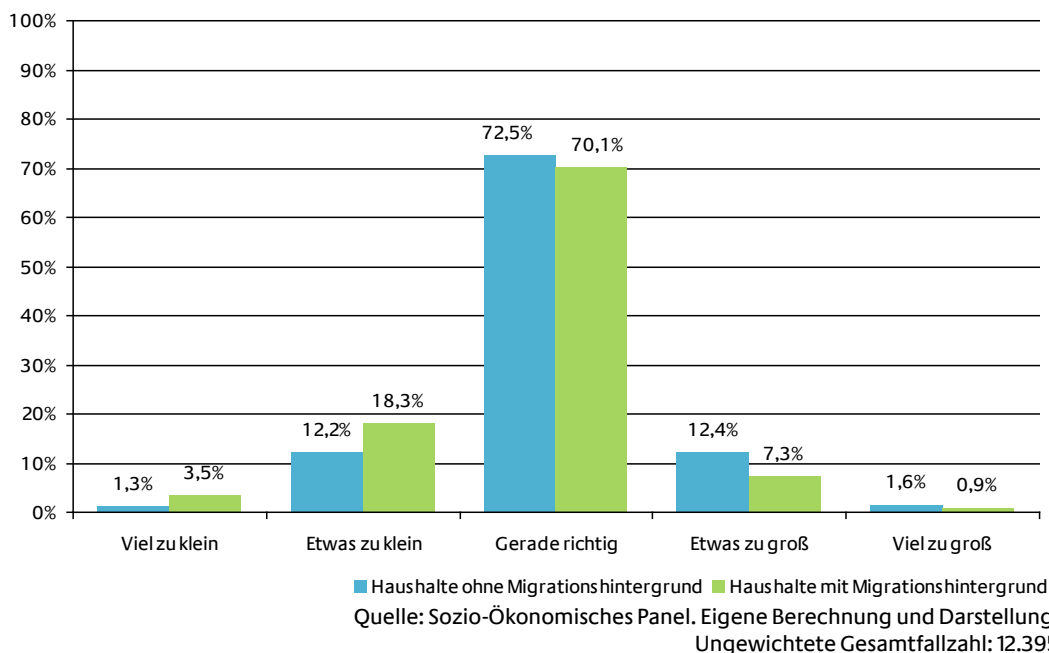
Tabelle 14: Art des Eigentumserwerbs nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006 (in %)

	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund
Vom Vorbesitzer gekauft	36,0	64,6
Erbschaft, Schenkung	24,7	5,7
Neu gekauft oder gebaut	39,3	29,7
Gesamt	100,0	100,0

Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel 2006. Eigene Berechnung und Darstellung, gewichtet. Ungewichtete Gesamtfallzahl: 12.395.

2.2.5 Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen

Die in den vorangegangenen Kapiteln beschriebenen objektiven Wohnverhältnisse sollen nun durch eine subjektive Perspektive ergänzt werden. Wie bewerten Haushalte mit und ohne Migrationshintergrund ihre Wohnsituation? Gibt es zwischen den Gruppen Unterschiede? Das SOEP beinhaltet Fragen zur Beurteilung der Wohnungsgröße und der Miethöhe. Die Daten für das Jahr 2006 zeigen, dass ein Großteil der Haushaltsvorstände mit und ohne Migrationshintergrund ihre Wohnungsgröße als angemessen beurteilt. Jedoch ist der Anteil der Haushaltsvorstände, die ihre Wohnung als „zu klein“ oder „etwas zu klein“ einschätzen, unter den Haushalten mit Zuwanderungsgeschichte größer als bei denen ohne Migrationshintergrund. Die objektiv beengteren Wohnverhältnisse der Zuwanderer werden somit tendenziell auch als solche wahrgenommen. In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird eine Angleichung der Wohnbedürfnisse bzw. eine steigende Unzufriedenheit der Migranten mit der eigenen Wohnsituation häufig als ein Zeichen von Integration gedeutet. Es wird davon ausgegangen, dass Zuwanderer mit Rückkehrorientierung geringere Ansprüche an ihre Wohnsituation im Aufnahmeland stellen. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer und einem sinkenden Rückkehrwunsch gewinnt die Wohnsituation jedoch an Bedeutung. Eine Verfestigung des Aufenthalts sollte somit mit einer Angleichung der Wohnwünsche von Personen mit und ohne Migrationshintergrund einhergehen (Gestring et al. 2006: 63, Häußermann/Siebel 2001: 16ff.).

Abbildung 11: Beurteilung der Wohnungsgröße nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006 (in %)

Betrachtet man die subjektive Beurteilung der Wohnungsgröße differenziert für ausgewählte Migrantengruppen, so zeigt sich, dass auch hier die große Mehrheit der Befragten ihre Wohnungsgröße als angemessen beurteilt. Darüber hinaus besteht jedoch die Tendenz, die Wohnung eher als zu klein als zu groß einzuschätzen. Die Gruppe mit türkischem Migrationshintergrund, die wie oben gezeigt wurde auch objektiv in den beengtesten Wohnverhältnissen lebt, beurteilt ihre Wohnungsgröße auch am ehesten als „viel zu klein“ oder „etwas zu klein“. Verglichen mit den anderen Gruppen sehen Aussiedler ihre Wohnsituation deutlich seltener als beengt an. Auffallend ist zu dem, dass Haushaltsvorstände aus dem ehemaligen Jugoslawien ihre Wohnungsgröße im Vergleich zu den anderen Gruppen am ehesten als „etwas zu groß“ oder „viel zu groß“ beurteilen.

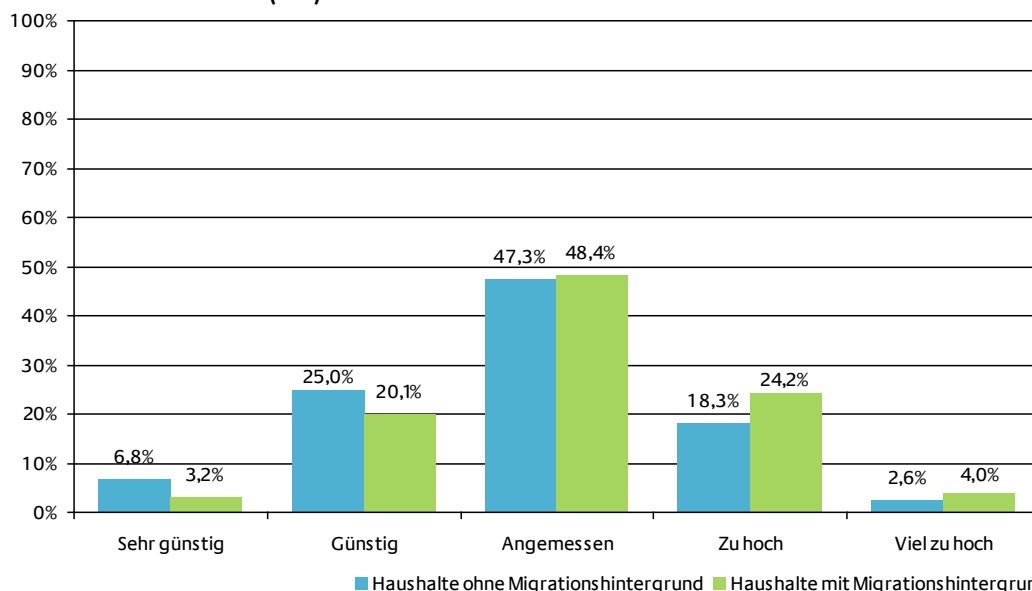
Tabelle 15: Beurteilung der Wohnungsgröße nach differenziertem Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006 (in %)

	Türkei	Ehemaliges Jugoslawien	Griechenland	Italien	Aussiedler	Sonstige
Viel zu klein	8,0	3,9	4,6	2,7	1,1	2,1
Etwas zu klein	21,3	18,0	20,0	21,2	14,8	18,0
Gerade richtig	66,4	68,5	72,3	69,9	75,6	68,1
Etwas zu groß	3,7	7,3	3,1	6,2	7,9	10,5
Viel zu groß	0,7	2,2	/	/	0,5	1,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel. Eigene Berechnung und Darstellung. Ungewichtete Gesamtfallzahl: 12.395.
Anmerkung: Bei den markierten Feldern (/) fehlten die entsprechenden Angaben.

Neben der Beurteilung der Wohnungsgröße beinhaltet das SOEP auch Angaben über die subjektive Einschätzung der Miethöhe. Knapp die Hälfte der Haushaltsvorstände mit und ohne Migrationshintergrund sehen ihre Miethöhe als angemessen an. Im Vergleich zu den Haushalten ohne Migrationshintergrund besteht auch hier bei den Haushalten mit Migrationshintergrund eine leichte Tendenz, ihre Miete eher als zu hoch einzuordnen.

Abbildung 12: Beurteilung der Miethöhe nach Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006 (in %)



Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel. Eigene Berechnung und Darstellung. Ungewichtete Gesamtfallzahl: 12.395

Vergleicht man die einzelnen Zuwanderergruppen hinsichtlich der Beurteilung ihrer Miete, so stellt man fest, dass auch hier ungefähr die Hälfte jeder Gruppe die Mietkosten als angemessen beurteilt. Ein Drittel der Haushaltsvorstände mit türkischem Migrationshintergrund empfindet seine Wohnkosten als eher zu hoch. Zählt man dagegen bei allen anderen Gruppen die Werte in den Kategorien „zu hoch“ und „viel zu hoch“ zusammen, so kommt man bei keiner Gruppe auf 30% oder mehr.

Tabelle 16: Beurteilung der Miethöhe nach differenziertem Migrationshintergrund des Haushaltsvorstands, SOEP 2006 (in %)

	Türkei	Ehemaliges Jugoslawien	Griechenland	Italien	Aussiedler	Sonstige
Sehr günstig	0,9	3,9	4,5	3,5	3,1	4,9
Günstig	17,4	20,5	13,6	20,9	19,8	23,9
Angemessen	47,9	51,2	52,3	46,5	48,9	46,9
Zu hoch	28,3	23,6	22,7	23,3	23,8	21,7
Viel zu hoch	5,5	0,8	6,8	5,8	4,4	2,7
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel. Eigene Berechnung und Darstellung. Ungewichtete Gesamtfallzahl: 12.395.

2.3 Zusammenfassung zu den Wohnbedingungen

Personen mit Migrationshintergrund wohnen beengter als Personen ohne Migrationshintergrund. Ihre Wohnfläche pro Person liegt deutlich unter derjenigen von Einheimischen, sowohl in Mietwohnungen als auch in selbstgenutztem Wohneigentum. Darüber hinaus zahlen sie durchschnittlich etwas mehr Miete, wohnen häufiger in Sozialwohnungen und verfügen über weniger Wohneigentum als Haushalte ohne Migrationshintergrund. Die Wohnungsausstattung von Haushalten mit Migrationshintergrund unterscheidet sich dagegen kaum noch von der einheimischer Haushalte. Unterschiede bestehen ausschließlich hinsichtlich eines Gartenbesitzes und können mit den unterschiedlichen Wohnformen in Verbindung gebracht werden. So leben Zuwanderer häufiger in Mehrfamilienhäusern, Personen ohne Migrationshintergrund dagegen in Ein- oder Zweifamilienhäusern.

Zwischen den einzelnen Zuwanderergruppen gibt es deutliche Unterschiede. Vor allem Personen mit türkischem Migrationshintergrund verfügen über vergleichsweise schlechte Wohnbedingungen. Sie weisen die beengtesten Wohnverhältnisse auf und leben neben den Aussiedlern am häufigsten in Sozialwohnungen. Vergleicht man anhand des Sozio-Ökonomischen Panels die Wohnbedingungen der Jahre 1997 und 2006, zeigen sich allerdings positive Entwicklungen. Vor allem in Bezug auf die Wohneigentumsbildung konnten Haushalte mit Migrationshintergrund ihren Anteil auf 30,4% erhöhen. Bei den Haushalten ohne Migrationshintergrund sind es rund 44,0%. 2006 war knapp ein Drittel der Haushalte mit italienischem Migrationshintergrund im Besitz einer Immobilie. Diese Gruppe verfügt zudem über eine relativ große Wohnfläche pro Person, sowohl in Wohneigentum als auch in Mietwohnungen. Auch polnische und kroatische Migranten schneiden relativ gut ab, was die Wohnfläche pro Person und die Eigentumsbildung betrifft.

In einem weiteren Schritt wurden die objektiven Indikatoren zur Wohnsituation um subjektive Kriterien ergänzt. Trotz der vergleichsweise schlechteren Wohnbedingungen,

vor allem bei der Wohnungsgröße, beurteilt die Mehrzahl der Haushalte mit Migrationshintergrund ihre Wohnungsgröße und ihre Mietkosten als angemessen bzw. günstig. Vergleicht man aber die Verteilung der Haushalte auf die Antwortkategorien, so stellt man fest, dass Haushalte mit Migrationshintergrund im Vergleich zu denen ohne Migrationshintergrund ihre Wohnung eher als zu klein und zu teuer empfinden. Diese Unzufriedenheit kann als Indikator für Integration interpretiert werden. Darin zeigt sich eine Steigerung der Ansprüche an die Wohnsituation in Deutschland, die mit einer Bleibeperspektive in Verbindung gebracht werden kann (Häußermann/Siebel 2001: 16).

3. Innerstädtische Segregation in Deutschland

Ein Thema, dem in den letzten Jahren große Aufmerksamkeit zuteil wurde, sind die innerstädtischen Siedlungsstrukturen von Migranten und deren Familien. Segregation bezeichnet allgemein die ungleiche Verteilung der Wohnstandorte unterschiedlicher sozialer Gruppen im städtischen Raum (Friedrichs 1980: 217). Je stärker die Verteilung der sozialen Gruppen von einer Gleichverteilung in der Stadt abweicht, desto größer ihre Segregation.

Segregation ist ein universelles Phänomen. Es existiert, seitdem es Städte gibt (Häußermann/Siebel 2001: 28). So lässt sich beispielsweise für die vorindustriellen Bürgerstädte eine räumliche Trennung einzelner Berufsstände innerhalb der Städte nachweisen. Kaufleute und Handwerker lebten in getrennten Quartieren. Innerhalb der Handwerkerquartiere gab es zudem eine räumliche Separierung der einzelnen Zünfte, die jeweils eigene Straßenzüge bewohnten (Farwick 2001: 26). Allerdings haben sich die Merkmale, Muster und Bewertungen der Segregation mit jeder Gesellschaftsform verändert. „Universell kann das Phänomen der Segregation nur insoweit genannt werden, als damit die Tatsache gemeint ist, dass städtischer Raum sozial strukturierter Raum ist. Nach welchen Prinzipien [...] und welchen Mechanismen [...] welche Muster sozialräumlicher Struktur sich bilden [...] und wie diese Strukturen wahrgenommen und bewertet werden [...], all das hat sich mit jeder gesellschaftlichen Formation gewandelt“ (Siebel 2001: 229).

In der aktuellen gesellschaftspolitischen Debatte finden vor allem drei Segregationsformen große Beachtung: die demographische, soziale und ethnische Segregation (Strohmeier 2006: 18). Soziale Segregation beschreibt die unterschiedliche Verteilung von sozioökonomisch schlechter bzw. besser gestellten Personengruppen auf den städtischen Raum. Demographische Segregation bezeichnet die Siedlungsstrukturen älterer bzw. jüngerer Personengruppen und unterschiedlicher Haushaltsformen. Mit ethnischer Segregation wird die räumliche Verteilung der Wohnstandorte von Migranten insgesamt und unterschiedlicher Migrantengruppen bezeichnet. Die folgenden Kapitel befassen sich vorrangig mit der ethnischen Segregation. Häufig überlappen sich jedoch die genannten Segregationsformen. So bezeichnet beispielsweise Strohmeier (2006) das Neue heutiger Segregationsprozesse mit dem Zusammenfallen der sozialen, demographischen und ethnischen Dimensionen: „Wo die meisten Kinder in der Stadt leben, leben die meisten Ein-

wanderer und die meisten Armen“ (Strohmeier 2006: 13). Auch Häußermann/Siebel (2001) betonen die enge Verflechtung von sozialer Ungleichheit und ethnischer Differenzierung bei den aktuellen innerstädtischen Segregationsprozessen.

3.1 Empirische Relevanz innerstädtischer Segregation in Deutschland

Zuwanderer leben in Deutschland vor allem in den westlichen Bundesländern und im Vergleich zur Bevölkerungsgruppe ohne Migrationshintergrund auch eher in Großstädten. Daten des Mikrozensus 2006 zeigen, dass 43,7 % der Personen mit, aber nur 28,1 % der Personen ohne Migrationshintergrund in Städten mit einer Einwohnerzahl von mindestens 100.000 wohnen (Statistisches Bundesamt 2008). Innerhalb der Städte konzentrieren sich Zuwanderer häufig in bestimmten Stadtteilen.

Eine Betrachtung der Verteilung von Migranten innerhalb der Stadt gibt Hinweise auf Kontaktgelegenheiten zwischen Einheimischen und Zuwanderern in den Wohnvierteln. Für das Erlernen der deutschen Sprache sowie die soziale Integration der Migranten wird solchen Gelegenheitsstrukturen eine große Bedeutung beigemessen (Esser 2001: 24ff.). Eine Untersuchung der innerstädtischen Siedlungsstrukturen von einzelnen Migrantengruppen gibt darüber hinaus Hinweise auf potenzielle Grundlagen ethnischer Vergemeinschaftungen. Hier geht man davon aus, dass Personen mit derselben Staatsangehörigkeit oder gleicher Herkunft über gemeinsame Merkmale verfügen, auf deren Basis sich soziale Beziehungen strukturieren und ethnische Gemeinschaftsbildung gefördert bzw. verfestigt wird. Einschränkend ist jedoch hinzuzufügen, dass Menschen mit der gleichen Staatsangehörigkeit auch verschiedenen Religionen, Sprachgemeinschaften oder Ethnien angehören können, was die Entstehung oder Verfestigung eigenethnischer Strukturen erschweren würde. Angaben über diese Merkmale liegen jedoch in der Regel nicht vor, so dass man zur Untersuchung innerstädtischer Siedlungsstrukturen einzelner Migrantengruppen auf das Merkmal Staatsangehörigkeit zurückgreift (Schönwälder/Söhn 2007a: 2). Die Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund wird bei diesen Studien jedoch nicht berücksichtigt, so dass das Ausmaß ethnischer Segregation wahrscheinlich unterschätzt wird.²¹

Wie bereits in der Einleitung des vorliegenden Working Papers erwähnt, gibt es in Deutschland keine kontinuierliche Berichterstattung über die Entwicklung innerstädtischer ethnischer Segregationsprozesse. Es liegen jedoch städteübergreifende Untersuchungen sowie Fallstudien zu einzelnen Kommunen vor, über deren Ergebnisse im Folgenden berichtet wird.

3.1.1 Städteübergreifende Studien

Die Arbeitsstelle für Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration am Wissenschaftszentrum Berlin (AKI) erarbeitete 2007 eine Studie über ethnische Siedlungsstrukturen ausgewählter Migrantengruppen in Deutschland (Schönwälder/Söhn 2007a und 2007b). Sie basiert auf dem Datensatz der Innerstädtischen Raumbbeobachtung (IRB)²², welcher vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) verwaltet wird. Unter-

²¹ Die Diskussion des Konzepts der Staatsangehörigkeit zur Messung ethnischer Segregation wird am Ende des Kapitels noch einmal aufgegriffen.

²² Zum Datensatz der Innerstädtischen Raumbbeobachtung siehe auch Kapitel 1.1.

sucht wird das Ausmaß innerstädtischer Siedlungskonzentrationen bestimmter Nationalitätengruppen in Gebietseinheiten ausgewählter deutscher Städte. Das Untersuchungssample der im folgenden vorgestellten Analysen umfasst 29 Städte.²³ Die Ergebnisse erheben zwar keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Repräsentativität für Deutschland, dennoch handelt es sich um ein umfangreiches Sample. Insgesamt werden 20 % der Wohnbevölkerung Deutschlands und 2,5 Millionen Ausländer erfasst.

Untersucht und miteinander verglichen wird die Siedlungskonzentration von türkischen, ex-jugoslawischen und italienischen Staatsangehörigen und Doppelstaatlern sowie Doppelstaatlern aus der ehemaligen Sowjetunion in den Gebietseinheiten der 29 Städte.²⁴ Bei Doppelstaatlern handelt es sich um Personen, die neben ihrer ausländischen Staatsangehörigkeit auch eine deutsche besitzen.

In der internationalen Forschung gibt es keine einheitlichen Kriterien zur Identifikation ethnisch segregierter Wohnviertel, die das Potential zur Ausbildung von der Mehrheitsgesellschaft abgegrenzter ethnischer Gemeinschaften haben. Die Autorinnen der AKI-Studie orientieren sich an drei Kennzahlen: Erstens wird der Anteil der jeweiligen Nationalität an den Einwohnern pro Gebietseinheit im obersten Dezil aller Gebietseinheiten angegeben. Dazu werden die Gebietseinheiten entsprechend der Höhe des Bevölkerungsanteils der jeweiligen Nationalität geordnet, das heißt es wird eine Rangfolge erstellt. Dann werden die Gebietseinheiten in Dezile aufgeteilt und der Wert für das oberste Dezil ausgewiesen. Im nächsten Schritt wird angegeben, für wie viele der untersuchten Gebietseinheiten eine nationalitätenspezifische Konzentration charakteristisch ist. Zur Identifikation solcher Siedlungsschwerpunkte werden zwei Schwellenwerte festgesetzt: Ein Bevölkerungsanteil der jeweiligen Nationalitätengruppe in der Gebietseinheit von mindestens 10 % sowie dem zweifachen des Durchschnittswertes in der jeweiligen Stadt. Letztere Kennzahl wird als „Location Quotient“ bezeichnet. Sie drückt aus, ob der Bevölkerungsanteil einer bestimmten Gruppe in einzelnen Stadtteilen deutlich höher liegt als in der Stadt insgesamt. Es wird betont, dass man in der kanadischen und US-amerikanischen Forschung mit sehr viel höheren Schwellenwerten arbeitet. Stellt dort eine bestimmte Bevölkerungsgruppe mindestens 30 % oder 40 % der Einwohner eines Viertels, so wird von „ethnic neighbourhoods“ oder „ethnic enclaves“ gesprochen. Verglichen damit sind die gesetzten Schwellenwerte der AKI-Studie recht niedrig einzuschätzen. Für jede der genannten Kennzahlen wird ausgewiesen, welcher Anteil der jeweiligen Nationalität in solchen Vierteln lebt (Schönwälder/Söhn 2007a: 36).

23 Die im Folgenden vorgestellten Ergebnisse basieren auf den Angaben aus 29 Städten, bei denen es möglich ist, über die Doppelstaatler auch Personen aus der ehemaligen UdSSR zu berücksichtigen. Im Einzelnen handelt es sich um: Berlin, Köln, Frankfurt a.M., Essen, Stuttgart, Bremen, Hannover, Nürnberg, Wuppertal, Bielefeld, Bonn, Münster, Karlsruhe, Wiesbaden, Gelsenkirchen, Krefeld, Oberhausen, Freiburg, Mainz, Saarbrücken, Ludwigshafen, Ingoldstadt, Koblenz sowie die ostdeutschen Städte Erfurt, Frankfurt an der Oder, Halle, Jena, Potsdam und Rostock. Für weitere Auswertungen siehe Schönwälder/Söhn (2007a).

24 Die erste Analyse in der AKI-Studie bezieht sich ausschließlich auf ausländische Staatsangehörige. In der anschließenden Berechnung wird die Untersuchungsgruppe um Doppelstaatler erweitert. So ist es möglich, auch Personen zu berücksichtigen, die neben der deutschen die Staatsangehörigkeit eines Nachfolgestaats der ehemaligen Sowjetunion besitzen (Schönwälder/Söhn 2007a: 21). Die folgenden Abschnitte beziehen sich auf die Analysen, in denen auch die Doppelstaatler berücksichtigt werden.

Vergleicht man die unterschiedenen Migrantengruppen hinsichtlich der durch die oben genannten drei Kriterien definierten Siedlungsschwerpunkte, zeigt sich das folgende Bild: Türkische Staatsangehörige und Doppelstaatler weisen jeweils die höchsten Werte auf. Je nach Kriterium leben 30 bis 40 % von ihnen in Gebieten, in denen auch viele andere Türken leben. Türken wohnen also im Vergleich mit den anderen Gruppen am ehesten segregiert. An zweiter Stelle steht die Personengruppe aus der ehemaligen Sowjetunion. Geringer ist die anhand der drei Kriterien festgestellte Siedlungskonzentration bei den ehemaligen jugoslawischen Staatsbürgern sowie jugoslawischen Doppelstaatlern, und noch einmal deutlich niedriger bei der italienischstämmigen Gruppe. Insgesamt konstatieren die Autorinnen, „dass es jeweils nur für eine Minderheit der hier untersuchten Nationalitäten in größeren westdeutschen Städten typisch ist, in Vierteln mit weit überdurchschnittlichen Anteilen eigener Landsleute zu wohnen. Dabei sei noch einmal daran erinnert, dass die hier angelegten Schwellenwerte von 10 % bzw. ein Location Quotient von 2 ungewöhnlich niedrig sind und damit selbst die Siedlungskonzentration türkischer Staatsangehöriger in Deutschland im internationalen Vergleich als moderat zu bewerten ist“ (Schönwälder/Söhn 2007a: 22).

Neben der AKI-Studie gibt es noch eine weitere Untersuchung zur ethnischen Segregation mit einem vergleichsweise weiten räumlichen Bezug. Auf der Datengrundlage des Mikrozensus untersuchen Janßen und Schroedter (2007) die Entwicklung der residentiellen Segregation in West-Deutschland. Ihre Analysen beziehen sich auf die fünf größten Migrantengruppen der ehemaligen Anwerbeländer. Ethnische Segregation wird dabei auf der kleinräumlichen Ebene von Auswahlbezirken gemessen. Dabei handelt es sich um Flächen, die für die Stichprobenziehung des Mikrozensus künstlich gebildet wurden und hinsichtlich ihrer Größe deutlich unterhalb der sonst bei der Messung von Segregation üblichen Ebenen von Stadtteilen oder Wahlbezirken liegen. Aufgrund der faktischen Anonymisierung des „Scientific Use Files“ des Mikrozensus sind die Auswahlbezirke regional ausschließlich dem Bundesland zuzuordnen. Seit 1990 umfasst jeder Auswahlbezirk im Durchschnitt neun Wohnungen.²⁵ Das Merkmal des Auswahlbezirkes wird im Datensatz jedoch nicht in jedem Jahr ausgewiesen. Die Untersuchung basiert daher auf Daten aus den Jahren 1976, 1982, 1996, 2000 und 2004. Der für die Analyse generierte Datensatz enthält Personen in Privathaushalten am Ort ihres Hauptwohnsitzes. Da Personen mit Migrationshintergrund im Mikrozensus erst seit 2005 ausgewiesen werden, wird hier mit dem Merkmal Staatsangehörigkeit gearbeitet. Unterschieden wird zwischen Italienern, Spaniern, Griechen, Türken und Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Ziel der Untersuchung ist es, die Entwicklung der räumlichen Segregation in der Generationenfolge von der ersten zur zweiten Generation zu untersuchen. Zur ersten Generation werden die ausländischen Staatsbürger der oben genannten Migrantengruppen gezählt, die entweder ab dem siebten Lebensjahr nach Deutschland gezogen sind oder deren Zuzug vor 1959²⁶ stattfand. Zur zweiten Generation zählen Ausländer, die in Deutschland

25 Aufgrund einer Veränderung bei der Stichprobenziehung des Mikrozensus waren die Auswahlbezirke vor 1990 mit durchschnittlich 22 Wohnungen größer (Janßen/Schroedter 2007: 458).

26 Das Jahr 1959 wurde aufgrund unterschiedlicher zeitlicher Zusammenfassungen in den betrachteten Jahrgängen des Mikrozensus ausgewählt (Janßen/Schroedter 2007: 457).

geboren wurden oder vor dem siebten Lebensjahr zugezogen sind. Im Rahmen der Studie wird zwischen ethnischer Segregation bzw. Konzentration im weiteren und engeren Sinne unterschieden. Konzentration im weiteren Sinne bezieht sich auf den Anteil der ausländischen Bevölkerung im Auswahlbezirk. Bei ethnischer Segregation im engeren Sinne wird der Anteil der eigenen Nationalität im Auswahlbezirk berechnet.²⁷

Vergleicht man die erste und zweite Generation, so ist für die Gesamtheit der betrachteten Migrantengruppen festzustellen, dass der durchschnittliche Ausländeranteil im Auswahlbezirk für die zweite Generation in den Jahren 1976, 1982, 2000 und 2004 signifikant niedriger ist als für die erste Generation.²⁸ Für die einzelnen Staatsangehörigkeiten kann dieser Befund jedoch nicht aufrechterhalten werden. Tabelle 17 zeigt zwar, dass die zweite Generation auch differenziert nach einzelnen Nationalitäten weniger segregiert wohnt als die erste Generation, signifikante Unterschiede lassen sich jedoch nur für Italiener im Jahre 1982 und Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien in den Jahren 1996 und 2000 feststellen. „Die Annahme, Migranten der zweiten Generation lebten weniger segregiert, kann somit für diese ersten Analysen nicht ohne weiteres bestätigt werden“ (Janßen/Schroedter 2007: 461).

Tabelle 17: Durchschnittlicher Anteil der ausländischen Bevölkerung im Auswahlbezirk nach Generationenstatus (in %)²⁹

		1996	2000	2004
Italien	1. Generation	23,5	23,5	21,4
	2. Generation	21,6	19,7	18,8
Spanien	1. Generation	24,4	21,7	17,5
	2. Generation	20,8	16,3	15,2
Griechenland	1. Generation	32,4	30,6	27,4
	2. Generation	32,7	26,4	24,2
Türkei	1. Generation	36,2	32,5	29,9
	2. Generation	36,2	30,7	28,0
(Ex-) Jugoslawien	1. Generation	32,0*	26,7*	23,8
	2. Generation	26,9*	20,8*	23,6
Insgesamt	1. Generation	32,6	29,2*	26,6*
	2. Generation	31,2	25,8*	24,5*

Quelle: Janßen/Schroedter (2007).

Anmerkung: Das * markiert signifikante Ergebnisse mit mindestens $p < 0,05$.

Lesebeispiel: Im Jahr 2000 leben Italiener der ersten Generation durchschnittlich in Auswahlbezirken mit einem Ausländeranteil von 23,5 %. Bei Italienern der zweiten Generation liegt dieser Anteil hingegen nur bei 19,7 %, der Unterschied ist aber nicht signifikant.

27 Aufgrund der geringen Größe der Auswahlbezirke (durchschnittlich neun Wohnungen) wird das Ausmaß der Segregation, gemessen am durchschnittlichen Anteil ausländischer Personen bzw. durchschnittlichen Anteil von Personen der gleichen Staatsangehörigkeit, durch die Personenzahl im Haushalt stark beeinflusst. Um Verzerrungen zu vermeiden, werden bei der Berechnung von Anteilswerten die Personen aus dem eigenen Haushalt ausgeschlossen (Janßen/Schroedter 2007: 459f.).

28 Aufgrund einer veränderten Stichprobenziehung unterscheiden sich die Auswahlbezirke vor und nach 1990 in ihrer Größe. Aus diesem Grund kann die Entwicklung des durchschnittlichen Ausländeranteils in den Auswahlbezirken vor bzw. ab 1996 hier nur hinsichtlich des sich abzeichnenden Trends, jedoch nicht hinsichtlich der absoluten Höhe verglichen werden. Die Werte für die Jahre 1976 und 1982 finden sich bei Janßen und Schroedter 2007: 461.

29 Berücksichtigt werden Personen im Alter von mindestens 15 Jahren. Die Anteilsberechnung erfolgte ohne eigene Haushaltsmitglieder, vgl. Fußnote 27.

Auch die Ergebnisse bezüglich des durchschnittlichen Anteils der eigenen Nationalitätengruppe in den Auswahlbezirken zeigen, dass von einem Rückgang der ethnischen Segregation von der ersten zur zweiten Generation nicht ausgegangen werden kann. Nur für Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien lässt sich in den Jahren 1996 und 2000 für die zweite Generation ein im Vergleich zur ersten Generation signifikant niedrigerer Bevölkerungsanteil der eigenen Nationalität im Auswahlbezirk zeigen. Zwischen der ersten und zweiten Generation sind damit insgesamt weder hinsichtlich des Ausländeranteils, noch hinsichtlich des Anteils der eigenen Ethnie an der Bevölkerung im Auswahlbezirk signifikante Unterschiede auszumachen, wenn auch der Tendenz nach die zweite Generation weniger segregiert lebt.

Tabelle 18: Durchschnittlicher Anteil der eigenen Nationalität im Auswahlbezirk nach Generationenstatus (in %)

		1996	2000	2004
Italien	1. Generation	7,9	9,3	6,8
	2. Generation	7,0	7,7	7,0
Spanien	1. Generation	6,4	3,4	2,5
	2. Generation	3,7	2,7	1,5
Griechenland	1. Generation	12,7	12,3	8,3
	2. Generation	12,6	9,1	5,8
Türkei	1. Generation	24,5	21,0	18,2
	2. Generation	26,2	19,9	17,8
(Ex-) Jugoslawien	1. Generation	15,5*	10,8*	7,8
	2. Generation	10,0*	6,5*	7,2
Insgesamt	1. Generation	18,1	15,4*	12,7
	2. Generation	18,0	13,5*	12,0

Quelle: Janßen/Schroedter (2007).

Anmerkung: Das * markiert signifikante Ergebnisse mit mindestens $p < 0,05$.

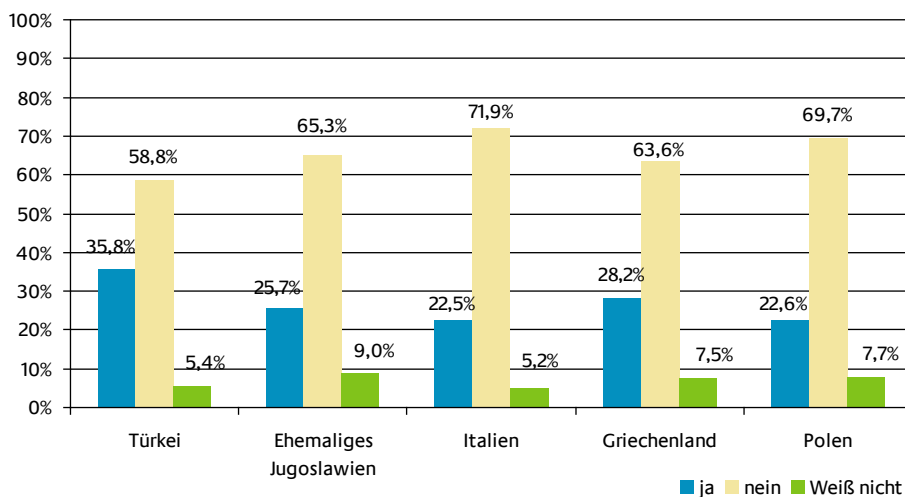
Deutliche Unterschiede zeigen sich hingegen zwischen den einzelnen Nationalitätengruppen im Ausmaß der kleinräumigen Segregation. So leben durchschnittlich vor allem Griechen und Türken in Auswahlbezirken mit einem vergleichsweise hohen Ausländeranteil. Spanier und Italiener haben dagegen im Durchschnitt einen relativ niedrigen Ausländeranteil in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung. Auch die Auswertungen bezüglich des durchschnittlichen Anteils der eigenen Nationalitätengruppe an der Bevölkerung in den Auswahlbezirken belegen, dass Türken im Vergleich zu den anderen Gruppen eher in Vierteln mit einem relativ hohen Anteil türkischer Staatsangehöriger leben. Auch hier weisen Spanier und Italiener die niedrigsten Anteile von Bewohnern der gleichen Nationalität im Wohnumfeld auf.

Betrachtet man schließlich die Entwicklung des durchschnittlichen Ausländeranteils in den Auswahlbezirken, so zeigt sich, dass dieser von 1976 bis 1982 für alle Nationalitätengruppen mit Ausnahme der Griechen angestiegen ist. Von 1996 bis 2004 ist jedoch für fast alle Nationalitäten und Generationen ein Rückgang des mittleren Ausländeranteils in der nächsten Nachbarschaft zu verzeichnen. Einzige Ausnahme stellen Migranten der zweiten Generation aus dem ehemaligen Jugoslawien dar. Für die Entwicklung des Anteils der eigenen Nationalitätengruppe an den Bewohnern im Auswahlbezirk ist eine uneinheitlichere Tendenz festzustellen. Dennoch ist der Bevölkerungsanteil der eigenen Nationalitäten-

gruppe im Auswahlbezirk von 2000 bis 2004 für fast alle Migrantengruppen und Generationen gesunken. Einzige Ausnahme ist wiederum die zweite Generation aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die ethnische Segregation gemessen am durchschnittlichen Anteil der ausländischen Staatsbürger im Auswahlbezirk ist jedoch deutlich höher als die ethnische Segregation gemessen am durchschnittlichen Anteil der eigenen Nationalitätengruppe im Auswahlbezirk. Hier wird ein bisher noch nicht näher erläutertes Ergebnis der zuvor vorgestellten AKI-Studie belegt: Über die Konzentration ausgewählter Migrantengruppen in einzelnen Stadtteilen hinausgehende Analysen zeigen, ebenso wie bei Janßen und Schroedter (2007), dass es sich bei den Vierteln, in denen Migranten in Deutschland leben, vor allem um multiethnische Viertel handelt (Schönwälder/Söhn 2007a: 17).

Auch die „Repräsentativbefragung ausgewählter Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM) beinhaltet Angaben zum Ausländeranteil im Wohnviertel sowie den Präferenzen der Ausländer hinsichtlich der Bevölkerungszusammensetzung in ihrem Quartier. Es zeigt sich anhand dieser Daten erneut, dass vor allem türkische Staatsbürger in Vierteln mit einem hohen Ausländeranteil leben. Demnach wohnt über ein Drittel der Türken nach eigenen Angaben in einem Viertel mit mehr als 50 % Ausländeranteil. Polen und Italiener leben hingegen mit einem Anteil von rund 22 % seltener in solchen Wohngebieten. Verbindet man dieses Ergebnis mit den Erkenntnissen der zuvor angeführten Studien, so lässt sich festhalten, dass Italiener und Polen zum einen seltener in einzelnen Stadtteilen konzentriert wohnen, aber auch vergleichsweise selten in Zuwanderervierteln allgemein.

Abbildung 13: Wohnen in einem Wohnviertel mit mehr als 50 % Ausländeranteil nach Nationalität, RAM 2006/2007 (in %)

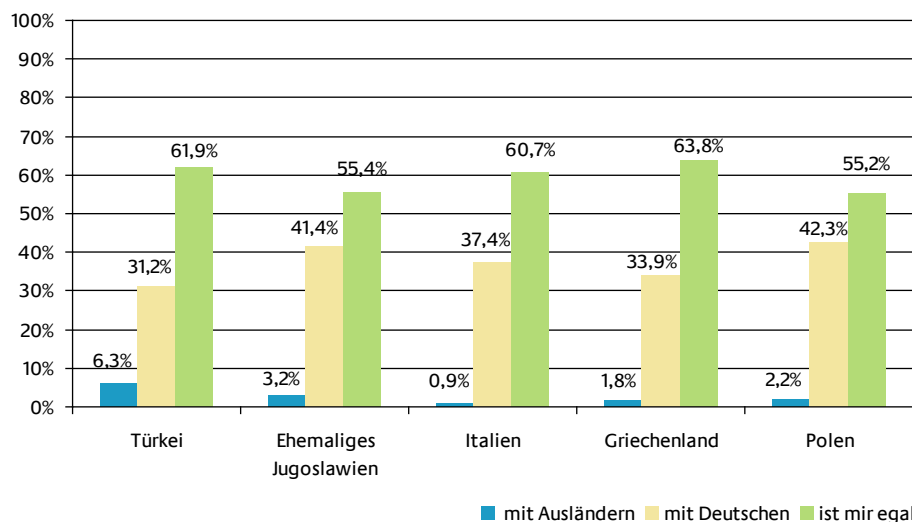


Quelle: RAM 2006/2007. Eigene Berechnung und Darstellung, gewichtet. Ungewichtete Gesamtfallzahl: 4.576
Anmerkung: Prozentwerte addieren sich nicht immer zu 100%, da „keine Angabe“ nicht wiedergegeben wird.

Hinsichtlich der bevorzugten Zusammensetzung der Bevölkerung im Wohnviertel ist es dem Großteil der Befragten in jeder Migrantengruppe egal, ob sie überwiegend mit Ausländern oder überwiegend mit Deutschen im Viertel leben. Zudem ist der Anteil derer, die in einem Wohnviertel mit überwiegend Deutschen leben wollen, in jeder Gruppe deutlich höher als der Anteil derer, die lieber mit Ausländern den Stadtteil teilen. Dies kann als

Indiz dafür gesehen werden, dass die Wohnsegregation von Deutschen und Ausländern eher erzwungen wird als freiwillig erfolgt. Der Anteil der Türken, die in einem Viertel mit überwiegend Ausländern leben wollen, ist mit 6,3 % jedoch größer als bei den anderen Gruppen.

Abbildung 14: Bevorzugung des Wohnens in einem Wohnviertel mit überwiegend Ausländern oder überwiegend Deutschen nach Nationalität, RAM 2006/2007 (in %)



Quelle: RAM 2006/2007. Eigene Berechnung und Darstellung, gewichtet. Ungewichtete Gesamtfallzahl: 4.576
Anmerkung: Prozentwerte addieren sich nicht immer zu 100%, da „keine Angabe“ nicht wiedergegeben wird.

Die bisher dargestellten städteübergreifenden Studien und Auswertungen zeigen, dass es zwischen den einzelnen Migrantengruppen deutliche Unterschiede im Ausmaß der ethnischen Segregation gibt. So belegen alle angeführten Quellen, dass vor allem türkischstämmige Migranten relativ häufig in einzelnen Stadtteilen konzentriert wohnen, während sich die Wohnstandorte anderer Zuwanderer eher über die Stadtgebiete verteilen. Die RAM-Daten zeigen darüber hinaus, dass es einem Großteil der Ausländer in jeder Gruppe egal ist, mit welchen Bevölkerungsgruppen sie ihren Stadtteil teilt. Nur ein sehr geringer Anteil präferiert ein Zusammenleben mit ausschließlich Ausländern.

Neben den städteübergreifenden Studien zu Segregationsprozessen liegen auch Analysen für einzelne Städte in Deutschland vor. Beispielhaft werden im Folgenden einige dieser Untersuchungen vorgestellt.

3.1.2 Städtebezogene Studien

Kapghan (2000) untersucht die Verteilung ausgewählter Migrantengruppen auf das Stadtgebiet Berlins. Zur Identifikation von Siedlungskonzentrationen verwendet er den Kennwert von mindestens einem doppelt so hohen Anteil der jeweiligen Bevölkerungsgruppe im Stadtteil wie in der Berliner Gesamtstadt. Für die türkischen Staatsbürger bedeutet dies einen Anteil von mindestens 8% in den Stadtteilen, für Polen und Personen aus der ehemaligen Sowjetunion von mindestens 1,5%. Auch hier zeigt sich, dass Türken stärker segregiert wohnen als die anderen beiden Gruppen. Die Wohnstandorte von Polen verteilen sich hingegen vergleichsweise gleichmäßig über die Gesamtstadt. Personen aus

der ehemaligen Sowjetunion leben zwar stärker segregiert als die Polen, aber, wie auch in der AKI-Studie gezeigt wurde, weniger segregiert als die türkischen Staatsbürger (Kapphan 2000: 145f).

Andere Studien untersuchen die Entwicklung der Segregation zwischen der ausländischen und deutschen Bevölkerung anhand von Indizes (Friedrichs 1998 und 2006). Der gängigste Segregationsindex wurde von Duncan/Duncan (1955) formuliert. Der Logik dieses Index zufolge werden die Beträge der Abweichungen der Anteile der Bevölkerungsgruppe in den einzelnen Stadtgebieten vom gesamtstädtischen Durchschnitt aufsummiert und halbiert. Das Ergebnis ergibt einen Wert, der sich auf die Gesamtstadt bezieht und zwischen Null und Eins liegt. Es handelt sich um den Prozentwert der Bevölkerungsgruppe, der umziehen müsste, damit es zu einer Gleichverteilung dieser Bevölkerungsgruppe über alle städtischen Teilgebiete kommen würde. Bei der Interpretation von Segregationsindizes gilt es jedoch eine Reihe von Einschränkungen zu beachten (Janßen 2007). So wird die Höhe des Indexwertes beispielsweise von der Größe der einzelnen städtischen Teilgebiete beeinflusst. Sie ist zudem abhängig von der Größe der berücksichtigten Bevölkerungsgruppen. Dies hat die Konsequenz, dass sich die Segregationsindizes verschiedener Städte nur unter Vorbehalt vergleichen lassen. Dafür bedarf es in jedem Fall Informationen über den Anteil der jeweiligen Bevölkerungsgruppe an der Stadtbevölkerung sowie Angaben darüber, ob die Größe der einzelnen Teilgebiete in den betreffenden Städten überhaupt vergleichbar ist. Hält man die Einteilung der räumlichen Gebiete einer Stadt im Zeitverlauf konstant, so eignet sich der Segregationsindex zur Beobachtung der Entwicklung der Segregation in einer einzelnen Stadt im Zeitverlauf (Janßen 2007: 20f.).

Friedrichs (2006) betrachtet die Segregationsindizes der Jahre 1990 und 2000 für zehn deutsche Großstädte. Im Einzelnen handelt es sich um Dortmund, Dresden, Duisburg, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig und München. In allen untersuchten Städten, mit Ausnahme von München, ist der Ausländeranteil an der Bevölkerung gestiegen. Ein Vergleich der Indizes der Jahre 1990 und 2000 zeigt jedoch für alle Städte, bis auf Essen, einen Rückgang der Segregation an. Die Erhöhung des ausländischen Bevölkerungsanteils geht damit nicht mit einer höheren Konzentration von Ausländern in bestimmten Stadtteilen einher (Friedrichs 2006).

In einer weiteren Studie untersucht Friedrichs (1998) die Entwicklung der Segregation ausgewählter Migrantengruppen in Köln in den Jahren 1984, 1989 und 1994. Seine Analysen basieren auf Daten über die für die Wahl zum Ausländerbeirat stimmberechtigten Italiener, Griechen, ehemaligen Jugoslawen und Türken. Es wurden 64 Wahlbezirke berücksichtigt. Insgesamt konnte im Zeitverlauf eine Verringerung der Segregationsindizes für alle Migrantengruppen, außer den ehemaligen Jugoslawen, festgestellt werden. Ein Vergleich der Indizes des Jahres 1994 zeigt abermals, dass türkische Staatsbürger am stärksten konzentriert wohnen. An zweiter Stelle folgen die Griechen, dann die Italiener und schließlich die ehemaligen jugoslawischen Staatsbürger. Auch die polnischen Bewohner Kölns konnten 1994 berücksichtigt werden. Sie wohnen, ebenso wie für Berlin gezeigt wurde, deutlich weniger segregiert als die anderen Migrantengruppen.

Auch Grabowski et al. (2002) zeigen für Hamburg anhand von Segregationsindizes einen Rückgang der Segregation im Zeitraum von 1992 bis 1997. Der Segregationsindex aller ausländischen Staatsangehörigen lag 1992 noch bei 33,2. 1997 betrug der Indexwert 25,2. Die Erhöhung der Zahl ausländischer Bewohner in diesem Zeitraum hat demnach nicht zu einer stärkeren räumlichen Trennung zwischen Deutschen und Ausländern geführt. Auch für einzelne Herkunftsgruppen verzeichnen die Autoren einen Rückgang der Siedlungskonzentrationen. Die höchsten Werte entfielen 1997 mit 53,4 auf vietnamesische und mit 51,2 auf japanische Staatsbürger. Der Wert für die türkische Bevölkerung lag mit 38,6 zwar deutlich darunter, war aber höher als die Werte für griechische (33,9) und italienische Staatsbürger (26,6) (Grabowski et al. 2002: 147f.).

Strohmeier (2006) befasste sich im Rahmen eines Gutachtens für die Enquetekommission „Zukunft der Städte“ des Landtags Nordrhein-Westfalens u. a. mit der Dynamik ethnischer Segregationsprozesse in ausgewählten Städten Nordrhein-Westfalens. Hierbei handelte es sich um Bielefeld, Essen, Gelsenkirchen, Köln, Monheim und Wuppertal. Eine Betrachtung der Segregationsindizes aller ausländischen Staatsbürger von den 1980er Jahren bis 2001³⁰ zeigt ein uneinheitliches Bild. Während in Bielefeld und Köln ein kontinuierlicher Rückgang der Segregation der nichtdeutschen Bevölkerung festzustellen ist, nahm sie in Gelsenkirchen und Wuppertal bis Ende der 1990er Jahre zwar ab, stieg aber danach wieder leicht an. Für die Städte Essen und Monheim ist hingegen seit Mitte der 1990er Jahre eine leichte Zunahme der Indexwerte zu verzeichnen. Die Betrachtung der Entwicklung der Indexwerte für die gesamte ausländische Bevölkerungsgruppe verbirgt jedoch Unterschiede bei der Entwicklung der Segregation zwischen den einzelnen Migrantengruppen. Am Beispiel der Stadt Köln zeigt sich, dass die innerstädtische Segregation der Griechen und Italiener zwischen 1980 und 2000 gesunken ist. So hatten Griechen beispielsweise 1980 noch einen Indexwert von 36,4. Im Jahre 2000 betrug er hingegen nur 25,3. Für die türkische Bevölkerung lässt sich eine vergleichbare Entwicklung jedoch nicht beobachten. Hier ist eine nur geringe Schwankung der Werte zwischen 1980 und 2001 auf einem vergleichsweise hohen Niveau festzustellen. Abgesehen von 1995, wo der Indexwert 24,6 betrug, liegen die Werte in jedem der angegebenen Jahre über einem Wert von 35. Es zeigt sich, dass die türkische Bevölkerung in Köln nach wie vor am stärksten segregiert wohnt.

Der Überblick über vorhandene städtebezogene Studien zeigt insgesamt, dass die innerstädtische Segregation von Ausländern und Deutschen im Zeitverlauf gesunken ist. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass eine statistisch abnehmende Konzentration von ausländischen Staatsbürgern in den Stadtteilen auch durch einen Wegzug sozioökonomisch besser gestellter Ausländer bedingt sein kann. Im Stadtteil bleiben dann die Familien wohnen, die sich einen Umzug nicht leisten können. Damit nimmt die Streuung der Wohnstandorte von Migranten zwar zu, ist jedoch mit einer sozialen Entmischung und einem Anstieg der sozialen Polarisierung in der Gesamtstadt verbunden.

Unter den einzelnen Migrantengruppen gibt es deutliche Unterschiede im Ausmaß der residentiellen Segregation. So leben vor allem Türken am stärksten in bestimmten Vier-

30 Aufgrund einer mangelhaften Datenlage beziehen sich die Indexwerte der einzelnen Städte nicht immer auf dasselbe Jahr (Strohmeier 2006: 30f.).

teln konzentriert. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist jedoch darauf zu achten, dass nahezu alle erläuterten Studien ihre Analysen auf der Grundlage der Staatsangehörigkeit vornehmen. Ein Rückgang der ethnischen Segregation im Zeitverlauf könnte damit auch durch den steigenden Anteil Deutscher mit Migrationshintergrund bedingt sein, beispielsweise durch einen höheren Anteil von eingebürgerten Ausländern, ohne dass Mobilität stattgefunden hat. Zudem bleiben in diesen Untersuchungen Deutsche mit Migrationshintergrund unberücksichtigt, die in Wohnvierteln leben, die durch eine geringere ethnische Konzentration charakterisiert sind. Eine Analyse auf Grundlage der Mikrozensus-Daten von 2005 zeigt, dass eingebürgerte Deutsche, deren ehemalige Staatsangehörigkeit die italienische, spanische, griechische, türkische oder die des ehemaligen Jugoslawiens war, in Auswahlbezirken mit einem signifikant niedrigeren durchschnittlichen Ausländeranteil leben als ausländische Staatsbürger. Dennoch liegt auch dieser Wert noch deutlich über dem nicht eingebürgerter Deutscher (Janßen/Schroedter 2007: 464).

3.2 Der Zusammenhang von ethnischer Segregation und Integration (Theorie)

Die Bedeutung ethnischer Segregation für den Integrationsprozess von Zuwanderinnen und Zuwanderern wird in der Migrationssoziologie kontrovers betrachtet: Diskutiert werden sowohl positive als auch negative Aspekte einer starken Einbindung in eigenethnische Strukturen (Bürkner 1998: 64). Beide Auffassungen werden im folgenden skizziert. Im Anschluss daran werden Ergebnisse empirischer Studien zu den Folgen ethnischer Segregation vorgestellt.

Folgt man Schönwälder (2007), so lassen sich Hypothesen über die negativen Effekte der Wohnsegregation und die dahinter stehenden sozialen Mechanismen allgemein drei Gruppen zuordnen: Wohnumfeldeffekte können durch Opportunitätsstrukturen, durch eine strukturierende Wirkung auf soziale Prozesse oder durch Interaktionen mit der Außenwelt bedingt sein.

Das erste Hypothesenbündel bezieht sich auf die Unterschiede zwischen einzelnen Wohngebieten. Je nach Wohnort finden die Bewohner unterschiedliche Gelegenheitsstrukturen vor, die sie in ihrem Handeln und Verhalten beeinflussen und leiten. Als integrationsrelevant wird hier vor allem die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung im Stadtteil angesehen. So verringert eine Konzentration von Angehörigen einer Herkunftsgruppe in bestimmten Stadtteilen die Gelegenheiten zu interethnischen sozialen Kontakten sowie zur Kommunikation in der Sprache der Aufnahmegesellschaft. Zudem werden segregierte Wohnviertel als eine günstige Basis für Prozesse ethnischer Vergemeinschaftungen und für die Bildung von der Aufnahmegesellschaft abgegrenzter ethnischer Strukturen gesehen. Häußermann (2007) weist jedoch darauf hin, dass im umgekehrten Fall die räumliche Nähe zwischen Personen unterschiedlicher ethnischer Herkunft noch keine soziale Nähe bedingt. Vielmehr sei es der soziale Status der Personen, der darüber entscheide, ob soziale Kontakte zwischen Personen unterschiedlicher Herkunft entstehen oder nicht.

Das zweite Hypothesenbündel bezieht sich auf die strukturierende Wirkung von Wohnvierteln auf soziale Prozesse. Über soziale Lernprozesse, beispielsweise Lernen anhand von Vorbildern und Rollenmodellen, werden die im Wohnviertel vorherrschenden

Normen und Verhaltensweisen weitergegeben. Dies wird insbesondere für die Sozialisation der nachfolgenden Generationen als bedeutsam angesehen. Fehlen in einem Wohnviertel positive Rollenmodelle oder Vorbilder, beispielsweise in sozial schlechter gestellten Stadtteilen mit einem hohen Anteil Langzeitarbeitsloser, wird die Vermittlung wichtiger lebensbezogener Kompetenzen erschwert. Hier lässt sich beispielsweise die Erfahrung von Kindern nennen, dass ein geregelter Arbeitsalltag für einen Großteil der erwachsenen Bevölkerung im Stadtteil keine Realität darstellt. Vorbilder für einen erfolgreichen beruflichen Lebensweg findet man in diesen Vierteln damit vergleichsweise selten. Aufgrund der engen Verflechtung sozialer und ethnischer Segregationsprozesse in deutschen Städten (Häußermann/Siebel 2001) sind es häufig Migranten und ihre Familien, die in von Arbeitslosigkeit und Armut geprägten Wohnvierteln leben.

Die dritte Gruppe umfasst schließlich die Hypothesen, die sich auf Wohnumfeldeffekte durch Interaktionen mit der Außenwelt beziehen. Darunter werden zum einen Stigmatisierungen durch die Umwelt verstanden. Negative Zuschreibungen aufgrund des Wohnviertels mindern die gesellschaftlichen Teilhabechancen ihrer Bewohner. So kann sich die Herkunft aus einem sogenannten Problembezirk beispielsweise bei der Arbeitsplatzsuche negativ auswirken. Zum anderen wird angenommen, dass Bewohner solcher Viertel weniger in der Lage sind, die Interessen ihres Stadtviertels wirksam in die Lokalpolitik einzubringen (Schönwälder 2007: 102ff).

Die integrationsfördernden Aspekte ethnischer Segregation werden häufig mit Bezug auf das Konzept der ethnischen Kolonie diskutiert. Ethnische Kolonien sind „auf der Basis von Selbstorganisation entstandene Beziehungsstrukturen unter Einwanderern in einer bestimmten räumlich-territorialen Einheit“³¹ [...], ihre Entstehung und Entwicklung ist eine Leistung der Minderheitengruppe“ (Heckmann 1992: 97f.). Ethnische Kolonien entstehen als Reaktion der Zuwanderer auf die Unsicherheiten und Bedarfslagen, welche mit der Migration in ein fremdes Land einhergehen. Soziale Beziehungen zu Landsleuten, eigenethnische Vereine, politische Organisationen oder religiöse Vereinigungen geben Zuwanderern vor allem zu Beginn ihres Aufenthalts Orientierung, wichtige Hilfestellungen und Sicherheit und tragen so zur Förderung des Integrationsprozesses in die Mehrheitsgesellschaft bei.

Diese positiven Wirkungen ethnischer Kolonien wurden in migrationssoziologischen Schriften bereits zu Anfang des 20. Jahrhunderts für Immigrantengruppen in den USA herausgearbeitet. Der deutsche Diskurs wurde vor allem durch eine Arbeit von Georg Elwert (1982) geprägt, in welcher er seine Binnenintegrationsthese formulierte (Ceylan 2006: 75): „Eine stärkere Integration der fremdkulturellen Einwanderer in ihre eigenen sozialen Zusammenhänge innerhalb der aufnehmenden Gesellschaft – eine Binnenintegration also – ist unter bestimmten Bedingungen ein positiver Faktor für ihre Integration in eine aufnehmende Gesellschaft“ (Elwert 1982: 718). Die integrationsfördernden Leistungen der

31 Bei dem Begriff „räumlich-territoriale Einheit“ kann es sich um die unmittelbare Nachbarschaft, um ein Stadtviertel, ein Stadtgebiet oder einen städtischen Raum handeln. Als entscheidend wird die Möglichkeit des Aufbaus und der Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen in dem jeweiligen Raum angesehen (Heckmann 1992: 97).

ethnischen Kolonie sieht er in der Vermittlung von Selbstbewusstsein, kultureller Identität und Handlungsfähigkeit, der Weitergabe von Alltagswissen sowie der Unterstützung der öffentlichen Artikulation eigener Interessen. Ethnische Kolonien erfüllen für Migranten damit vor allem in den Anfangsjahren ihres Aufenthalts in der Aufnahmegesellschaft wichtige Orientierungsfunktionen. Von entscheidender Bedeutung für den Integrationsprozess ist jedoch, ob ethnische Kolonien für ihre Mitglieder im Zeitverlauf eine Durchgangsstation und „Schleuse“ in die sozialen Systeme der Aufnahmegesellschaft darstellen, oder ob sich die eigenethnischen Strukturen dauerhaft verfestigen und mit einer kulturellen und sozialen Abschottung von der Mehrheitsgesellschaft einhergehen.³² So weist Esser (2001) darauf hin, dass ethnische Gemeinden für die erste Generation, aber auch für die Folgegenerationen eine Alternative zur Integration in die Mehrheitsgesellschaft darstellen können. In diesem Zusammenhang führt er die erstmals von Wiley (1970) beschriebenen Mobilitätsfallen an. Demnach erscheinen Migranten Karrieren innerhalb großer und institutionell gut ausgebauter ethnischer Gemeinden attraktiv, da sie mit weniger Aufwand und einer höheren Erfolgswahrscheinlichkeit zu realisieren sind als ein sozialer Aufstieg in den Strukturen der Aufnahmegesellschaft. Sie bergen jedoch das Risiko zu einer Falle zu werden, da den Zuwanderern in den ethnischen Kolonien nicht die Kompetenzen vermittelt werden, die für einen sozialen Aufstieg in der Aufnahmegesellschaft relevant sind, und Aufwärtsmobilität damit immer unwahrscheinlicher wird.

3.3 Der Zusammenhang von ethnischer Segregation und Integration (Empirie)

Ob die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung im Wohngebiet einen Effekt auf den Integrationsprozess seiner Bewohner hat, wurde im Rahmen zahlreicher Studien untersucht. Konkret geht es dabei um die Frage, ob eine Wohnumgebung, die durch einen hohen Anteil von Migranten geprägt ist, neben den individuellen Merkmalen der Bewohner einen zusätzlichen Effekt auf deren Lebenschancen, Orientierungen und Verhaltensweisen hat und somit auch die Integration in die Aufnahmegesellschaft beeinflusst (Häubergermann 2007). Bei zahlreichen der vorliegenden Arbeiten steht die Wirkung ethnischer Segregation auf interethnische Kontakte und die Zusammensetzung sozialer Netzwerke im Vordergrund (Schönwälder 2007: 104ff.). Insgesamt liefern die Untersuchungen jedoch keine einheitlichen Resultate. Während einige Studien Effekte des Wohnumfeldes nachweisen, erbringen andere keine signifikanten Ergebnisse.

So zeigt beispielsweise Drever (2004) auf der Basis von Daten des Sozio-Ökonomischen Panels, dass die Bewahrung kultureller Traditionen des Herkunftslandes sowie die soziale und identifikative Integration von Zuwanderern nicht durch die ethnische Konzentration im Wohngebiet beeinflusst werden. Auch die Studie von Salentin (2004) belegt für türkische, italienische, vietnamesische und srilankische Migranten allenfalls einen schwachen und nichtkonsistenten Zusammenhang zwischen einem ethnisch segregierten Wohnort und der Zahl deutscher Freunde, dem Konsum deutscher Fernsehprogramme und der Mit-

³² Auch Elwert (1982) betont, dass ethnische Kolonien unter bestimmten Umständen integrationshemmende Wirkungen für ihre Mitglieder haben können. Zu diesen Bedingungen zählt die Infragestellung des gesamtgesellschaftlichen Gewaltmonopols, soziale Isolierung und eine fehlende kulturelle Anpassung sowie Lernbereitschaft der Kolonie.

gliedschaft in deutschen Sportvereinen. Farwick (2007) kann in seiner Untersuchung auf Basis von Befragungsdaten aus Bremen ebenfalls keinen signifikanten Einfluss des ethnisch segregierten Wohngebiets auf die Entstehung von Freundschaftsbeziehungen zwischen türkischstämmigen Migranten und der deutschen Bevölkerung feststellen. Hervorgehoben wird hier jedoch die Bedeutung der näheren Wohnumgebung für das Ausmaß interethnischer Beziehungen. So lassen sich negative Effekte der ethnischen Segregation auf der Ebene von Baublöcken und Nachbarschaften nachweisen. Auch Esser (1986) verweist in einer älteren Studie auf die Opportunitätsstrukturen des näheren Wohnumfeldes. Für die türkische Untersuchungsgruppe aus mehreren Stadtteilen Duisburgs konnte festgestellt werden, dass mit steigendem Anteil deutscher Bewohner im Wohnhaus auch die interethnischen Kontakte zunehmen. Für die deutsche Bevölkerung ließ sich jedoch kein solcher Effekt der näheren Wohnumgebung nachweisen.

Zu einem anderen Ergebnis kommt Oberwittler (2007) in seiner Studie über die Wirkungen sozialer und ethnischer Segregation auf Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund in Köln und Freiburg. Hier können Wohnumfeldeffekte vorrangig für Jugendlichen ohne Migrationshintergrund festgestellt werden. Eine Ausnahme ist jedoch hinsichtlich der Einstellung zu Geschlechterrollen auszumachen. Sie variiert bei Mädchen mit Migrationshintergrund je nach Wohnumfeld. In Wohngebieten mit einem geringen Migrantenanteil ist die Einstellung moderner, in solchen mit einer hohen Konzentration von Zuwanderern konservativer. Dies wird als Indiz dafür angesehen, dass die Vermittlung von Normen und die Kontrolle über deren Einhaltung durch die räumliche Konzentration von Migranten erleichtert wird. Auch Kecskes (2000) zeigt in seiner Studie über türkische Jugendliche aus Köln, dass die Nachbarschaft, aber auch die Ausbildungsstätte einen Einfluss auf die soziale Integration haben. Demnach steigt die Chance für türkische Jugendliche, soziale Beziehungen mit Personen aufzubauen, die keine türkischen Staatsbürger sind, in höheren (Schul-) Ausbildungsinstitutionen und in Nachbarschaften, die durch einen hohen Anteil Deutscher geprägt sind.

Ebenso wie Kecskes (2000) berücksichtigen Babka von Gostomski und Stichs (2008) neben dem Wohnviertel weitere Gelegenheitsstrukturen für soziale Kontakte zwischen Zuwanderern und Deutschen. Auf Basis der RAM-Daten wird der Einfluss des Eingebundenseins in das Bildungssystem, den Arbeitsmarkt und in Vereine und Organisationen der Aufnahmegesellschaft auf die Häufigkeit von Freundeskreiskontakten zu Deutschen untersucht. In einem weiteren Schritt werden auch individuelle Eigenschaften berücksichtigt. Es zeigt sich, dass Ausländer, die am Arbeitsmarkt oder am Bildungssystem partizipieren und in ähnlicher Häufigkeit Mitglied in deutschen Organisationen sind, weniger Freundeskreiskontakte zu Deutschen haben, wenn sie in einem ethnisch segregierten Wohnviertel leben. Die Effekte dieser Kontaktgelegenheitsstrukturen verringern sich bei Kontrolle individueller Eigenschaften und Fähigkeiten, ein geringer Einfluss bleibt jedoch bestehen. Es kann gezeigt werden, dass es vor allem die deutschen Sprachkenntnisse der Ausländer sind, welche die Häufigkeit der Freundeskreiskontakte zu Deutschen beeinflussen: „Die Gelegenheit zum Kontakt reicht für Freundeskreiskontakte nicht aus, wenn deutsche Sprachkenntnisse zur Realisierung der Freundeskreiskontakte zu Deutschen fehlen“ (Babka von Gostomski/ Stichs 2008: 291).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sozialwissenschaftliche Studien hinsichtlich der Wohnumfeldeffekte keine eindeutig interpretierbaren Ergebnisse liefern. Babka von Gostomski und Stichs (2008) resümieren nach einer Sichtung einschlägiger Studien, dass „sich bei bivariater Betrachtungsweise meist ein Effekt auf Kontakte oder Freundschaften zu Deutschen einstellt. Dieser Effekt scheint größer zu sein, je kleinteiliger die Gebietseinheiten zur Messung der Konzentration der Migranten oder Ausländer in der Wohnumgebung operationalisiert werden. Werden weitere Sachverhalte berücksichtigt (gemeint sind individuelle Merkmale, Anm. L.F.), dann reduziert sich in der Regel der sozialräumliche Effekt etwas oder wird gänzlich irrelevant“ (Babka von Gostomski/Stichs 2008: 281). Negative Wirkungen ethnisch segregierter Wohngebiete auf den Integrationsprozess der Zuwanderer dürfen daher nicht ohne weiteres angenommen werden. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang auch die individuellen Ressourcen der Zuwanderer, vor allem ihre Kenntnisse der Sprache des Aufnahmelandes. Einige Sozialwissenschaftler weisen zudem darauf hin, dass soziale Kontakte nicht allein an das unmittelbare Wohnumfeld gebunden sind. Vielmehr erleichtern moderne Kommunikations- und Transportmittel die Entstehung und Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen außerhalb des Wohnviertels (Drever 2004: 1424).

3.3 Zusammenfassung zur innerstädtischen Segregation

In Deutschland gibt es keine kontinuierliche Berichterstattung über die Entwicklung innerstädtischer ethnischer Segregation. Es liegen jedoch städteübergreifende Untersuchungen sowie Fallstudien über ethnische Segregation in einzelnen Kommunen vor. Die Arbeitsstelle für Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration am Wissenschaftszentrum Berlin (AKI) erarbeitete eine Studie über die empirische Relevanz ethnischer Segregation in den Gebietseinheiten von 29 deutschen Städten. Zwischen den unterschiedenen Nationalitätengruppen und Gruppen von Doppelstaatlern bestehen deutliche Unterschiede im Ausmaß ethnischer Segregation: Demnach konzentrieren sich türkische Staatsbürger und Doppelstaatler am häufigsten in wenigen Wohngebieten, das heißt sie leben seltener gleichmäßig auf die einzelnen Stadtteile verteilt. An zweiter Stelle folgen Personen, die neben der deutschen Staatsangehörigkeit auch eine Staatsangehörigkeit aus der ehemaligen Sowjetunion haben. An dritter Stelle stehen Doppelstaatler und Staatsangehörige aus dem ehemaligen Jugoslawien. Am wenigsten segregiert leben Italiener.

Auch eine Studie auf Basis von Auswahlbezirken des Mikrozensus zeigt für Westdeutschland deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Nationalitätengruppen. Auch hier sind es die türkischen Staatsbürger, die am segregiertesten leben und die italienischen Staatsbürger, die eher über das Stadtgebiet verteilt wohnen. Ein Vergleich zwischen der ersten und zweiten Zuwanderergeneration von italienischen, spanischen, griechischen und türkischen Staatsangehörigen sowie Staatsbürgern aus dem ehemaligen Jugoslawien zeigt jedoch so gut wie keine signifikanten Unterschiede im Ausmaß der ethnischen Konzentration.

Insgesamt kann jedoch in den vergangenen Jahren, bis auf wenige Ausnahmen, ein Rückgang der ethnischen Segregation in Deutschland festgestellt werden. Auch die Resultate einzelner Städtestudien belegen diese Ergebnisse der Tendenz nach. Einschränkend muss jedoch hinzugefügt werden, dass die dargestellten Studien aufgrund der Datenverfügbarkeit alle auf dem Merkmal Staatsangehörigkeit basieren. Deutsche mit Migrations-

hintergrund werden somit bei den Analysen nicht berücksichtigt, was ihre Aussagekraft wahrscheinlich einschränkt.

Ob Wohnviertel, in denen viele Migranten derselben Nationalität bzw. mit dem gleichen Migrationshintergrund leben, neben den individuellen Eigenschaften einen eigenständigen Einfluss auf den Integrationsprozess der Zuwanderer haben, wird in den Sozialwissenschaften kontrovers diskutiert. Empirische Studien, die sich mit dieser Fragestellung befassen, zeigen insgesamt uneinheitliche Resultate. Eigenständige negative Effekte ethnisch geprägter Wohngebiete auf den Integrationsprozess von Zuwanderern können damit nicht zweifelsfrei angenommen werden.

4. Schlussbetrachtung

Das vorliegende Working Paper aus der Reihe „Integrationsreport“ widmete sich dem Thema Wohnen und innerstädtische Segregation von Zuwanderern in Deutschland. Die Integration der Zuwanderer im Bereich Wohnen sollte sich in einer Angleichung der Wohnbedingungen der Bevölkerungsgruppe mit an die der Bevölkerungsgruppe ohne Migrationshintergrund widerspiegeln. Die empirischen Ergebnisse wurden auf Basis des Mikrozensus, des Sozio-Ökonomischen Panels und der „Repräsentativbefragung ausgewählter Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ gewonnen.

Vergleicht man die Wohnbedingungen von Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund, so zeigt sich ein ambivalentes Bild. Angeglichen haben sich die beiden Gruppen in Bezug auf ihre Wohnungsausstattung. Eine Schlechterstellung der Migrantenhaushalte zeigt sich jedoch noch in Bezug auf die Eigentümerquote, die verfügbare Wohnfläche pro Person sowie tendenziell hinsichtlich der Mietbelastung. Zudem leben Haushalte mit Migrationshintergrund häufiger in Sozialwohnungen als Haushalte ohne Migrationshintergrund. Die schlechteren Wohnbedingungen spiegeln sich auch in den subjektiven Bewertungen wider. Ein Großteil der Haushalte mit Migrationshintergrund bewertet ihre Wohnungsgröße und Miethöhe zwar als angemessen. Der Anteil derer, die mit der Größe ihrer Wohnung oder der Höhe ihrer Miete unzufrieden sind, ist bei den Migrantenhaushalten jedoch höher als bei den Haushalten ohne Migrationshintergrund. Letzteres kann als Indikator für einen voranschreitenden Integrationsprozess interpretiert werden. Im Gegensatz zu den Jahren der Gastarbeiterzuwanderung wird der Aufenthalt in Deutschland nicht mehr als temporär befristet angesehen. Viele Migranten und ihre Familien sehen ihren Lebensmittelpunkt inzwischen in Deutschland und stellen deshalb höhere Ansprüche an ihre hiesige Wohnsituation.

Folgt man den Annahmen der Chicagoer Schule, so ist der Integrationsprozess von Zuwanderern mit der Verlagerung ihres Wohnsitzes von ethnisch stark geprägten Stadtteilen in ethnisch weniger segregierte Wohngegenden der Stadt verbunden (Janßen/Schroeder 2007). Da es in Deutschland keine kontinuierliche Berichterstattung über die Entwicklung innerstädtischer ethnischer Segregation gibt, wurden Ergebnisse von Fallstudien sowie von einschlägigen Untersuchungen auf der Basis von Daten der Innerstädtischen Raumbeobachtung (Schönwälder/Söhn 2007a) sowie auf Basis des Mikrozensus (Janßen/

Schroedter 2007) zusammenfassend dargestellt. Es zeigt sich insgesamt, dass die ethnische Segregation in Deutschland im internationalen Vergleich als niedrig zu bewerten ist. Zudem sind Zuwandererviertel in Deutschland im Regelfall multiethnisch, also nicht durch nur eine Migrantengruppe geprägt.

Die Untersuchungen belegen jedoch auch, dass zwischen den einzelnen Zuwanderergruppen deutliche Unterschiede bestehen. So zeigen die Daten der Innerstädtischen Raumbeobachtung, dass Türken und türkische Doppelstaatler sowie Doppelstaatler aus der ehemaligen Sowjetunion vergleichsweise segregiert leben. Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, aber vor allem Italiener verteilen sich hingegen gleichmäßiger im städtischen Raum. Einzelnen Städtestudien sowie den Auswertungen auf der Basis des Mikrozensus zufolge ist die ethnische Segregation in deutschen Städten in den letzten Jahren zurückgegangen. Bei der Interpretation der Ergebnisse sind jedoch zwei Aspekte zu beachten: So wurden die Studien aus Gründen der Datenverfügbarkeit auf der Grundlage des Merkmals Staatsangehörigkeit erstellt, damit werden die Wohnstandorte von Deutschen mit Migrationshintergrund in den Analysen nicht berücksichtigt. Das Ausmaß ethnischer Segregation könnte somit unterschätzt worden sein. Der zweite Aspekt bezieht sich auf die sozioökonomische Lage des Stadtteils: Eine statistisch abnehmende Konzentration von ausländischen Staatsbürgern in den Stadtteilen kann auch mit einem Anstieg der sozialen Polarisierung in der Gesamtstadt verbunden sein. Wenn sozial und ökonomisch besser gestellte Ausländer bestimmte Wohnviertel verlassen, nimmt zwar die ethnische Segregation ab, im Viertel bleiben jedoch sozial schwache Gruppen zurück. Dabei kann es sich sowohl um Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund handeln. Diese soziale Entmischung der Stadtteile wird in der Stadtentwicklung als ein großes Problem angesehen, auch im Hinblick auf Integrationsfragen. So leben in diesen Stadtteilen sozioökonomisch schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen verschiedener Herkunft zusammen, die aufgrund ihrer schwierigen Lebensumstände zu gegenseitiger Toleranz am wenigsten in der Lage sein dürften (Worbs 2007: 21).

Interessant wäre es darüber hinaus, Studien zur ethnischen Segregation auf Basis amtlicher Daten um Bevölkerungsbefragungen zu erweitern. Amtliche Daten geben zwar über das Ausmaß innerstädtischer ethnischer Segregation Aufschluss, nicht möglich ist es jedoch, etwas über die dahinter stehenden individuellen Motive der Bewohner zu erfahren. Eine Verknüpfung amtlicher Statistiken mit Befragungsdaten könnte dazu beitragen, ethnische Segregation auch einmal aus der Perspektive der Bewohner mit Migrationshintergrund zu sehen, und die Frage zu klären, ob es sich dabei um einen freiwilligen oder eher um einen erzwungenen Prozess handelt.

5. Literatur

- Babka von Gostomski, Christian** (2008): Türkische, griechische, italienische und polnische Personen sowie Personen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien in Deutschland. Erste Ergebnisse der Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM), Working Paper 11 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Babka von Gostomski, Christian/Stichs, Anja** (2008): Der Einfluss von Gelegenheitsstrukturen auf die Häufigkeit des Kontaktes von Zuwanderern mit Deutschen, in: Hillmann, Felicitas/Windzio, Michael (Hrsg.): Migration und städtischer Raum. Chancen und Risiken der Segregation und Integration, Opladen/Farmington Hills: Budrich Uni Press Ltd., 279-296.
- Bartelheimer, Peter** (2000): Soziale Durchmischung am Beispiel Frankfurt am Main – Problemwahrnehmung und empirische Befunde, in: vhw – Forum Wohneigentum, 6, 219-229.
- Bosch, Nicole/Peucker, Mario** (2006): Ethnic Discrimination and Xenophobia in Germany. Annual Report 2006, Bamberg: european forum for migration studies (efms).
- Bosswick, Wolfgang/Heckmann, Friedrich/Lüken-Klaßen, Doris** (2007): Housing and Integration of Migrants in Europe, online: <http://www.eurofound.europa.eu/publications/2007/94/en/1/ef0794en.pdf>
- Bremer, Peter** (2000): Ausgrenzungsprozesse und die Spaltung der Städte. Zur Lebenssituation von Migranten, Opladen: Leske + Budrich.
- Bürkner, Hans-Joachim** (1998): Kleinräumliche Wohnsegregation von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft Jg. 23, 1/1998, 55-69.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (2007a): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2006, Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (2007b): MINAS – Atlas über Migration, Integration und Asyl, online: http://www.bamf.de/cln_043/nn_566316/SharedDocs/Anlagen/DE/DasBAMF/Publikationen/migrationsatlas-2007-01.html__nnn=true
- Busch-Geertsema, Volker** (2002): Migration und Wohnungslosigkeit in Deutschland. Nationaler Bericht 2002 für die Europäische Beobachtungsstelle zur Wohnungslosigkeit, Bremen: Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung (GISS).

- Ceylan, Rauf** (2006): *Ethnische Kolonien. Entstehung, Funktion und Wandel am Beispiel türkischer Moscheen und Cafés*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Clark, William A.V./Drever, Anita I.** (2002): *Gaining Access to Housing in Germany: The foreign Minority Experience*, Berlin: DIW Discussion Papers 283.
- Clark, William A.V./Drever, Anita I.** (2001a): *Do Immigrants Improve Their Housing Quality When They Move? Evidence from the German Socio-Economic Panel*, in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 70. Jahrgang, Heft 1/2001, 87-94.
- Clark, William A. V./Drever, Anita I.** (2001b): *Wohnsituation von Ausländern: Trotz Verbesserung immer noch großer Abstand zu deutschen Haushalten*, in: *Wochenbericht des DIW Berlin* 30/01.
- Drever, Anita I.** (2004): *Separate Spaces, Separate Outcomes? Neighbourhood Impacts on Minorities in Germany*, in: *Urban Studies*, Vol. 41, No. 8, 1423-1439.
- Duncan, Otis D./Duncan, Beverly** (1955): *A Methodological Analysis of Segregation Indexes*, in: *American Sociological Review* 20, 210-217.
- Elwert, Georg** (1982): *Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration?*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 34 (4), 717-731.
- Esser, Hartmut** (2001): *Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Nr. 40*, online: <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-40.pdf>.
- Esser, Hartmut** (1986): *Social Context and Inter-Ethnic Relations: The case of Migrant Workers in West German Urban Areas*, in: *European Sociological Review*, Vol. 2, No. 1, 30-51.
- Farwick, Andreas** (2007): *Ethnische Segregation und die Herausbildung inter-ethnischer Freundschaften*, in: Meyer, Frank (Hrsg.): *Wohnen – Arbeit – Zuwanderung. Stand und Perspektiven der Segregationsforschung*, Berlin: Lit Verlag, 147-164.
- Farwick, Andreas** (2001): *Segregierte Armut in der Stadt. Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern*, Opladen: Leske + Budrich.
- Frick, Joachim** (2004): *Das SOEP als Datenbasis für Analysen mit Bezug zu „Migration“*. Präsentation für das Expertenforum „Daten zu Struktur und Integration der Bevölkerung mit Zuwanderungshintergrund“ am 18. Oktober 2004 in Berlin, online: http://www.wz-berlin.de/zkd/aki/files/frick_soep.pdf.

- Friedrichs, Jürgen (2006):** Ethnic Segregation in Large German Cities. Paper zum Workshop „Ethnic Segregation in Germany and Europe: What do we know about its extent and about links between residential segregation and integration?“, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 31.03.2006.
- Friedrichs, Jürgen (1998):** Ethnic Segregation in Cologne, Germany 1984-94, in: *Urban Studies* 35/10, 1745-1765.
- Friedrichs, Jürgen (1980):** Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gestring, Norbert/Janßen, Andrea/Polat, Ayca (2006):** Prozesse der Integration und Ausgrenzung. Türkische Migranten der zweiten Generation, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Grabowski, Werner/Michel, Ute/Podszuweit, Ulrich/Tietjens, Horst (2002):** Das Tor zur Welt: Zuwanderung und Segregation in Hamburg, in: Fassmann, Heinz/Kohlbacher, Josef/Reeger, Ursula (Hg.): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich, Klagenfurt: Drava, 143-160.
- Haug, Sonja/Sauer, Lenore (2007):** Zuwanderung und Integration von (Spät-) Aussiedlern – Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes. Abschlussbericht, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Haug, Sonja/Sauer, Lenore (2007):** Aussiedler, Spätaussiedler, Russlanddeutsche. Berufliche, sprachliche und soziale Integration, in: *Osteuropa*, 57 Jg. 11/2007, 252-266.
- Häußermann, Hartmut (2007):** Ihre Parallelgesellschaften, unser Problem. Sind Migrantenviertel ein Hindernis für Integration?, in: *Leviathan* Heft 4, 458-469.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2004):** Schrumpfende Städte – schrumpfende Phantasie, in *Merkur* 58. Jg. Heft 664, 682 – 692.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2001):** Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, online: http://www.schader-stiftung.de/docs/haeussermann_siebel_gutachten.pdf.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2000):** Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens, Weinheim/München: Juventa.
- Heckmann, Friedrich (1992):** Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen, Stuttgart: Enke Verlag.

- Heller, Wilfried (mit Hans-Joachim Bürkner und Hans-Jürgen Hofmann)** (1992): Bericht über zwei Forschungsprojekte über Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland, in: Althamm, Walter/Kossolapow, Line (Hg.): Aussiedlerforschung. Interdisziplinäre Studien, Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag, 29-47.
- Janßen, Andrea** (2004): Segregation in Großstädten: Das Problem von Messung und Interpretation, in: Stadtforschung und Statistik I/04, 19-23.
- Janßen, Andrea/Schroedter, Julia H.** (2007): Kleinräumliche Segregation der ausländischen Bevölkerung in Deutschland: Eine Analyse auf der Basis des Mikrozensus, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 36, Heft 6, 453-472.
- Kapphan, Andreas** (2000): Die Konzentrationen von Zuwanderern in Berlin: Entstehung und Auswirkungen, in: Schmals, Klaus M. (Hg.): Migration und Stadt. Entwicklungen, Defizite, Potentiale, Opladen: Leske + Budrich, 137-153.
- Kecskes, Robert** (2000): Soziale und identifikative Assimilation türkischer Jugendlicher, in: Berliner Journal für Soziologie 10, 2000, 61-78.
- Kirchhoff, Gudrun/Münch, Sybille** (2007): Integration trotz Segregation. Zum Umgang mit ethnisch geprägten Gebieten, in: Migration und Soziale Arbeit 3/4, 181-189.
- Lüken-Klaßen, Doris** (2007a): Wohnverhältnisse von Migranten in Stuttgart. Kommunale Maßnahmen und Politiken. Bericht im Rahmen des CLIP-Projektes, Bamberg: europäisches forum für migrationsstudien (efms).
- Lüken-Klaßen, Doris** (2007b): Wohnverhältnisse von Migranten in Arnstberg. Kommunale Maßnahmen und Politiken. Bericht im Rahmen des CLIP-Projektes, Bamberg: europäisches forum für migrationsstudien (efms).
- Lüken-Klaßen, Doris** (2007c): Wohnverhältnisse von Migranten in Frankfurt a. M.. Kommunale Maßnahmen und Politiken. Bericht im Rahmen des CLIP-Projektes, Bamberg: europäisches forum für migrationsstudien (efms).
- Miegel, Meinhard/Wahl, Stefanie/Schulte, Martin** (2008): Von Verlierern und Gewinnern – Die Einkommensentwicklung ausgewählter Bevölkerungsgruppen in Deutschland, Bonn: Institut für Wirtschaft und Gesellschaft.
- Münch, Sybille** (2007): Integrieren statt Umsiedeln – Empfehlungen zum Umgang mit segregierten Quartieren, in: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hg.): Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“, Darmstadt: Schader-Stiftung, 16-30.

Oberwittler, Dietrich (2007): The Effects of Ethnic and Social Segregation on Children and Adolescents: Recent Research and Results from a German Multilevel Study. WZB/AKI Discussion paper Nr. SP IV 2007-603, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Özcan, Veysel/Seifert, Wolfgang (2006): Lebenslage älterer Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Gutachten für den 5. Altenbericht der Bundesregierung im Auftrag des Deutschen Zentrums für Altersfragen, online: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/oezcan-lebenslage-aelterer-migrantinnenmigranten,property=pdf,bereich=sprache=de,rwb=true.pdf>.

Ohliger, Rainer/Raiser, Ulrich (2005): Integration und Migration in Berlin. Zahlen – Daten – Fakten, Berlin: Der Beauftragte des Senats für Berlin für Integration und Migration.

Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (2004) Migration und Integration - Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten 2004 des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration, Berlin.

Salentin, Kurt (2004): Ziehen sich Migranten in „ethnische Kolonien“ zurück?, in: Bade, Klaus J./Bommes, Michael/Münz, Rainer (Hg.): Migrationsreport 2004. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt/Main und New York: Campus Verlag, 97-116.

Schönwälder, Karen (2007): Siedlungskonzentrationen und Integration: Eine Zwischenbilanz, in: Residential Segregation and the Integration of Immigrants: Britain, the Netherlands and Sweden. WZB/AKI Discussion Paper Nr. SP IV 2007-602, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Schönwälder, Karen/Söhn, Janina unter Mitarbeit von Nadine Schmid (2007a): Siedlungsstrukturen von Migratengruppen in Deutschland: Schwerpunkte der Ansiedlung und innerstädtische Konzentrationen. WZB Discussion Paper Nr. SP IV 2007-601, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Schönwälder, Karen/Söhn, Janina (2007b): MigrantInnen in deutschen Städten: Siedlungskonzentration und deren Relevanz für Integrationsprozesse, in: Migration und Soziale Arbeit 3/4, 173-179.

Schröder, Helmut (2008): Statistikbericht 2004-2006, Bielefeld: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.

Schulz, Marlies (2002): Ethnische Segregation im wiedervereinigten Berlin, in: Fassmann, Heinz/Kohlbacher, Josef/Reeger, Ursula (Hg.): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich, Klagenfurt: Drava, 121-142.

- Siebel, Walter** (2001): Segregation und Integration. Voraussetzungen für die Integration von Zuwanderern, in: Schader-Stiftung (Hg.): wohn:wandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens, Darmstadt: Schader-Stiftung, 228-242.
- Siegert, Manuel** (2008): Schulische Bildung von Migranten in Deutschland. Aus der Reihe Integrationsreport, Teil 1, Working Paper 13 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Siegert, Manuel** (2006): Integrationsmonitoring – State of the Art in internationaler Perspektive. Expertise für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bamberg; europäisches forum für migrationsstudien (efms).
- Stadt Essen** (2007): Interkulturelle Orientierung in der Stadt Essen. Band 2. Dritter Umsetzungsbericht, online: http://www.essen.de/Deutsch/Rathaus/Aemter/Ordner_0513/Dokumente_RAA/Interkulturelles_Konzept/DritterUmsetzungsbericht.pdf.
- Statistisches Bundesamt** (2008): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden.
- Statistische Bundesamt** (2005): Strukturdaten und Integrationsindikatoren über die ausländische Bevölkerung in Deutschland, online: <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1016279>
- Strohmeier, Klaus unter Mitarbeit von Alic, Safet** (2006): Segregation in den Städten, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.
- Swiaczny, Frank** (1998): Aussiedler – Migration und räumliches Verhalten dargestellt am Beispiel der Stadt Mannheim, Vortrag auf der Tagung: „Zuwanderung nach Deutschland. Prozesse und Herausforderungen“ des Arbeitskreises Migration – Integration – Minderheiten der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft am 08./09. 10.1998 in Kiedrich.
- Wagner, Gert G./Frick, Joachim R./Schupp, Jürgen** (2007): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancement, in: Schmollers Jahrbuch, Journal of Applied Social Studies 127(1): 139-169.
- Wiley, Norbert F.** (1970): The Ethnic Mobility Trap and Stratification Theory, in: Rose, Peter I. (Hg.): The Study of Society. An Integrated Anthology, 2. Auflage, New York und Toronto: Random House, 397-408.
- Will, Gisela** (2003): National Analytical Study on Housing. RAXEN-Report, Bamberg; europäisches forum für migrationsstudien (efms).

Worbs, Susanne (2007): "Parallelgesellschaften" von Zuwanderern in Deutschland?, in: Informationszentrum Sozialwissenschaften/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.): Migration und ethnische Minderheiten Band 2007/1, Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften, 7-30.

Worbs, Susanne/Sinn, Annette/Roesler, Karsten/Schmidt, Hans-Jürgen (2005): Räumliche Verteilung und Wohnsituation von Zuwanderern in Deutschland. In: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.): Zuwanderer in der Stadt – Expertisen zum Projekt, Darmstadt: Schader-Stiftung, 13-72.

Zwick, Martin (2003): Wohnsituation von Migranten: Von der Baracke zum Eigenheim. Zur Veränderung der Wohnsituation von Ausländern in Deutschland, in: Ausländer in Deutschland, 2/2003, online: <http://www.isoplan.de/aid/index.htm?http://www.isoplan.de/aid/2003-2/schwerpunkt.htm>

Erschienenene Working Papers der Forschungsgruppe für Migration und Integration

- 1/2005 Die Datenlage im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung
Verfasserin: Sonja Haug
- 2/2005 Illegalität von Migranten in Deutschland
Verfasserin: Susanne Worbs unter Mitarbeit von Michael Wolf und Peter Schimany
- 3/2005 Jüdische Zuwanderer in Deutschland
Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Peter Schimany
- 4/2005 Die alternde Gesellschaft
Verfasser: Peter Schimany
- 5/2006 Integrationskurse
Erste Erfahrungen und Erkenntnisse einer Teilnehmerbefragung
Verfasser: Sonja Haug und Frithjof Zerger
- 6/2006 Arbeitsmarktbeteiligung von Ausländern im Gesundheitssektor in Deutschland
Verfasser: Peter Derst, Barbara Heß und Hans Dietrich von Loeffelholz
- 7/2006 Einheitliche Schulkleidung in Deutschland
Verfasser: Stefan Theuer
- 8/2007 Soziodemographische Merkmale, Berufsstruktur und Verwandtschaftsnetzwerke jüdischer Zuwanderer
Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Michael Wolf
- 9/2007 Migration von hoch Qualifizierten und hochrangig Beschäftigten aus Drittstaaten nach Deutschland
Verfasser: Barbara Heß und Lenore Sauer
- 10/2007 Familiennachzug in Deutschland
Verfasser: Axel Kreienbrink und Stefan Rühl
Family Reunification in Germany
Verfasser: Axel Kreienbrink und Stefan Rühl
- 11/2007 Türkische, griechische, italienische und polnische Personen sowie Personen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien in Deutschland
Verfasser: Christian Babka von Gostomski

- 12/2008 Kriminalität von Aussiedlern. Eine Bestandsaufnahme
Verfasser: Sonja Haug, Tatjana Baraulina, Christian Babka von Gostomski,
unter Mitarbeit von Stefan Rühl und Michael Wolf
- 13/2008 Schulische Bildung von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 1
Verfasser: Manuel Siegert
- 14/2008 Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 2
Verfasserin: Sonja Haug
- 15/2008 Healthy-Migrant-Effect, Erfassungsfehler und andere Schwierigkeiten bei der
Analyse der Mortalität von Migranten
Eine Bestandsaufnahme
Verfasser: Martin Kohls
- 16/2008 Leben Migranten wirklich länger?
Eine empirische Analyse der Mortalität von Migranten in Deutschland
Verfasser: Martin Kohls
- 17/2008 Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 3
Verfasserin: Susanne Worbs
- 18/2008 Die Datenlage im Bereich der internationalen Migration in Europa und seinen
Nachbarregionen
Verfasser: Kevin Borchers unter Mitarbeit von Wiebke Breustedt
- 19/2008 Das Integrationspanel
Ergebnisse zur Integration von Teilnehmern zu Beginn ihres Integrationskurses
Verfasserin: Nina Rother
- 20/2008 Aspekte der Arbeitsmarktintegration von Frauen ausländischer Nationalität
in Deutschland
Eine vergleichende Analyse über türkische, italienische, griechische und polni-
sche Frauen sowie Frauen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens
Verfasserin: Anja Stichs
- 21/2008 Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 4
Verfasserin: Lena Friedrich



Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat 220 - Grundsatzfragen der Migration,
Projektmanagement, Finanzen,
Geschäftsstelle Wissenschaftlicher Beirat
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

Gesamtverantwortung:

Antje Kiss
Dr. habil. Sonja Haug

Verfasser:

Lena Friedrich

Bezugsquelle:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat 220
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg
www.bamf.de
E-Mail: info@bamf.de

Stand:

Dezember 2008

Layout:

Gertraude Wichtrey
Claudia Sundelin

Bildnachweis:

Gudrun Kirchhoff

ISSN:

1865-4770 Printversion

ISSN:

1865-4967 Internetversion

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigungen und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet.

Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme oder Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.